

Das Pfingstgeschenk der Berliner Bauherren.

Der Miesenkampf im Berliner Baugewerbe ist nun übermüde geworden. Obgleich die Bauarbeiter von ihrer zuerst hartnäckig festgehaltenen Forderung des Achtstundentages abgegangen sind und den Unternehmern insoweit entgegenkamen, als sie sich mit einer halbständigen Arbeitszeitverlängerung begnügen wollten, die sie nicht einmal sofort, sondern erst im letzten Jahre des abzuschließenden Tarifvertrages verlangten, halten die Unternehmer an dem Standpunkte fest, daß sie unter keinen Umständen eine Verkürzung der Arbeitszeit bewilligen wollen.

Den drei in Betracht kommenden Organisationen ging gestern das folgende überall gleichmäßig gehaltene Schriftstück zu:

Berlin NW. 52, den 8. Mai 1907,
Helgoländer Ufer 1.

Verband der Baugeschäfte
von Berlin und den Vororten
(Eingetragener Verein).

An den Zentralverband der Maurer Deutschlands
Zweigverein Berlin
SO., Engel-Ufer 15.

In Verfolg eines uns durch das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts übermittelten Schreibens, betr. das Ergebnis der gestrigen Versammlung des Zentralverbandes der Maurer, Zweigverein Berlin, teilen wir Ihnen unter Bezugnahme auf unser Abkommen vom 28. März 1907 mit, daß wir weitere Verhandlungen für aussichtslos halten, dieselben hierdurch abbrechen und somit die vereinbarte Verlängerung des bisherigen Tarifvertrages unsererseits zum Sonnabend, den 11. d. M., nachmittags 5 Uhr, für aufgehoben erklären.

Gebachtungsvoll

Verband der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten E. S.
Der Vorsitzende: M. Vahl.

Im Anschluß hieran beschloß der Verband der Baugeschäfte Berlins und der Vororte gestern die Aussperrung der gesamten Bauarbeiter. Derselbe hatte zu gestern Abend eine außerordentliche Generalversammlung einberufen, um definitive Maßnahmen zu der Lohnbewegung zu treffen. Baumeister Heuer, der Vorsitzende des Verbandes, referierte. Er gab einen kurzen Überblick über den bisherigen Verlauf der Lohnbewegung. Die Arbeitgeber halten unbedingt daran fest, während der dreijährigen Dauer des Tarifes keine Verkürzung der Arbeitszeit zu gewähren. Deshalb erübrige es sich auch, auf die Ausführungen Silberfelds in der letzten Versammlung der Maurer einzugehen. Eine Verkürzung der Arbeitszeit sei nach allen früheren Verschlüssen der Arbeitgeber gänzlich ausgeschlossen, und es sei sogar fraglich, ob bei Ablauf des neuen Tarifes, also nach drei Jahren (!), eine Verkürzung der Arbeitszeit möglich sein werde! Habe sich Berlin inzwischen so weiter entwickelt und die Entfernungen sich noch vergrößert, so könne man dann allerdings der Frage vielleicht näher treten. Nachdem nun die Arbeitnehmer wiederum beschloßen, an einer Verkürzung der Arbeitszeit festzuhalten, und die Leitungen ihrer Verbände ihre Ansicht geändert haben, bleibe den Arbeitgebern nur der Angriff übrig. Der Kampf werde schwer werden und kann sich lange hinausziehen. Geben die Arbeitnehmer innerhalb eines Monats nicht nach, so kann der Kampf, wie in der Holzindustrie, monatelang anhalten. Zu Verhandlungen seien die Arbeitgeber nach wie vor stets bereit. Aber um den Arbeitnehmern nicht die Gelegenheit zu geben, bei Neuaufnahme der Verhandlungen zu verlangen, als ersten Hauptpunkt die Arbeitszeitverkürzung in den Vordergrund zu stellen, weil die Arbeitgeber sich mit dem Schiedsspruch und damit mit der Lohnhöhe einverstanden erklärt haben und diese Frage ausscheiden wurde, so handle man taktisch recht, wenn man die Ausnahme des Schiedsspruchs zurückgehe. Nach kurzer Debatte wurde dann einstimmig folgende vom Vorstand vorgeschlagene Resolution angenommen:

Die außerordentliche Generalversammlung nimmt von dem Bericht über den derzeitigen Stand der Lohnbewegung Kenntnis und stimmt den Ausführungen des Referenten Heuer vollständig zu. Nachdem die Organisationen der Arbeitnehmer zunächst in ihrer Versammlung den vom Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts gefällten Schiedsspruch abgelehnt hatten, erwählten die Führer der Verbände nochmals einen Ausschuß des nun drohenden Abbruchs der Verhandlungen, um zu versuchen, in erneuten Versammlungen die Arbeitnehmer zu bewegen, doch nach dem Schiedsspruch anzunehmen. Der Verband der Baugeschäfte hatte in entgegenkommender Weise seine Generalversammlung auf den 10. d. M. verschoben. Nachdem am Dienstag dieser Woche in der Versammlung des Zentralverbandes der Maurer, die ausschlaggebende Korporation der Arbeitnehmerverbände, die Führer der Organisationen entgegen ihrem bisherigen Standpunkt und wider alles Erwarten plötzlich auf die Seite der Arbeitnehmer abgewandten und die Ablehnung des Schiedsspruches empfahlen, sieht sich der Verband der Baugeschäfte Berlins und der Vororte veranlaßt, nicht länger mehr Verhandlungen zu führen. Sie beschließt dagegen, am Sonnabend, den 11. d. M., sämtliche Arbeitnehmer, also alle Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter zu entlassen, die Arbeit einzustellen und vorläufig keine Leute anzunehmen. Die Zustimmung zu dem Schiedsspruch des Gewerbegerichts wird auch unterdessen zurückgenommen und dies heute dem Einigungsamt noch mitgeteilt.

Damit hat ein Kampf begonnen, der den acht- bis zehn-tägigen Umfang der Aussperrung in der Holzindustrie annehmen wird und dessen Dauer noch nicht abzusehen ist.

Gerade zum Pfingstfest werden 40-50 000 fleißige Arbeiter auf die Straße geworfen, wird mit ihren Angehörigen die Einwohnerzahl einer modernen Großstadt vom Ufer der modernen Gesellschaft verwiesen, weil sie eine moderne Kulturforderung vertritt! Kann die Gemeingefährlichkeit der privatkapitalistischen Produktionsweise besser erwiesen werden? Die Pfingstausperrung der Berliner Bauarbeiter wird den Geist des Sozialismus über Tausende von Proletariern ausgießen!

Die Kolonialarmee.

Der ultraromane „Bahr. Courier“ widmet der Kolonialarmee in Südwestsafrika, die ja auch nach dem 1. Oktober 1907 noch 5000 Mann stark sein soll — 4000 Mann Schuttruppe und 1000 Mann Polizeitruppe —, einen interessanten Artikel. „Die Kolonialarmee ist da!“ betitelt das Zentrumorgan seine Betrachtungen. Der Freisinn stede seinen Kopf in den Sand, um die Tatsache der Kolonialarmee ja nicht sehen zu müssen. Man nenne sie jetzt nur „Schuttruppe“, um dem Freisinn das Herunterschlagen des Gerichts zu erleichtern.

In dem Artikel des Zentrumblattes heißt es dann:

Ueber die Höhe der geforderten Gelder — jährlich 30 Millionen Mark — dürfte man auch in „nationalen“ Kreisen erschauern. Vor dem Aufstand lebten im Lande wohl 20 000 Eingeborene, wir hatten eine Eisenbahn und 600 Mann Soldaten dort; nach dem Aufstande leben höchstens noch 15 000 Eingeborene,

die Zahl der Eisenbahnen ist auf drei gestiegen und trotzdem soll die Schuttruppe auf 3988 Mann erhöht werden. An waffenfähigen Männern sind im Lande höchstens 2000 Schwarze; wir stellen ihnen 900 Polizeisoldaten und 4000 Mann Militär gegenüber. Was soll denn überhaupt die große Menge von Soldaten in dem Lande tun? Da es sich um nur ausgebildete Leute handelt, fällt die Rekrutenausbildung weg; in uns verläßt sich der Eindruck, daß man Soldaten deshalb dort läßt, damit recht viel Geld in die Kolonie kommt, so daß sie sich über Wasser halten kann. Da nämlich nahezu tausend Soldaten sich als Anseher niederlassen wollen, ist es doppelt unerlässlich, wie die Regierung dem Mutterlande eine solche Last zu muten kann. Aber diese steigt immer mehr und immer höher: bereits jetzt sind die Pensionen auf über 1 700 000 Mark berechnet; in zehn Jahren sind mindestens zehn Millionen Mark Pension zu bezahlen. Wer soll dann alle diese Gelder aufbringen?

Nach der Neuorganisation kostet ein Mann im Durchschnitt jährlich 7500 M. Diese horrenden Summe erklärt sich teilweise aus den hohen Gehältern, die wir zahlen sollen. Der Kommandeur der Schuttruppe erhält 19 000 M., ein Hauptmann 10 800 M., ein Leutnant, der in Deutschland 1800 M. erhält, 8800 M. usw. Die Beamtengehälter sind ebenso hoch und die Aufzählung findet jedes Jahr statt, so daß viele Beamte schon in drei Jahren das Höchstgehalt haben, gar alle in 7 Jahren; dazu soll dann noch alle drei Jahre ein Heimaturlaub treten, der das Reich ebenfalls hohe Summen kostet; wir wollen nur folgende Beamtengehälter herausgreifen: ein Oberleutnant 10 614—13 614 M., ein Hauptmann 8400—10 600 M., ein Intendantensekretär 6150 bis 7050 M., ein Zollmeister 6050—7450 M., ein Prokurantassistent 4500—4900 M. (im Heimatland 1800—2200 M.), ein Majorbursche 3800—3900 M. (im Heimatland 900—1500 M.). Nun muß man sich vor Augen halten, daß Südwestsafrika ein gesundes Land sein soll; viele Leute denken daran, dort ein Lungenanatorium zu errichten. Was müssen aber unsere Heimatebeamten denken, wenn sie die hohen Gehälter ihrer Kollegen in der Kolonie sehen? Für die ersten hat man kaum das erforderliche Geld, um sie ordentlich bezahlen zu können, aber in Südwestsafrika soll man mit vollen Händen ausstreuen. Diese Politik muß Deutschland an den Bettelstab bringen und muß es ruinieren. Woher sollen denn die Gelder genommen werden? Kein Mensch will mehr Steuern zahlen. In Preußen steht so wie so schon für 1908 eine Steuererhöhung in Aussicht.

Wir hoffen und erwarten, daß die Zentrumsfaktion gegen solche Pläne mit aller Entschiedenheit protestiert; daß sie auch dieses tut, unbedenklich um das Geschick der nationalen Presse. Diese Lasten kann das deutsche Volk nicht ertragen.

Soweit der „Bahr. Courier“. Abgesehen von einigen vermittell durch Druckfehler entstandenen Inkonsistenzen ist gegen diese Ausführungen platterdings nichts einzuwenden. Die Bevölkerungszahl betrug — abgesehen von den Ovambos — vor dem Aufstand circa 80 000, Hereros und Hottentotten zusammengezählt. Viel mehr als 15 000 können tatsächlich nach der Trosthaften Ausrottungsstrategie und dem System der Konzentrationslager (Haisfischinsel!) nicht übrig geblieben sein. Gegen die Reste der Hereros und Hottentotten genügt einige hundert Polizeisoldaten; gegen die Ovambos, die Frieden halten werden, so lange man sie in Frieden läßt, würden 1000 Mann Schuttruppen mehr als ausreichen! Trotzdem bleiben statt 1500 nicht weniger als 5000 Mann in Südwest. Und jeder dieser 5000 Mann kostet uns im Jahr 7500 M.!

Das Konzentrationslager auf der Haisfisch-Insel.

Herr Dernburg tat am Mittwoch die Anklagen Ledebours in Sachen der enormen Sterblichkeit der auf der Haisfisch-Insel untergebrachten Hottentotten in sehr wenig angemessenem Ton und mit ebenso unangemessenen Gründen ab. Er bedauerte das „Eingehen“ eines so kolossalen Prozentsatzes der auf der Insel Internierten und meinte, Ledebour habe zwar bereits im Dezember auf die furchtbare Sterblichkeit hingewiesen, allein eine halbe Stunde später sei der Reichstag aufgelöst worden und da habe es für die Regierung andere Dinge gegeben, als die Hottentotten!

Am 13. Dezember hatte Ledebour einen Brief der „Königsberger Volkszeitung“ zitiert, in dem es vom 20. September hieß:

„Rund 2000 (Hottentotten) befinden sich in deutscher Gefangenschaft, sie hatten sich gegen Zusperrung des Lebens gestellt, wurden aber bis jetzt alle auf die Haisfischinsel bei Lüderichsdorf befördert, wo sie, wie ein Arzt mir versichert, in zwei Jahren alle am Klima sterben.“

Im Anschluß daran hatte Genosse Ledebour Mitteilungen über die Sterblichkeitsziffer auf der Haisfischinsel und in anderen Gefangenenlagern erbeten.

Dernburg mußte nun am Mittwoch zugeben, daß die Sterblichkeitsziffer auf der Haisfischinsel noch ungeheuer viel größer war, als der Briefschreiber vermutet: waren doch in wenigen Monaten bereits zwei Drittel aller Hottentotten „eingegangen“! Und Herr Dernburg hatte die Stirn, diese ungeheuerlichen Zustände damit zu entschuldigen, daß die Kolonialverwaltung nach der Reichstagsauflösung anderes zu tun gehabt habe, als sich um — Tod und Leben Tausender von Hottentotten zu kümmern!

Aber ganz abgesehen von diesem beispiellosen Zynismus der Kolonialverwaltung: die Reichstagswahlkampagne nahm bereits am 5. Februar ein Ende. Jetzt wenigstens hätte Herr Dernburg, hätten sich seine Beamten um die trockene Guliotine auf der Haisfischinsel kümmern können! Die entsetzliche Sterblichkeit mußte doch den Aufsichtsbeamten der Haisfischinsel auffallen, zu Vorstellungen an der verantwortlichen Stelle veranlassen. Aber die wie die Wägen dahinstürzenden Hottentotten blieben auf der verzeckten Insel! Wie aus der zweiten Ergänzung des Kolonialkabinetts hervorgeht, die in den letzten Tagen dem Reichstag zugegangen ist, befanden sich noch nach dem „Anfang April“ getroffenen Feststellungen noch etwa 700 Hottentotten auf der Haisfischinsel — der Rest von 1800!

Das ist eine ganz unglaubliche Tatsache! Ganz lächerlich ist die Ausrede Dernburgs, diese Hottentotten hätten gerade auf der Haisfischinsel interniert bleiben müssen, weil sie sonst hätten entfliehen können! Zum mindesten hätten von allem Anfang an die in der Uebergangsbefehlshaber-Frauen und Kinder auch auf dem Festland, bei Lüderichsdorf oder sonstwo untergebracht werden können. In ein Entkommen wäre selbst bei ungenügender Bewachung nicht zu denken gewesen, ist doch die Küste von dem Inneren durch einen mehr als 100 Kilometer breiten wasserlosen Sandgürtel getrennt. Aber man ließ selbst Frauen und Kinder ruhig hinsterben!

Freilich, Herr Dernburg hat trotzdem eine „weiße Weste“. Er konnte sich nicht um die Hottentotten kümmern, mußte er doch während der Wahl als Wanderredner seine Dattelkistchen an den Mann bringen. Wochten darüber die Hottentotten „eingehen“. Man hatte ihnen das Leben zu-

gesichert und man hat sie auch wieder durch Bader und Blei, noch durch den Strang abgetan. Das besorgte der Storkull!

Noch eins. Der erste Haushaltset für 1907 bezifferte die Zahl der Gefangenen auf 7000. Der bereits erwähnte zweite Ergänzungset beziffert — trotzdem sich die Zahl der Gefangenen inzwischen vermehrt hat — die Zahl der Gefangenen auf 4700. Sollten außer der Haisfischinsel noch ähnliche „Konzentrationslager“ existieren haben?!

Die Hag gegen die badische Fabrikinspektion.

Aus Baden wird uns geschrieben:

Gegen den Nachfolger Wörriehofers, den vordem in preussischen Diensten gestandenen Vorstand der badischen Fabrikinspektion Oberregierungsrat Dr. Wittmann, wird seit einigen Monaten eine systematische Hebe betrieben, die, wie immer klarer wird, von dem soeben derausschiedenen badischen Minister des Innern Schenkel geleitet zu sein scheint. Herr Wittmann hat sich, obwohl anfangs von unserer Seite mit einem gewissen Vorurteil empfangen, auf dem Posten Wörriehofers bemüht, den von diesen gepflegten Geist in seinem Amt nachzuhalten, und seine neueste große Arbeit über die badische Hausindustrie, die ja auch vom „Vorwärts“ sehr anerkannt besprochen wurde, bewies aufs neue, daß es dem Manne mit seiner Tätigkeit als Vertrauter, Berater und Helfer der Arbeiterchaft ernst ist. Kein Wunder, wenn er sich damit mehr und mehr den Haß der scharfmacherischen Großindustriellen des Landes zuzog, die vor einem entscheidenden Vorstoß gegen die prominente Person Wörriehofers noch zurückzureden, jetzt aber, Wittmann gegenüber, die Zeit für ihre arbeitserfindlichen Pläne gekommen glauben.

Es gelang ihnen, den Minister des Innern, Herrn Schenkel, auf ihre Seite zu bekommen, und es war bezeichnend für den neuen Kurs, daß Schenkel, als Dr. Wittmann nach Wörriehofers Tod sein Amt in Karlsruhe antrat, ihm die Richtlinien für seine Tätigkeit in den Worten wies: „Wir wollen keinen Wörriehofer mehr!“ Zu Ehren Dr. Wittmanns sei es gesagt, daß er diesen Wunsch sich nicht Befehl sein ließ, im Gegenteil mit der fortschreitenden Vertiefung in das von Wörriehofer und seinen Schülern zutage geförderte sozialstatistische Material wie auch auf Grund eigener Forschungsergebnisse mehr und mehr vom Geiste seines großen Vorgängers erfüllt wurde und dessen Plänen zu wandeln begann. Abseits begann für ihn jedoch eine Zeit schwerer Konflikte mit dem vorgehenden Minister, die sich noch verschärfen, als die sozialistische Presse des Landes, nachdem sie das gegen die Fabrikinspektion inszenierte Treiben durchschaut und sich von dem guten Willen und richtigen Streben Dr. Wittmanns überzeugt hatte, offen für diesen und gegen Schenkel und seine hintermänner Stellung nahm. Die scharfmacherische begann einen regelrechten Frechfeldzug gegen Dr. Wittmann, in dessen Verlauf sie diesem in schärfstem Widerspruch mit den Tatsachen eine ganze Reihe von unliebsamen Vorwürfen, insbesondere Personalveränderungen, innerhalb der Fabrikinspektion zur Last legte, an denen in Wahrheit ganz andere Leute die Schuld tragen. Und als Herr Schenkel gar, veranlaßt durch politische Zwischenfälle anderer Art, den Boden unter seinem Ministerstuhl wanken ließ, da begann plötzlich eine forcierte Prekantonade gegen Dr. Wittmann, deren Zweck offenbar war, diesen noch vor seinem Chef zu Fall zu bringen und ihn den Triumph des diesen Ueberlebenden nicht zuteil werden zu lassen. Der Erfolg blieb aus, Schenkel mußte gehen, Dr. Wittmann blieb.

Nun hat sich vor einigen Tagen der Groll des Derausschiedenen in einem Artikel „Aus der badischen Fabrikinspektion“ des berühmtesten scharfmacherblattes „Berl. Neueste Nachr.“ entladen, der seine Herkunft nur schwer zu verschleiern vermag. Es werden darin über die Aufgaben der Gewerbeaufsichtsbehörden derart standalös reaktionäre Grundzüge aufgestellt, daß das Nachwerk, ein charakteristisches sozialpolitisches Dokument unserer Zeit, einige Beachtung verdient. Ein politischer Minister sei es — schreibt der Prekull Schenkels — dem in Baden die Fabrikinspektion untersteht, und politische Erwägungen seien es, die den Minister veranlassen, die Tätigkeit der Fabrikinspektion so oder so zu regeln, wobei er als eigentlicher Leiter der Fabrikinspektion die Selbständigkeit, die den Gewerbeaufsichtsbeamten eigen sein müsse, auf sich selbst übertrage. Minister Schenkel habe immer dafür gesorgt, daß der Personalbestand der badischen Fabrikinspektion nicht zu einer Höhe anwuchs, die für die Industrie eine Quelle ständiger Belästigungen durch häufige Revisionen, Beanstandungen, Forderungen bilden konnte. Andererseits habe Herr Schenkel die Beamten zu eifriger literarischer Tätigkeit angeregt, die Dr. Wittmann aber gründlich mißverstanden zu haben scheint, indem er sich in dem (bereits erwähnten) Buch über die badische Hausindustrie „unerschöpflich“ frei machte und in Darstellung und Kritik der Verhältnisse eine scharfe anwandte, die sonst in offiziellen Publikationen nicht üblich ist und der sozialdemokratischen Agitation allzu reichen Zündstoff bietet.“ Zum Schluß wird der Nachfolger Schenkels, Minister v. Bodman, gegen Dr. Wittmann scharf gemacht, indem der Artikel des scharfmacherblattes die Hoffnung ausdrückt, Herr v. Bodman werde „gleich seinem prominenten Vorgänger den Mut und die Fähigkeit besitzen, den Wünschen und Bedürfnissen der Industrie (soll natürlich heißen: der Industriellen!) durch wohl-erwogene und konsequente Zurückhaltung der Gewerbeinspektion Rechnung tragen“.

Die Schenkelsgarde wünscht also nicht mehr und nicht weniger, als daß die seither auf so achtungsgebietender Höhe gestandene badische Fabrikinspektion, weit entfernt, sich in ihrer Tätigkeit lediglich von sozialen Gesichtspunkten leiten zu lassen und die Vorschriften des gesetzlichen Arbeiterschutzes ohne Rücksicht nach irgend einer Seite hin durchzuführen, als Werkzeug zur Erreichung ihrer jeweiligen rechtlichen Parteizwecke in den Dienst der jeweiligen politischen Machthaber treten soll. Mit der bei den sozialpolitischen wie bei den agrarischen Scharfmachern gleich anerkennenswerten Offenheit gestehen die Herren zu, daß die Fabrikinspektion nach ihrer Auffassung ein bloßes Dekorationsstück der Staatsverwaltung sein, niemals aber den Zweck haben soll, den des staatlichen Schutzes doch in erster Linie bedürftigen Arbeitern eine Vertraute, Beraterin und Helferin zu sein. Die Rücksicht auf die Wünsche des Unternehmertums ist nach dieser Auffassung die einzige Richtschnur für die Tätigkeit der Gewerbeaufsicht, und in deren Publikationen haben deren Beamte, und gerade es auch gegen die Wahrheit und gegen die eigene Ueberzeugung, alles zu verschweigen, was der Sozialdemokratie irgendwelchen Stoff zu Angriffen auf die kapitalistische Gesellschaftsordnung bieten könnte.

Wie dieser scharfmacherappell an den neuen badischen Minister des Innern wirken wird, steht dahin. Vorerst betrachtet es die sozialistische Presse des Landes als ihre Pflicht, im Interesse der industriellen Arbeiterschaft die schädliche Hand über das stolze Erbe Wörriehofers zu halten, und die Mannheimer „Volksstimme“ richtet an den badischen Liberalismus die Aufforderung, in diesem

ersten Augenblick zu beweisen, daß es ihm mit dem sozialpolitischen Verständnis, das er bei den letzten Wahlen so laut betonte, auch wirklich ernst ist!

Eine Zentralablenkungsstelle.

Der „Vorwärts“ hat den Born der „Märkischen Volkszeitung“, der „katholischen Volkszeitung für Berlin und die Mark“ erregt. Er hat nämlich aus den Papieren des Monsignore Montagnini, die jetzt in Paris von einer parlamentarischen Kommission geprüft werden, einen Brief wiedergegeben, der diesen päpstlichen Diplomaten in einen ziemlich komplizierten „Fikt“ verwickelt zeigt. Es ist uns natürlich nicht eingefallen, über dem galanten Abbate die Schale ethischer Entrüstung auszugießen, und ebenso wenig haben wir die Prozedur gebilligt, die das unzweifelhafte Recht jedermanns, seine persönlichen intimen Angelegenheiten nicht in die Oeffentlichkeit gezerzt zu sehen, mißachtet hat. Aber gerade die Merikalen, die sich in widerlicher Sittlichkeitsheuchelei nicht genug tun können und den Abfall von ihrem Dogma als Quelle der schlimmsten Unmoral ausgeben, dürfen sich nicht darüber beklagen, wenn man die offenbar gewordenen Streiche eines geistlichen Herrn, der sich für die Leiden des Ehebrechters entschuldigend, nicht mit einem Schleiher bedeckt. Doch mögen auch die Abenteuer des Rutilius Lorenzelli schon um ihres, die kassischen Livien des Vocaccio tragenden Stills die Widrigkeit lohnen, so hat doch die erotische Episode in der Affäre Montagnini einen so geringen Platz eingenommen, daß der Einfall der Merikalen, ihre ganze Entrüstung nach diesem einen Punkt zu dirigieren, erst ihre ganze Ratlosigkeit zeigt. Die „Märkische Volkszeitung“ hat allerdings noch ein übriges getan. Sie bezeichnet nämlich den vom „Vorwärts“ zitierten Brief eines italienischen Geistlichen an Montagnini als „eine böswillige Erfindung oder gemeine Fälschung, die in die Papiere Montagninis eingeschmuggelt worden sei“. Sie fordert von uns, daß wir unseren Lesern mitteilen, daß es sich „um unerhörte Fälschungen“ handele. Diese Zumutung können wir allerdings nicht erfüllen, und zwar darum, weil die Behauptung, daß der Brief gefälscht sei, durchaus der Wahrheit widerspricht. Wir machen der „Märkischen Volkszeitung“ nicht den Vorwurf, daß sie diese Unwahrheit behauptet produziert habe. Sie beruft sich darauf, daß „der angebliche Absender des Briefes Monsignore Montagnini und den kuralen Kreisen ganz unbekannt“ sei. Dies werde der Zentralablenkungsstelle für die Presse in Koblenz aus zuverlässigster Quelle mitgeteilt. Die drohende Ablenkung wird also wohl in Koblenz bei der „Zentralablenkungsstelle“ erfunden worden sein, wofür sich diese selbst nicht bei ihrer Nachforschung an der „zuverlässigsten Quelle“ hat mit mehr oder minder gutem Glauben anfragen lassen. Für die Unschicklichkeit der Briefe spricht nichts als die Behauptung der berüchtigten Koblenzer Verichtungsfabrik, die den Entzifferungstrummel für die Einfall der vertrauensseligen deutschen Ultramontanen, die die Presse des Auslandes und der „ungläubigen“ Parteien des Inlandes nicht lesen, in Szene gesetzt hat.

Einem frommen Zentrumsmann, der sich vor den für Leser antiklerikaler Blätter angebotenen Höllenstrafen fürchtet, kann die Zentrums- presse ja ungestraft erzählen, was sie mag. Sie kann es sich darum auch ersparen, von dem weitaus interessantesten Teil der Montagninipapiere Notiz zu nehmen, von den Dokumenten, die den „Nachfolger Christi“ in geschäftlicher und gesellschaftlicher Intimität mit dem Hause Rothschild zeigen, von der sich in Bestechungsplänen ergebenden Staatskunst des Kardinal-Staatssekretärs Merry del Val und seines Untergebenen, von den Beweisen dafür, daß der ehemalige Rutilius Lorenzelli schamlose Simonie (Verkauf von geistlichen Ämtern) betrieben hat, von der Auspionierung des Privatlebens der Geistlichen — besonders in bezug auf das nach der „Märkischen Volkszeitung“ bei Herrn Montagnini selbst als Privat- sache geltende erotische Leben, von der Verleihung des päpstlichen Grafentitels an den struppeligen Herrn, der die von einem anderen geschwängerte deutsche Prinzessin geheiratet hat usw. usw. Von allen diesen Dingen“ erfahren die Leser der „Märkischen Volkszeitung“ nichts. Oder vielleicht werden sie einmal eine Erklärung der Zentral- ablenkungsstelle lesen, daß in den „kuralen Kreisen“ die Namen Montagnini und Lorenzelli überhaupt unbekannt und alle über sie verbreiteten Nachrichten daher „böswillige Erfindungen oder gemeine Fälschungen“ seien!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. Mai 1907.

Beendigung der zweiten Lesung des Etats.

Bekanntlich besteht die Dernburgsche Kolonisations- methode in der künstlichen Kultivierung total unfruchtbarer Gebiete, die er freilich mit seiner Phantasie allein nicht fruchtbarer machen kann. Die Anregung zur Gründung neuer Kolonialgesellschaften reicht auch nicht aus, um aus Wüstweid ein Paradies mit Dattelpalmenhainen zu machen. Darum sollen reiche Beihilfen an die Farmer dazu beitragen, einige Landstriche der Wüstweid zu erschließen. Zu diesem Zwecke sind im Etat 7 1/2 Millionen Mark ausgeworfen, die Budgetkommission aber hat die Summe auf 5 Millionen herabgesetzt. Der Abgeordnete Arendt suchte eine halbe Million mehr für die Farmer zu erschöpfen, und es entspann sich eine stundenlange Debatte, die mit der Annahme des Antrages der Budgetkommission endete.

Außerdem stand auf der Tagesordnung eine große Reihe von Etatsposten, die ohne wesentliche Debatte erledigt wurden. Genosse Singer brachte beim Etat des Reichstages die dürftige Salariierung der Gutsbeamten im Reichstag zur Sprache.

Der Vizepräsident Baasche gab eine Erklärung ab, nach der das Präsidium rein, der Vorstand des Reichstages bereits Verbesserungen der Stellung dieser Angestellten habe eintreten lassen, im übrigen hielt er die Wünsche Singers für zu weitgehend.

In schneller Folge wurde die zweite Beratung des Etats beendet und eine Reihe von Petitionen erledigt. Genosse Roske beantwortete die Petition der Zivilmilitär, die sich gegen die Konkurrenz der Militärmusiker richtet und Abhilfe verlangt. Die Petition wurde dem Reichsfanzler als Material überwiesen.

Kultusdebatten im Herrenhause.

Das preussische Herrenhaus hat am Freitag den Kultusetat beraten und dabei von neuem den Beweis erbracht, daß es der ängstliche Hüter des mittelalterlichen Weises ist. Diesmal war es ein leidenschaftlicher preussischer Professor, Herr Reineke, Dozent der Botanik an der Universität Kiel und Vertreter dieser Anstalt im Herrenhause, der den Minister gegen die Freiheit der Wissenschaft mobil zu machen suchte! Allerdings ist nach der Verfassung die Wissenschaft und ihre Lehren frei, aber dieser Satz hat ja in Preußen von jeher nur auf dem Papier gestanden. Auch Herr Reineke will

„die freie wissenschaftliche Forschung aufrecht erhalten“, jedoch nur so, wie er sie versteht, d. h. nur solche Lehren sollen sich des staatlichen Schutzes erfreuen, die nicht „die wahre (!) Wissenschaft in ein laudinisches Joch spannen wollen“. — Zu den Forschern, die samt ihren Schriften den Flammentod sterben müßten, gehört nach Ansicht des botanischen Professors kein geringerer als Haedel, dessen „Welträtzel“ die Jugend verderben und der sich an die Spitze des Konikensbundes gestellt hat, eines Bundes, welcher — ähnlich wie auf wirtschaftlichem Gebiete die Sozialdemokratie — auf geistigem Gebiete alles umfrieren will! — Straf- verschärfend fällt für Haedel ins Gewicht, daß er das preussische Herrenhaus ironisch als eine „höchst intelligente Körperschaft“ bezeichnet hat. Daß er damit den Nagel auf den Kopf getroffen, das hat die Rede des Herrn Reineke recht deutlich gezeigt.

Auf die Anzapfung des Professors Reineke einzugehen lohnt nicht der Mühe. Haedel steht so turmhoch, sein Name hat in der wirklichen Welt der Wissenschaft einen so guten Klang, daß von der Tribüne des preussischen Herrenhauses herab sein Ruf nicht geschwächt werden kann.

Die Professor Reineke die freie Forschung in der Naturwissen- schaft, so griff Herr v. Durant die freie theologische For- schung an. Seit Jahren schwingt der edle Baron die Fahne der Dunkelmänner, alljährlich vernichtet er mindestens einmal die sog. liberalen Theologieprofessoren. Und obwohl unter dem Regime Staudt schon längst die Orthodoxie Orgien feiert, legt Herr v. Durant doch noch nicht die Hände in den Schoß, er scheint nicht eher Ruhe geben zu wollen, bis der letzte liberale Theologe aus Amt und Würden gejagt ist.

Die weitere Debatte zum Kultusetat drehte sich um die Polenpolitik der Regierung. Interessant war neben der Rede des Herrn v. Roscielski, der dem Minister den Rat erteilte, endlich von der Wildschär zu verschwinden, das Eingreifen des früheren Reichstagspräsidenten Grafen Ballestrem, der seinem Vorgesetzten darüber, daß er vor den Polen die Hinte ins Korn werfen mußte, in scharfen Angriffen gegen die polnischen Agitatoren Ausdruck gab, welche die guten preussischen Staats- bürger in Oberschlesien verheizen. Im übrigen wurden die gleichen Reden gehalten, mit denen schon Wochen hindurch die Mitglieder des Abgeordnetenhauses die Zeitungsleser gelangweilt haben. —

Abgeordnetenhause.

Das Abgeordnetenhause nahm am Freitag einstimmig in dritter Lesung das Wanderarbeitsstättengesetz an und beriet sodann in zweiter Lesung das Gesetz betr. die Verunstaltung von Ortschaften. Der Rest der Sitzung wurde durch die Beratung von Petitionen ohne allgemeines Interesse ausgefüllt.

Wie der Präsident v. Kröcher mitteilte, will das Haus sich am 15. Mai über Pfingsten hinaus so lange vertagen, bis das Herrenhause alles Material aufgearbeitet hat. Die Session dürfte also Mitte Juni ihr Ende erreichen. —

Das deutsch-amerikanische Handelsabkommen

wurde Freitag nachmittags 5 Uhr in der zur Vorbereitung ein- gesetzten Kommission durchberaten. Es waren dazu zwei Reso- lutionen eingebracht worden und zwar von Graf Carmer, Fuh- mann und Böhme. Die Resolutionen gingen alle von einem dem Abkommen wenig freundlichen Standpunkt aus. Rosadowitz sprach sich sehr eingehend zu dem Abkommen aus, und die Debatte war sehr lebhaft. Da die Kommission beschloß, über die Ausfüh- rungen der Redner keine speziellen Berichte zu geben, kann nur noch mitgeteilt werden, daß das Abkommen, unter Zurückziehung aller Resolutionen, in der Kommissionsfassung mit 16 gegen 8 Stimmen angenommen wurde. Dagegen stimmten die Antiklerikalen und Graf Roske. Die zwei nationalliberalen Vertreter enthielten sich der Stimme. Es wurde vereinbart, daß im Plenum nur kurze Erklärungen zu dem Abkommen abgegeben werden sollen.

Die Geistlichkeit im Wahlkampf.

Die „Rheinische Volksstimme“ macht für die Niederlage des Grafen Spee bei der Reichstagswahl in Ralmedy- Konjole-Schleiden die Geistlichkeit verantwortlich. In Preußen, so meint das Blatt, sei es nicht wie in Bayern, wo nach dem Worte: „Geistlichkeit und Landvölk gehören zusammen“, Politik getrieben werde. Zumal bei der jetzigen Wahl im Eifelkreise habe sich das gezeigt:

„Die Geistlichkeit legte sich gegen den Kandidaten der Bauern ins Zeug und versuchte sogar unter direktem Mißbrauch ihrer Stellung und des dadurch bedingten Einflusses die Bauern gleich einer Herde Stimmvieh nach ihrem Willen zu kommandieren. Ließen sich die Bauern nicht als willenlose Werkzeuge gebrauchen, dann waren es „unflare, verirrte und unreife Köpfe“, folgten sie aber ohne jede Überlegung und gegen ihr eigenes Wohl dem Kommando, dann waren es „intelligente, politisch geschulte und disziplinierte Männer“. ... Gerade für den Meus lag hier gar kein Fall vor, in dem es geboten erschienen, mit solchem Fanatismus gegen die berechtigten Wünsche der Bauern zu kämpfen. ... Die Herren hätten besser getan, durch kluge Zurückhaltung oder doch mindestens durch Unterlassung von Verleumdungen und Ent- stellungen im Kampfe der Meinungen zu verhalten, daß nicht der Spruch in Erfüllung gehe: Wer Wind sät, wird Sturm ernten.“

Die Klage des zentrumsdagerischen Blattes über das Verhalten der Geistlichen ist nicht aufrechtig insofern, als die Zentrums- bauern die politische Fälschung des Meus sehr zu schätzen wissen und gegen den Mißbrauch der geistlichen Stellung nichts einzuwenden haben, wenn es einen geeigneten Kandidaten durchzusetzen gilt. Immerhin ist die Kennzeichnung der geistlichen Wirkmacht deshalb von besonderem Wert, als sie von gullatholischer und zentrumsdagerer Seite kommt. —

Herr Thiffen und sein Arbeiterauschuss.

Als Genosse Hengsbach im Reichstage seine Rede über die Zustände im Königreiche Thiffen gehalten hatte, da besetzte sich der Arbeiterauschuss der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ durch eine lange Erklärung die Welt wissen zu lassen, daß die Schilderung des Abgeordneten Hengsbach unwahr und in den Kolonien des genannten Unternehmens alles in bester Ordnung sei. Diese Erklärung ging auch dem „Vergnappen“, dem Organ des christlichen Arbeitgeberverbandes, zu. Die Redaktion des „Vergnappen“ hat dem überkritischen Arbeiterauschuss jedoch nicht den Gefallen getan, die Erklärung zu veröffentlichen, sie gibt statt dessen einer Zuspätschiebung Raum, die ihr als Antwort auf die Erklärung zugeht. Diese Zuspätschiebung verweist sich in der Einleitung dagegen, den Abgeordneten Hengsbach in Schutz zu nehmen, sie will es ihm überlassen, sich gegen den Vorwurf der Ueber- treibung und Entstellung zu verteidigen. Dann heißt es weiter:

„Wogegen wir uns wenden, ist, daß der Arbeiter- ausschuss sich mißbrauchen lassen, nicht bei den Tatsachen geblieben und in einzelnen Fällen weit über die Tatsachen hinausgegangen ist. So schreiben — oder besser: so lassen sie es der Arbeiterauschuss- mitglieder schreiben, der Ausschuss erforscht sich des Vertrauens aller ordnungsliebenden Vergleute. Das ist nicht nur Eigenlob, sondern auch eine Ueberhebung der Eise, wofür sie den Beweis schuldig bleiben dürften.“

Weiter geht es in der Erklärung, daß der Ausschuss stets Ge- legenheit habe, Klagen über Mißstände anzubringen, hierbei finde er stets Gehör und Entgegenkommen, und bei Beschwerden habe er bis jetzt eingehende Prüfung und bei deren Verurteilung baldige Abhilfe gefunden. Demgegenüber führt die Zuspätschiebung an den „Vergnappen“

zwei bestimmte Fälle an, wo der Arbeiterauschuss im Auftrage der Belegschaften bei der Betriebsleitung wegen beschleuniger und be- rechtigter Forderungen vorfellig geworden ist, beide Male aber ab- schlägig entschieden wurde. „Es entspricht also“, sagt die Zuspätschiebung, „nicht den Tatsachen, daß den berechtigten Wünschen stets entsprochen worden wäre. Oder sehen die Eise diese ihre beiden Anträge nicht als berechtigt an?“

Die Zuspätschiebung weist dem Ausschuss sogar tatsächliche Un- richtigkeiten in seiner Erklärung nach. So soll nicht, wie es darin heißt, auf jede Wohnung ein Abort, sondern erst für zwei Familien ein Abort da sein. Dafür muß sich der Ausschuss folgende Zurechtweisung gefallen lassen: „Haben die Eise dieses gewußt? Wenn ja, dann ist ihre Erklärung eine Nichtsnutzigkeit. Haben sie es nicht gewußt, so ist ihre öffentliche Erklärung eine straf- bare Leichtfertigkeit, aber auch eine Tölpelhaftig- keit. Alles in allem haben sich die Eise einen ordentlichen Reinfall bereitet.“

Die Zuspätschiebung:

„Bei der Lohnfrage im vorigen Herbst mußten sie sich mit allgemeinen Versprechungen begnügen, ihre vorbrachten Wünsche, die sie im Namen der Belegschaft vor- brachten, wurden nicht erfüllt. Nachdem ein politischer Gegner über vorhandene oder nicht vorhandene Mißstände im Reichstage spricht, ist der Arbeiterauschuss gut genug, die Ver- waltung herauszuheben und als Wohnungsinpektor zu fungieren. Will die Verwaltung von „Deutscher Kaiser“ dem Arbeiter- ausschuss weitere Befugnisse überweisen, als in dem obenstehenden Kommentar stehen, so überlasse man ihnen die Mitkontrolle in den Stuben, sowie die Mitberatung bei Lohnfragen. Ob wir aber die Eise hierzu noch für tauglich halten, dahinter ge- hören eine Reihe Fragezeichen.“

Wir betonen nochmals, es fällt uns nicht ein, auch nur im geringsten den Abgeordneten Hengsbach in Schutz zu nehmen, aber wir verwerfen es ebenso, wenn organisierte Arbeiter, die durch das Vertrauen ihrer Kameraden als Arbeitervertreter be- rufen worden sind, Erklärungen mit ihrer Unterschrift versehen in die Welt senden, oder besser gesagt senden lassen, die dazu dienen sollen, Zechenverwaltungen in Schutz zu nehmen in Angelegenheiten, die nicht zu den Befugnissen der Arbeiterauschüsse, sondern der Gesundheitspolizei ge- hören. Wir verwerfen es ferner, wenn sich die Leute selbst in dieser Erklärung beweihräuchern und nebenbei noch un- wahre Angaben aufstellen.“

Man kann in diesem Falle die Preisfrage stellen, wer hier der Blamiertere ist: Herr Thiffen oder sein Arbeiterauschuss? Im übrigen ist der Vortrag ein interessanter Beitrag zur Kennzeichnung der Arbeiterauschüsse, die sich, wenn der Unternehmer es will, selber dem Vorwurf der Unwahrhaftigkeit preisgeben müssen. —

Etatberatung im württembergischen Landtage.

Stuttgart, 8. Mai 1907. (Fig. Ber.)

Im Laufe der weiteren Beratung über den Etat des Innern wurden am Dienstag folgende sozialdemokratischen An- träge zur genaueren Durchberatung einer Kommission über- wiesen:

I. Die Regierung zu ersuchen, 1. bei der reichsgesetzlichen Regelung des Apothekenwesens im Bundesrat dafür ein- zutreten, daß Konzessionen zur Errichtung von Apotheken in Zukunft nur noch an Gemeinden und Kommunalverbände ver- geben, die übertragbaren Apothekenberechtigungen dagegen abgelöst werden; 2. die königliche Verordnung betreffend Apotheken- berechtigungen vom 4. Januar 1843 dahin abzuändern, daß bis zu dem Zustande kommen des geplanten Reichs-Apothekengesetzes die Vergabe von Konzessionen zur Errichtung von Apotheken an Gemeinden und Kommunalverbände möglich wird.

II. Die Regierung zu ersuchen, den Ständen einen Gesent- wurf vorzulegen, auf Grund dessen die landesgesetzliche Krankenpflegeversicherung aufgehoben wird und die ihr seither unterstehenden Personenzweige (Dienstboten, landwirt- schaftliche Arbeiter, Lehrlinge, Heimarbeitende usw.) der reichsgesetz- lichen Krankenversicherung unterstellt werden.

Beide Anträge sind in den vorausgegangenen Debatten von den sozialdemokratischen Abg. Dr. Lindemann, Mattutat und Schwan eingehend begründet worden. Einen Erfolg der Sozialdemokratie stellt es auch dar, daß Minister v. Bischof auf die Anregung Lindemanns, einen Landeswohnungs- inspektor anzustellen, und dieses Amt dann allmählich zu einer Zentralstelle für das Wohnungswesen auszubauen, eine zugegebene Antwort gab und die Einsetzung dieses Postens bereits in den nächsten Etat in Aussicht stellte.

Am Mittwoch kam es zu einer eingehenden Debatte über die Wanderarbeitsstätten, deren Einführung nach west- fälischem Muster die Regierung erstrebt. Durch diese Einrichtung soll unter den Wanderburschen eine „reine Scheidung“ zwischen Arbeitswilligen und Arbeitsfeuern („Stromen“) herbeigeführt werden. Die ersteren sollen Arbeit zugewiesen erhalten, die Letzteren sollen den Arbeitshäusern zugeführt werden. Für die Sozialdemokratie sprach Abg. Dietrich, der die vom Ministerium für die geplante Einrichtung erlassenen Vorschriften einer scharfen Kritik unterzog. Dieselben seien von reinlichem Polizeigeist er- füllt, ohne auf die persönlichen oder beruflichen Eigenarten der Wanderburschen Rücksicht zu nehmen. Die Kontrollvorschriften seien geradezu rigoros. Er sprach sich gegen die sofortige Bewilligung der verlangten Summe aus und verlangte Zurück- verweisung der Position an die Kommission, welchem Antrage nach eingehender Debatte stattgegeben wurde. —

Doch noch eine Main-Linie!

Nach den neuesten Daten der Mannheimer Polizei und Justiz gegen die Genossen Dr. Friedberg und Dollack mußte man annehmen, die Zeit, da sich Baden vorteilhaft vom Polizeistaat Preußen unterschied, sei vorüber. So weit die Annäherung indes auch schon gediehen ist, die völlige Auslöschung der Main-Linie ist noch nicht erfolgt. Das ergibt sich aus der folgenden Antwort des badischen Ministeriums des Innern auf die Beschwerde des Genossen Dr. Friedberg über die ihm von der Mann- heimer Polizei widerfahrte schmählige Behandlung. Dem Vertreter Friedbergs, dem Genossen Rechtsanwält Dr. Frank-Mannheim ist folgender Bescheid zugegangen:

Großherzoglich Badisches
Bezirksamt Mannheim.
Polizeidirektion.

Nr. 47281 II.

Den Anarchistenkongreß 1907 betr.

Ihre, namens des prakt. Arztes Dr. Rafael Friedberg aus Berlin, gegen die photographische Aufnahme des letzteren ge- richtete Beschwerde ist mit Erlaß des Großherzoglichen Ministeriums des Innern vom 30. v. M. Nr. 21027, für begründet erklärt und das Bezirksamt beauftragt worden, die Abdrücke der Photographie sowie die Platte selbst zu vernichten.

Dieser Auftrag ist bereits vollzogen.

Mannheim.

Alle preussischen Verläden werden sich sträuben bei dem Ge- danken, daß eine ähnliche Entscheidung von Herrn Weismann- Holtweg ergehen könnte. Vergleichen ist bei uns nördlich des Mains denn doch ausgeschlossen! —

Die „gut Unterrichteten“.

Die Ordnungspresse liebt es, wenn sie sich mit der Sozial- demokratie beschäftigt, die Dürftigkeit ihrer sachlichen Ausführungen durch allerlei persönlichen Klatsch für ihre Leser interessanter zu machen. Auf der Suche nach solcher Würze ist sie nicht sehr wählerisch — es kommt ihr weniger auf die Richtigkeit, als auf die interessante Aufmachung an. So hat sie denn auch ohne Bedenken irgend einem obskuren Feilenreifer die Behauptung nachgesprochen, unser Genosse Reichstagsabgeordneter

Ledebour sei ehemaliger Schauspieler. Tatsächlich hat Genosse Ledebour die weitbedeutenden Vertreter noch nie betreten, sondern sich vom Anbeginn seiner beruflichen Tätigkeit als Journalist durchgeschlagen.

Wir erwähnen die an und für sich gleichgültige Tatsache nur, um zu zeigen, wie „gut unterrichtet“ diese Presse über die Personalien unserer Abgeordneten ist. Ihre sachlichen Kenntnisse über die Sozialdemokratie stehen noch tiefer.

Zum Prozeß Liebert-Schöpslin.

Von dem Schriftsteller, Redakteur und Angestellten des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie Wilhelm Leufen zu Dresden erhalten wir zu unserer Notiz in Nr. 108 vom 8. Mai eine Berichtigung, worin der Unterzeichner erklärt, die Behauptung, er habe in einer Besprechung den Reichstagsabgeordneten Singer beschuldigt, sich an Märdern unter 14 Jahren vergangen zu haben, entspreche nicht der Wahrheit.

Es ist angelehnt dieser Berichtigung bedauerlich, daß das Leipziger Gericht das betreffende vom Genossen Schöpslin gestellte Beweisangebot abgelehnt hat.

Skandinavien im Dienste des Zaren.

Wie schon durch Depeschen bekannt geworden ist, haben unsere russischen Parteigenossen in keinem der drei skandinavischen Länder eine Stätte gefunden, wo sie ihren Kongreß abhalten konnten. 180 von ihnen sind nun am Mittwochabend von Esbjerg mit dem Dampfer „F. C. la Cour“ nach England abgereist. Mehrere Tausend Menschen hatten sich am Hafen versammelt, um ihnen Lebenswohl zu sagen. Die Sozialdemokratie der Stadt hatte ein Musikorchester bestellt, das die Marschläufe und andere revolutionäre Lieder spielte, und die Russen antworteten mit ihren Gesängen. Rote Fahnen waren an der Abfahrtsbrücke aufgefahnen, so viel man nur herbeischaffen konnte. Die dänischen Genossen brachten Hochrufe auf die russische und die internationale Sozialdemokratie aus, und die Russen dankten den dänischen Genossen für die freundliche Aufnahme, die sie bei ihnen gefunden hatten.

Schließlich, und schließlich noch als die anderen, hat sich die dänische Regierung den Russen gegenüber benommen. Dem „liberalen“ Justizminister Alberti war es nicht genug, sie ohne Frist auszuweisen zu lassen, er drohte auch noch damit, sie verhaften und nach Rußland zurückzuführen zu lassen! Erst nach Vorprache des dänischen Parteivorstandes, Genossen P. Knudsen, beim Justizminister wurde ihnen eine kurze Frist zubilligt, und sie konnten schließlich ihre Reise über dänisches Gebiet fortsetzen.

In Malmo war die schwedische Polizei sehr eifrig tätig, um die Abhaltung des Kongresses unmöglich zu machen. Auf Schritt und Tritt wurden die Russen beobachtet, und das Volkshaus der Arbeiterschaft war für sie polizeilich abgesperrt, um auch eine geheime Tagung, wie sie im vorigen Jahre in Stockholm möglich geworden war, zu verhindern. Im übrigen haben Erkundigungen bei dem schwedischen Justizminister ergeben, daß hier wenigstens nicht die Absicht vorlag, sie nach Rußland auszuweisen.

Auch das „neue freie“ Norwegen hat sich in dieser Angelegenheit gründlich blamiert. Der Parteivorstand des Genossen Dr. Oskar Nissen und der Stortingmann Egede Nissen fragten auf Veranlassung der Russen beim Minister des Äußeren Lövdal an, ob dem Kongreß irgendwelche Hindernisse bereitet würden. Lövdal erwiderte, daß seiner Meinung nach der Abhaltung des Kongresses nichts im Wege stehe. Er fragte jedoch erst beim Justizminister an, und dieser sagte, daß er keine Befehlsbestimmung kenne, die dem entgegenstehe; doch müsse er zunächst mit seinen Beamten im Departement über die Sache sprechen. — Nach einigen Stunden war der Justizminister ganz anderer Meinung und erklärte, die norwegische Regierung habe völlerrechtlich die Befugnis und auch Grund, den Kongreß zu verbieten! „Unsere beiden Nachbarländer haben das ja auch getan.“ — Das war die „Begründung“ des Verbots; eine weitere „wünschte die Regierung nicht zu geben“.

Die Regierung wich schließlich, daß ihr Verbot eine Schandung des Asylrechts und des in der Verfassung garantierten Rechts der freien Meinungsäußerung ist. Der norwegische Staatsminister Nissen hat später erklärt: „Wenn die Russen sofort und zuerst hierher gekommen wären, sie wären sicher nicht ausgewiesen worden. Aber nun!“ — Die feige Jarenfurcht ist also offenbar eine so anstehende Krankheit, daß ihr auch das offizielle Norwegen nicht zu widerstehen vermag.

„Mit Gefühlen tiefer Scham und Entrüstung“, schreibt „Social-Demokraten“, „muß jeder Freund der Freiheit und Selbstständigkeit des Nordens in dieser Chronik lesen, wie die Ariererei vor dem russischen Barismus bei denen grassiert, die jetzt in den drei nordischen Ländern die Macht in Händen haben.“

Schweiz.

Eine Kundgebung für den polnischen Sozialisten Kilaczky, der in Zürich im Gefängnis sitzt unter der Beschuldigung, einen Warschauer Eisenbahndirektor ermordet zu haben und der deshalb an Rußland ausgeliefert werden soll, haben die in Zürich lebenden polnischen und russischen Sozialisten veranstaltet und dabei folgende Resolution zu seinen Gunsten angenommen:

„Das Nordattentat auf den Direktor der Weichselbahn in Warschau, Iwanow, im Februar vorigen Jahres, an dem Genosse G. Kilaczky teilgenommen hat, war von der polnischen sozialistischen Partei „Proletariat“ aus rein politischen Gründen beschloffen. Deswegen muß auch jeder Teilnehmer an diesem Attentat im Auslande als politischer Flüchtling betrachtet werden.“

Angelehnt dessen hat die freie Schweiz keine Pflicht, der Forderung der russischen Regierung, die Auslieferung des Genossen G. Kilaczky betreffend, Folge zu leisten.

Die Versammlung gibt ihren Gefühlen und Ansichten in der Sache des Genossen G. Kilaczky damit Ausdruck, daß sie dem Genossen Kilaczky, der seit 20. Februar d. J. im Züricher Gefängnis sitzt, ihre Sympathie ausspricht.

Gleichzeitig wendet sie sich an das schweizerische Bundesgericht mit dem Banne, die freie Schweiz möge den politischen Verbrecher aus ihrem Asyl nicht ausliefern und damit der russischen Tyrannei und der mörderischen Regierung Zensurdienste zu leisten.“

Wie der Entscheid des Bundesgerichts ausfallen wird, darüber läßt sich im voraus nichts Bestimmtes sagen. —

Frankreich.

Der zweite Schlachtag.

Paris, 8. Mai. (Fig. Ver.)

Die Regierung wird vermutlich noch einmal eine Wehrheit finden. Der Haß der bürgerlichen Parteien gegen den Sozialismus ist so stark, als daß er sie nicht vor dem Gedanken zurückzucken lassen sollte, ein Ministerium um seiner an Sozialisten verübten Rechtsbeugungen willen stürzen zu lassen. Und neben den allgemeinen Klasseninteressen wirken noch die besonderen persönlichen zur vorläufigen Rettung mit. Herr Sarrrien, der von Clemenceau Entthronte, steht mit unabsehbarer Hartnäckigkeit um Stimmen für das Ministerium. Dieser Eifer ist zu erklären aus der geschäftlichen Gewissenhaftigkeit, die eine solchen vollzogene amtliche Überlegung des Herrn Sarrrien junior quittieren will.

Ueber das Korruptionskapitel „Väter und Söhne“ und Verwandtes hat heute übrigens der radikalsozialistische Deputierte Steeg, einer der wenigen redlichen Demokraten der bürgerlichen Linken, eine ausgezeichnete Rede gehalten. Herr Steeg sieht in den Beamtenindulgenzen die unvermeidliche Reaktion gegen die Wettbewerbswirtschaft und das von den Parlamentarier beherrschte Protektionssystem in der Verwaltung. In einer Anerkennung des Gewerkschaftsrechts der Staatsangestellten kann er sich indes nicht veranlassen. Redakteur; Hans Weber, Berlin. Inseratenteil beginnt.

aufführen. Er verlangt nur Wohlwollen für die Gemäßigten, ohne im übrigen mit seinem Zabel für die reaktionären und rechtswidrigen Maßregeln der Regierung zurückzuhalten.

Den sozialistischen Standpunkt haben heute die Genossen Vaillant und Allemane in wirkungsvollen Reden vertreten. Vaillant verbandete mit Entschiedenheit die Solidarität der sozialistischen Partei mit der Arbeitskonföderation, die als die Vertreterin der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterklasse anzusehen ist und nach ihrem Gesamtwirken, nicht nach einzelnen Reden ihrer Anhänger zu beurteilen sei. Dagegen versuchte der ewige politische Donch Quixote mit einer alademischen Betrachtung über den Geist des Syndikalismus zu glänzen, wobei er sich an einige von einem ausgebliebenen Niescheanismus erfüllte Erklärungen anarchoföderaler Generalfreier hielt, gegen deren antidemokratische Phrasen er nicht ungeschickt vorging. Im übrigen leierte der präntöse Herr mit der parfümierten Grazie seiner abgefeindeten Jugendlichkeit die patriotische Waise ab, mit besonderem Gefühlsaufwand an der Glanzstelle „Vebel kontra Herd“. — Aber auch dieser zuderrige Redner verabschiedete den Clemenceau und Briand und nicht minder dem bankrottigen Radikalismus einige bittere Wahrheiten: „Seltsames Land, wo die festen Grundsätze zu schwer scheinen und eine Folge wechselnder Meinungen schrittweise den Gipfel ersteigen hilft. . . Ich glaube, daß die Arbeiter, die Sie haben verhaften lassen, heute die Leute, welche niemals verprochen haben, was sie nicht halten zu können glaubten, jenen vorziehen werden, die Sie erst aufgereizt haben, um sie heute ins Loch zu bringen.“ Weisfall im ganzen Hause erscholl nach diesen Sätzen. Aber nicht wenige Radikale mögen sich von ihnen getroffen gefühlt haben. Es war nicht politisch klug von dem strebsamen Deschanel, so ganz die wohlberichtigte Argumentation der Gemäßigten gegen den demagogischen und perfiden Radikalismus aufzunehmen. Der Augenblick für eine offen gemäßigte Politik scheint noch nicht gekommen.

Vorläufig wird der Schwindel-Radikalismus noch weiter wirtschaften. Aber nicht lange mehr unter dem Direktorium Clemenceau-Briand. Diese Gesellschaft hat politisch und moralisch ausgespielt. Sie dankt die Gnadenfreiheit nur dem Interesse, das die Verschleierung des Ruins fordert. Bei der nächsten Gelegenheit werden die Geschäftschädiger mit mehr oder minder deutlichem Ausdruck der Geringschätzung vor die Türe gesetzt werden.

Belgien.

Ein Vertrauensvotum mit Schimpf und Schande.

Brüssel, 8. Mai. (Fig. Ver.)

Nach dem Sturm der ersten Sitzung, die dem Ministerpräsidenten die Demission brachte, daß er seine Erklärung nicht verlesen durfte, nach dem Hagel von Beschimpfungen und Angriffen, die von der Linken niederkasselten, hat sich die Regierung, ihrem kläglichen Plaidoyer entsprechend, beistimmen lassen, daß „alles in Ordnung“ ist! Aber dieses Vertrauensvotum ist wahrhaftig ein dürftiges Vergnügen gegenüber jener mächtigen Manifestation der Oppositionsparteien, deren beste Redner unter stürmischen Zurufen das Urteil über die dem Parlament zugefügte Schmach sprachen. Der Ministerpräsident hat allerdings treuherzig erklärt: Die vorige Regierung, deren Mitschuldiger De Trooz bekanntlich ist, habe beileibe nichts Böses getan. Wie könne man nur von Staatsstreik, Verletzung der Konstitution und dergleichen reden? Habe sie doch mit der Zurückziehung des Vergessenes nur den Weg für die kommende Regierung — Herr De Trooz also für Herrn De Trooz — freimachen und sich selbst von der Verantwortung für dieses Gesetz befreien wollen! Koch unfähiger zeigte sich der Ministerpräsident in seinem Bemühen, den Vorgang, daß die Regierung, unbekümmert um die bereits eingereichte Zurückziehung des Gesetzes, die Beratung in der Kammer fortsetzen ließ, als durchaus konstitutionell und parlamentarisch zu erklären! Eine Flut von schwäbenden Zurufen von der Linken begleiteten seine jämmerlichen Ausflüchte, und mit der Regierungserklärung mußte er gar in den Senat flüchten.

Einen schlimmeren Empfang hat eine neue Regierung wohl kaum noch von einer Opposition erhalten. „Demission! Demission!“ schallte es von der sozialistischen Linken. „Nieder mit den Pfaffen!“ von den Vätern der Liberalen. Die Farce wird übrigens noch dadurch kompletter, daß die Regierung nun das Vergessene an den Senat geleitet hat, wo es vom Arbeitsminister vorgelegt wurde.

Der Demokrat Jansson hat in seiner leidenschaftlichen Anklage die Zurückziehung des Erlasses gefordert. Von den Ministern, die den Erlaß unterzeichnet haben, so sagte er, dürfe keiner an der Regierung bleiben. Er bezeichnete die Auflösung als einzige Lösung. — Indes, die neue Regierung kann jetzt — trotz der schweren moralischen Niederlage dieser Tage — stolz auf das „parlamentarische Regime“ pochen, denn das Haus hat mit 77 gegen 66 Stimmen das von dem liberalen Drahtzieher Woeste beantragte Vertrauensvotum angenommen und das Todesvotum Jansson mit demselben Stimmverhältnis abgelehnt. Aber Herr De Trooz weiß trotzdem, woran er ist. —

Rumänien.

Bukarest, 10. Mai. Die Neuwahlen finden zwischen dem 20. und 28. Mai statt. Die neue Kammer wird zu einer außerordentlichen Session am 7. Juni einberufen.

Gewerkschaftliches.

(Siehe auch 1. Beilage.)

Berlin und Umgegend.

Zur Lohnbewegung der Bäcker.

Am Donnerstag verhandelten die Vertreter der Freien Vereinigung der Bäckermeister mit der Vertretung des Verbandes der Bäcker vor dem Einigungsamt. Die Verhandlungen sind jedoch noch nicht abgeschlossen. Die Parteien wurden sich soweit einig, daß nur noch die Gewährung eines freien Tages in jeder Woche und die Frage der Gültigkeitsdauer des Tarifs zu erledigen ist. Am Montag werden die Verhandlungen fortgesetzt.

Unternehmerübermut im Glasergewerbe.

Zur diesjährigen Kaiserfeier hatte der Verband der Glasereien und verwandter Gewerbe von Berlin und den Vororten beschlossen, seinen Mitgliedern zum Aushängen in den Werkstätten Plakate zuzufenden, worauf bekannt gegeben wurde, daß der 1. Mai kein Festtag, sondern ein Arbeitstag ist, daß Gehältern, welche am 1. Mai feiern, erst am 6. Mai die Arbeit aufnehmen konnten und daß jeder Gehältere, der sich damit nicht einverstanden erklärte, am Dienstag, den 30. April, also schon vor der Kaiserfeier, entlassen werden sollte.

Ebenso wenig wie in anderen Berufen ließen sich auch die Gehältern der Firma Salomonis durch jenen Beschluß von der Feier des 1. Mai abhalten. Als sie aber am 6. Mai wieder arbeiten wollten, zeigte es sich, daß Herr Salomonis in seiner Ausperrungslust noch über den Beschluß seiner eigenen Organisation hinausging und von den 27 Gehältern nur 10 wieder einstellen wollte. Das führte natürlich dazu, daß keiner die Arbeit wieder aufnahm. Als dann der Vertreter des Glaserverbandes zwecks Beilegung der Differenzen mit Salomonis Rückfrage, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsgesellschaft.

sprache nahm, erklärte dieser: er werde zu einer Verhandlung auf dem Gewerbegericht nicht erscheinen; lieber trete er aus der Innung und dem Verbands der Glasereien aus, als daß er sich durch die Tarifkommission zwingen lasse, sein Personal wieder einzustellen. — Diese seine Haltung erscheint uns so unverständlich, als Herr Salomonis selbst Obmann der Tarifkommission des Glasergewerbes ist.

Am Freitag war nun eine Sitzung der Tarifkommission anberaumt, um die Angelegenheit zu regeln. Aber die Unternehmerbesitzer waren nicht erschienen. Auf Vorschlag des Vorsitzenden Dr. Prerauer wurde gleichwohl mit Herrn Salomonis verhandelt. Da dieser aber kein Entgegenkommen zeigte und sich nicht bereit fand, alle Ausgesperrten wieder einzustellen, bezichtigten sie in zweimaliger geheimer Abstimmung sämtlich auf die Wiedereinstellung und gaben Herrn Salomonis anheim, sich vom Arbeitsnachweis neue Arbeitskräfte zu besorgen.

Die Handlungsweise dieses Obmannes der Arbeitgeber zeigt so recht deutlich, wie ein Unternehmer vorgeht wenn er bei allgemein ungünstiger Konjunktur glaubt, seinen Arbeitern alles bieten zu können. Da wundern sich die Unternehmer und Beklagten sich bitter, wenn die Arbeiter bei gutem Geschäftsgang sich solcher Vorgänge erinnern und sich nicht jedem so ohne weiteres zur Verfügung stellen.

Die Leitergerüstbauer haben im Laufe der Woche die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem sie zu einer Verständigung mit den Unternehmern gekommen sind. Die Poliere erhalten 10 Pf. und die Rüster 5 Pf. Lohnzuschlag pro Stunde. Nach Pfingsten soll eine weitere Zulage bewilligt werden. Nur bei Andt u. Co. ist kein Vergleich zustande gekommen; diese Firma hat alle Plätze mit Arbeitswilligen besetzt. Alle Streikenden fanden sofort wieder Anstellung; nur vier oder fünf Mann sind gegenwärtig noch ohne Arbeit. Die kleineren Unternehmer haben dadurch, da sie einigen großen willig Folge leisteten, ihr Geschäft stark geschädigt, und sehen dem Ende des Streiks mit Verlangen entgegen. Es ist zu erwarten, daß sie die Zulage einer weiteren Lohnerhöhung nach Pfingsten auch einlösen werden.

Köln! Köpfer!

Die gesperrte Firma Kaufmann Wilt. Meinke läßt jetzt durch den Stiefhahn R. Kruschinski des Köpfermeisters Runge in der Bettendorferstraße einen Bau ausführen, derselbe ist somit als gesperrt zu betrachten. Der Bauherr heißt Lischke.

Die Verbandsleitung.

Deutsches Reich.

Die Zimmerer in Düsseldorf sind, weil sie den von den Unternehmern ausgearbeiteten Tarif nicht anerkennen wollen, ausgesperrt worden. Arbeitswillige Zimmerer wollen die Unternehmer nicht auf die Straße setzen. Große Wirkung wird der Aussperrungsbeschluss nicht haben, weil der größte Teil der Gehältern zu den von der Zimmererorganisation vorgelegten Bedingungen arbeitet und die übrigen Gesellen in den Streik getreten sind.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Stadtverordnetenwahltag.

Rühlhagen i. Th., 10. Mai. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Stadtverordnetenwahl wurden die Genossen Dönede und Schäfer mit 454 resp. 453 Stimmen gewählt. Die vereinigten bürgerlichen Gegner brachten es auf 401 und 412 Stimmen.

Bergarbeiterausstand.

Röln, 10. Mai. (W. Z. B.) Die „Kölnische Volkszeitung“ meldet, daß in den an der luxemburgischen Grenze gelegenen Oettinger Ergruben heute etwa tausend Bergleute die Arbeit niedergelegt haben.

Entgleister Schnellzug.

Dortmund, 10. Mai. (Amtliche Meldung.) Der Schnellzug 13 ist heute Nachmittag 3 Uhr kurz vor Dortmund Rangierbahnhof bei Zeche „Ganja“ entgleist. Vier Wagen liegen auf der Dammboschung. Der unbeschädigte Teil des Zuges fuhr nach Aufnahme der Reisenden aus dem verunglückten Teil des Zuges nach Dortmund nach kurzem Aufenthalt weiter. Dort haben sich zehn Reisende mit kleinen Abschlüssen als leicht verletzt gemeldet. Das Hauptgleis Mengede-Dortmund ist voraussichtlich bis Mitternacht gesperrt. Verkehr wird durch Umleitung aufrecht erhalten. Ursache der Entgleisung ist bisher nicht aufgeklärt. Untersuchung ist eingeleitet.

Ausfahrungen in Ludwigshafen.

Ludwigshafen, 10. Mai. (W. Z. B.) Anlässlich des schon wochenlang dauernden Streiks in der Düngersfabrik von Zimmermann kam es gestern abend zu schweren Ausfahrungen. Nach und nach hatte sich eine tausendköpfige Menge angeammelt, die sämtliche Fenster des Fabrikgebäudes zertrümmerte, Säure, Rauerwerk und Holzschuppen niedertrifft. Die Schuppleute, etwa 60, lammten der Menge nicht Herr werden; 6 Schuppleute erlitten Verlesungen, davon zwei Erle in den Oberarmen. Der Bezirksamtmann, der in Uniform erschienen war, wurde von einem Stein so schwer getroffen, daß er bewußlos vom Plage getragen werden mußte. Die Arbeitswilligen, die unter harter Eskorte aus der Fabrik herausgeführt wurden, wurden von der wütenden Menge angegriffen, zu Boden geworfen, getreten und mißhandelt; viele trugen schwere Verlesungen davon. Die Tumulte dauerten die ganze Nacht hindurch und noch heute Morgen belagerte eine große Menschenmenge die Fabrik.

Ludwigshafen, 10. Mai. (W. Z. B.) Die Ansammlungen vor der Zimmermannschen Fabrik dauerten auch heute vormittag noch an. Der gegen keine Belagerungszustand ist amtlich verhängt worden. Der Regierungspräsident der Pfalz, v. Reuffer, ist bereits hier eingetroffen; auch der Erste Staatsanwalt am Landgericht Frankenthal. Unter Heranziehung auswärtiger Gendarmen hofft man, die Ordnung aufrecht zu erhalten zu können. Der Stadtverordnete Winter mischte sich unter die Menge und ermahnte sie zur Ruhe, aber auch er wurde verhöhnt. (Authentische Nachrichten über die Vorgänge sind uns noch nicht zugegangen. D. Red.)

Bei der Kahnfahrt ertrunken.

Kuggsburg, 10. Mai. (W. Z. B.) Bei einer Kahnfahrt ertranken gestern im Ausflugsort Burgwalden infolge Unfingers des Rahnes 4 Mitglieder eines dort weilenden Gesangsvereins aus dem Vorort Oberhausen. Ein fünfter Insasse konnte gerettet werden.

Erdbeben.

Leoben, 10. Mai. (W. Z. B.) Heute früh zwischen 6½ und 7 Uhr wurden hier mehrere starke Erdstöße wahrgenommen. Der angerichtete Schaden ist jedoch nur geringfügig.

Reaktionäre Gelüste.

Petersburg, 10. Mai. (W. Z. B.) Die Regierung beschloß, nunmehr gegen Finnland energisch vorzugehen. An Stelle des jetzigen liberalen Generalgouverneurs soll General Dratschewsky ernannt werden. Die Truppen in Helingsfors werden verdoppelt.

Bergsteife Milch.

Madrid, 10. Mai. (W. Z. B.) Infolge Genußes von Milch sind 18 Personen unter Vergiftungserscheinungen erkrankt. Der Zustand dreier ist hoffnungslos.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Piers zu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Reichstag.

50. Sitzung vom Freitag, den 10. Mai 1907, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundespräsidenten: Herr v. Stengel, Dornburg. Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Ergänzungsetats für die Schutzgebiete (Farmerentschädigung, Beihilfe für Beamte usw.)

Die Vorlage verlangt 7 1/2 Millionen Mark für diesen Zweck, die Kommission beantragt nur fünf Millionen zu bewilligen und hinzuzufügen:

„Die Hilfeleistung erfolgt unter der Voraussetzung, daß anderweitige Ansprüche auf Entschädigung gegen das Reich oder die Kolonie aus Verlaufen infolge des Eingeborenenaufstandes seitens des Empfängers nicht gestellt werden.“

Ein Antrag, die gesamte Forderung von 7 1/2 Millionen, aber nur als Darlehn, zu bewilligen, ist in der Kommission abgelehnt worden.

Kolonialdirektor Dornburg: Würde den Farmern die Hilfeleistung als Darlehn gewährt werden, so wäre hergestellt, daß sie keinen Rechtsanspruch darauf haben; auch ein erzieherisches Moment läge darin, und einiges würde wohl auch zurückgezahlt werden. Aber gegen die Form des Darlehns spricht der Umstand, daß dann eine ungleiche Behandlung für viele eintreten würde. Freilich wollen wir den Leuten kein Recht auf diese Hilfeleistung aufzusehen; aber wir wollen gerecht sein, und wenn man einen Akt der Gerechtigkeit ausübt und die Hilfeleistung an gratis gibt, so soll man sie auch mit Grazie geben (Heiterkeit) und die Leute nicht von vornherein verstimmen. Sogar kommt, daß der Unterschied mehr oder weniger nur in der Theorie, in der Idee vorhanden ist. 1 1/2 Millionen sind, das sagte man auch in der Budgetkommission, als Fonds ponda gegeben, und auch von dem dann noch verbleibenden geforderten sechs Millionen wird vieles nicht einbringender sein, die Hauptfrage ist, ob das Geld den Schutzgebieten für ihre wirtschaftliche Entwicklung zugute kommen wird, und diese Frage ist zu bejahen. — Mit dem von der Kommission beantragten Zusatz sind wir einverstanden.

Abg. Gröber (S.): Die Fassung dieses Zusatzes würde auch die Verfolgung wirklicher Rechtsansprüche unmöglich machen, und das ist doch wohl nicht die Absicht. Unterschiedlos eine Entschädigung für erlittenen Verlust zu gewähren, auch wenn der betreffende im übrigen gar nicht hilfsbedürftig ist, würde bedeuten, daß tatsächlich ein Rechtsanspruch auf Schadenersatz besteht, was doch eben aus geschlossenen sein soll. Weiter kommt hinzu, daß die Feststellung des Schadens auf außerordentlich unsicherer Grundlage ruht, und ferner darf doch nicht vergessen werden, daß die Farmer einen großen Teil der Schuld an dem Aufstande selbst tragen. Aufgebracht werden sollen die geforderten 7 1/2 Millionen durch zukünftige Steuern. Noch kennen wir die neuen Steuerprobleme nicht, man hat uns noch eine Gnadenfrist gewährt, um uns die Freunde der Sommerferien nicht zu stören. Nun sagen die Befürworter der Hilfeleistung, das Geld soll dem wirtschaftlichen Wiederaufbau des Schutzgebietes dienen. Aber wenn die Viehzucht dort so sehr vorankommt, wie gesagt wird, so braucht man doch keine Reichsmittel dazu zu bewilligen. Der Kolonialdirektor sagte ja auch, daß in neuerer Zeit wieder ein größeres Zustromen von Ansiedlern nach Südwestafrika stattfindet. Wir können uns daher nicht von der Notwendigkeit überzeugen, die geforderte Entschädigung zu bewilligen. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Dr. Paasche (natl.): Aus Willigkeitsgründen und aus Gründen der Entwicklung der Kolonie befürworten wir die Bewilligung der Entschädigung. Freilich einen Rechtsanspruch wollen wir den Farmern nicht zuerkennen. Wir werden zunächst für die Regierungsvorlage, in zweiter Linie für den Kommissionsantrag stimmen.

Abg. Freiherr v. Richthofen (L) polemisiert gegen den Abg. Gröber und spricht sich im übrigen im Sinne des Vortredners aus. Der Aufstand hätte gar nicht ausbrechen können, wenn der Reichstag genügend Schutztruppen bewilligt hätte.

Abg. Dr. Arendt (Sp.) begründet einen von ihm eingebrachten Antrag, im Falle der Ablehnung der Regierungsvorlage die Schäden bis zu 10 000 M. mit 1 688 678 M. voll, die größeren Schäden mit 3 804 215 M. jetzt noch zu zwei Dritteln, also im ganzen zu fünf Sechsteln zu decken, beides unter der Voraussetzung, daß die Farmer keine weiteren Ansprüche gegen das Reich erheben. — Vielleicht trägt die Regierung mit an dem Ausbruch des Aufstandes Schuld, weil sie zu spät die nötigen Eisenbahnen verlangt hat. Allerdings mehr noch haben die steten Abstriche durch das Zentrum und die Sozialdemokratie den Aufstand heraufbeschworen. Doch nun habe die Sozialdemokratie ja schon die Antwort des deutschen Volkes darauf bei den letzten Wahlen erhalten und auch hinsichtlich des Zentrums sei noch nicht aller Tage Abend. (Sehr richtig! rechts. Lachen bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.)

Gouverneur v. Lindquist: Mit den jetzt verlangten 7 1/2 Millionen läßt sich durchaus nicht eine volle Entschädigung herbeiführen. Der indirekte Schaden, den Kaufleute usw. durch Ausfälle bei ihren Aufenständen erlitten haben, ist überhaupt nicht mit angerechnet worden, und weiter sind die Viehpreise heute fast durchweg doppelt so hoch, als die Kommission damals angenommen hat. Die vom Reichstages zunächst bewilligten Summen haben nur dazu gedient, den Leuten das Weiterleben zu ermöglichen. Große Firmen konnten mit dabei nicht ganz ausschließen, weil von deren Existenz viele kleine Leute abhängig sind. Tatsächlich sind nur zwei Gesellschaften unterstützt worden, von denen die eine aus nur zwei Personen besteht, während die andere, die Schäfergesellschaft im S. O. für unseren Export außerordentlich wichtig ist. — Redner tritt schließlich für Wiederherstellung der Regierungsvorlage ein. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Wiemer (fr. Sp.): Die Lage ist in der Kommission reichlich erwogen worden, und daher treten wir für den Kommissionsantrag ein. Wegen die Gewährung eines Darlehns an die Farmer hat sich schon der Kolonialdirektor ausgesprochen, daher empfehlen wir die Bewilligung von fünf Millionen. Die kleineren Ansiedler in voller Höhe zu entschädigen, ist ein an sich richtiger Gedanke, aber auch hierbei ist Willkür nicht zu vermeiden. Daher lehnen wir den Antrag Arendt ab. Auch viel Optimismus haben wir hinsichtlich unserer Kolonien nicht, aber schließlich werden die jetzt geforderten Summen doch dem gesamten Deutschen Reich zugute kommen.

Abg. Lattmann (Antif.) erklärt sich für die Regierungsvorlage, will sich aber eventuell mit dem Antrag Arendt begnügen.

Damit schließt die Diskussion. Der Kommissionsantrag wird gegen die Stimmen des Zentrums, der Polen und der Sozialdemokraten angenommen.

Eine Reihe Ergänzungsetats werden debattelos erledigt, darunter die Steuerzuschüsse für untere und mittlere Beamte.

Auf eine Anfrage des Berichterstatters Abg. Wiemer erklärt hierbei

Geheimrat Neumann, daß nur die Angestellten des Reichstags, welche Beamtencharakter hätten, die Steuerzuschüsse bekommen könnten.

Es folgt der

Etat des Reichstags.

Hierzu liegt ein von allen Parteien unterstützter Antrag Dr. Paasche vor, der die Bildung eines besonderen, der Verwaltung des Reichstagspräsidenten unterstehenden zinsdarlegenden Fonds vorsieht, dessen Zinsen zu außerordentlichen Beihilfen für etatsmäßige Unterbeamten und das gesamte Hilfsbeamtenpersonal sowie zu Unterstufungen für ausgeschlossene Unterbeamte,

Hilfsbeamte und deren Hinterbliebene zu verwenden sind. Der Fonds soll vor allem bewilligt werden aus den Eintrittsgeldern für die Beschäftigung des Reichstagsgebäudes.

Ferner sieht der Antrag vor die Einsetzung eines besonderen Titels von 6250 M. in die fortdauernden Ausgaben zu außerordentlichen Beihilfen für die Unterbeamten und das Betriebspersonal.

Reichstagssekretär Herr v. Stengel erklärt, daß die Regierung gegen die Einsetzung dieser Titel in den Etat nichts einzuwenden habe.

Abg. Singer (Soz.)

begrüßt diese Erklärung des Staatssekretärs. Aus der Erklärung des Geheimrats Neumann schien hervorzugehen, daß die Angestellten dieses Hauses an den einmaligen Steuerzuschüssen nicht beteiligt sein sollen. Das war jedenfalls nicht die Absicht des Reichstages. Ich glaube, alle Parteien werden es begrüßen, wenn der Präsident aus dem ihm zur Verfügung stehenden Fonds das für die Reichstagsbeamten nachholt, was den übrigen Beamten an Steuerzuschüssen gewährt wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Weiter habe ich auch eine Reihe von Wünschen dem Herrn Präsidenten zur Ermöglichung anbieten zu geben: Das Hilfspersonal, welches in diesem Hause beschäftigt ist, steht in täglicher Kündigung. Das ist ein unhaltbarer Zustand. (Sehr wahr! S. d. Soz.) Was den Arbeitern nach der Gewerbeordnung zusteht, eine vierzehntägige Kündigung, sollte auch den Hilfsbeamten dieses Hauses gewährt werden. Weiter wäre es wohl notwendig, in der Arbeitszeit dieser Hilfsbeamten eine Verringerung eintreten zu lassen. Diese Beamten haben alles in allem gerechnet eine tägliche Arbeitszeit von vierzehn Stunden. (Hört! hört! bei den Soz.) Das ist viel zu viel. Der Reichstag tritt seit Jahren mit Energie für die Verkürzung der Arbeitszeit der Postbeamten ein, es wird dahin gestrebt, die Arbeitszeit der industriellen Arbeiter in der Gewerbeordnung herabzusetzen; da sollte der Reichstag in seinem eigenen Hause mit gutem Beispiel vorangehen und die Arbeitszeit der Hilfsbeamten dadurch verkürzen, daß er mehr Hilfskräfte anstellt. (Sehr richtig!) Diese Hilfsbeamten treten ein mit einem Tageslohn von 4 M., welcher in dreijährigen Rufen um je 25 Pf. pro Tag steigt bis zur Höhe von 5,50 M. Ich glaube, daß es wohl die große Mehrheit des Hauses nicht für richtig halten wird, daß man diese Hilfsbeamten auf die 25 Pf. Zulage drei Jahre warten läßt. Das geht wohl über das Maß der notwendigen Sparsamkeit hinaus. Dazu kommt folgendes: Bei tadelloser Führung haben diese Hilfsbeamten die Hoffnung dauernd angestellt zu werden, aber erst nach 3650 Sitzungstagen, d. h. nach etwa 20—21 Kalenderjahren. Da scheint mir doch die Bitte an den Herrn Präsidenten gerechtfertigt, eine Verfügung zu treffen, wonach die dauernde Anstellung dieser Herren in kürzerer Zeit eintritt. Die Frist von 10 Jahren genügt da wohl vollständig, um zu ermitteln, ob ein solcher Beamter befähigt ist, den Ansprüchen, die an seinen Posten gestellt werden, vollauf zu genügen. (Sehr richtig!) Ein weiterer Mangel liegt in der Fürsorge bei Krankheitsfällen. Da ist für diejenigen Beamten, die nicht dem Krankenversicherungsgesetz genügen, eine Hauskasse eingerichtet, aus der dies Hilfspersonal pro Tag 1,45 M. Krankengeld und 80 Pf. Entschädigung für Arznei erhält. Dies Krankengeld bedarf auch der Erhöhung. Weiter würde der Herr Präsident diesen Hilfsbeamten eine große Wohltat erweisen, wenn er sich mit dem Gedanken vertraut machen würde, diesen Leuten, die ja immer wieder kommen, wie das auch durchaus im Interesse des Reichstages liegt, eine Art Wartegeld zu gewähren, das ihnen die Möglichkeit gibt, einigermaßen die Zeit zwischen den Sessionen zu überbrücken. Bei der Ueberfüllung des Arbeitsmarktes wird es vielen der Herren schwer werden, nach der Entlassung sofort ein anderes Unterkommen zu finden. Jedenfalls sollte ihnen für eine bestimmte Zeit der Lohn weiter bezahlt werden, in der Weise etwa, daß wenn die Vertagung im ersten Drittel des Monats erfolgt, der ganze Monat bezahlt wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dasselbe trifft für die Herren zu, die als Stenographensekretäre tätig sind. Auch sie sind auf tägliche Kündigung angestellt. Zum Schluß möchte ich auch noch ein gutes Wort für die Scheuerfrauen einlegen, deren Lohn bis zur Höhe von 3,50 M. steigt. Der Reichstag wird sich jedenfalls, wenn er diesen Wünschen nachgibt, nicht dem Vorwurf aussetzen, daß er seinem Personal gegenüber verschwenderisch ist. Ich würde mich freuen, wenn der Herr Präsident meinen Anregungen entgegenkommen würde. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Reichstagssekretär Herr v. Stengel: Die Ausführungen des Herrn Regierungskommissars Neumann hat der Herr Vortredner wohl nicht richtig verstanden. Dieser hat nur betont, daß aus dem Ergänzungsetat nur etatsmäßige oder diätarische Unter- und mittlere Beamte die Beihilfen bekommen könnten. Bezüglich der Angestellten des Reichstages kann die Folge nicht eintreten, die der Herr Vortredner befürchtete. Im übrigen möchte ich zur Beruhigung erklären, daß wir darauf Bedacht nehmen werden, daß auch die in Betracht kommenden Beamten des Reichstages nicht etwa um deswillen unberücksichtigt bleiben, weil zufällig der Reichstag am 1. Juli dieses Jahres nicht verlammt ist. Was die gegen Tageslohn beschäftigten Arbeiter anlangt, so verweise ich auf den Fonds im Etat des Reichstages, der eine Summe für außerordentliche Unterstufungen für das gesamte Hilfspersonal vorsieht.

Abg. Dr. Paasche (natl.): Es werden nicht bloß die Sitzungstage bei der dauernden Anstellung gezählt, sondern auch die Ferien- und Sonntage während der Session, so daß nicht 21, sondern höchstens 15 Jahre bis zur Anstellung vergehen. Man ist wohl weit genug gegangen, wenn man das Hilfspersonal, wie es jetzt geschieht, nach circa 14 Tage nach Schluß der Session beschäftigt und bezahlt. Die dauernd beschäftigten Hilfsarbeiter erhalten während voller drei Monate ihre Diäten weitergezahlt, während den übrigen außer dem Krankengeld noch Beihilfen aus dem Fonds von 7700 M. gewährt werden. Die vierzehn Stunden Arbeitszeit sind zwar vielleicht vorhanden, aber der Dienst ist doch aus verhältnismäßig leicht und es ist beim Beginn der Session immer noch ein Ueberangebot an Arbeitskräften vorhanden.

Abg. Berner (Antif.) tritt für die Stenographen und Diener ein.

Abg. Dr. Arendt (Reichsp.): Die Einföhrung der Kündigungsfrist ist durchaus erwägenswert, auch muß die Frist bis zur definitiven Anstellung verkürzt werden. Die tägliche Arbeitszeit kann nur beschränkt werden, wenn wir unsere Sitzungen abkürzen. Bei Ueberfüllung einer gewissen Arbeitsdauer, die immerhin als höhere Gewalt anzusehen ist, muß freilich für das Hilfspersonal gefordert werden. Anregungen möchte ich, in den nächsten Etat 100 000 M. einzustellen für parlamentarische Studienreisen, insbesondere nach den Kolonien.

Abg. Gröber (S.): Abg. Singer hat eine große Zahl von Tatsachen angeführt, die teils von Herrn Dr. Paasche berichtet, teils aber auch unwidersprochen geblieben sind. Im Seniorenfondement könnten alle diese Dinge, die doch für den Reichstag ganz interner Natur sind, an gründlichst besprochen werden.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antif.): Die Einnahmen aus den Reichstagsbeschäftigungen sollte man ungeschmälert den Hausbeamten zu gute kommen lassen. Als Anschrift für das Reichstagsgebäude empfehle ich mit Rücksicht auf die Herkunft der Gelder für den Bau: „Das Volk in Waffen den deutschen Volkvertretern!“ (Zustimmung rechts und Heiterkeit.)

Damit schließt die Debatte. Der Antrag Paasche wird angenommen, ebenso der Etat des Reichstages, der Etat der Reichsschuld und der Etat für die Expedition ins südwestafrikanische Schutzgebiet.

Es folgen Etatsreste aus dem Hauptetat. Zum Kapitel „Bankwesen“ liegt eine Resolution des Zentrums, der Konserverbanken und der Rationalliberalen vor, die eine baldige Regelung des Scheidewesens verlangte.

Abg. Dr. Neumann-Hofer (fr. Sp.) bringt einzelne Wünsche der Unterbeamten der Reichsbank vor.

Reichstagssekretär Herr v. Stengel: Der Etat, der hier vorliegt, beschäftigt sich lediglich mit dem Etat des Reichsbankdirektoriums, trotzdem will ich dem Reichsbankpräsidenten die vorgebrachten Wünsche zur wohlwollenden Ermöglichung übermitteln.

Abg. Herr v. Camp (Sp.) wünscht eine Enquete, um Klarheit über die Gründe des abnorm hohen Bankdiskonts zu gewinnen. Damit schließt die Diskussion.

Die Resolution wird angenommen, ebenso die noch ausstehenden Kapitel.

Es folgt der Entwurf des Etatsgesetzes, das debattelos genehmigt wird.

Damit ist die zweite Etatsberatung erledigt. Das Haus geht über zur Beratung der Petitionen.

Eine Petition betr. das gewerbliche Musizieren der Militärmusiker beantragt die Kommission der Regierung als Material zu überweisen.

Abg. Koste (Soz.):

Die Petition des Präsidiums des allgemeinen deutschen Musikerverbandes sollte man zweckmäßigerweise der Regierung zur Berücksichtigung überweisen. In dem Kommissionsbericht wird behauptet, daß eine Reihe von Beschwerden, die von organisierten Militärmusikern erhoben worden sind, durch die inzwischen ergangenen Anordnungen des Kriegsministeriums hinwiegend geworden sind. Tatsächlich ist dadurch nicht einmal den allergrößten Missethänden ein Ende gemacht worden. Der Kriegsminister hat nichts dagegen getan, daß die Militärmusiker ihre Konzerte noch immer zum halben Jahrespreise machen. Die Zivilmusiker werden durch die Militärlapellen einfach niederkonkurriert; sie haben keine Möglichkeit, sich durch Lohnbewegungen usw. bessere Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Seit Jahrzehnten schon sind die Preise für die Musik durch die Konkurrenz der Militärlapellen so gedrückt, daß die Musiker zu den schlechtest bezahlten Arbeitern gezählt werden können. Und nun ist noch durch die feste Vergrößerung des Heeres die Konkurrenz der Militärlapellen gegen die Zivilmusiker von Jahr zu Jahr stärker geworden. 700—1000 M. haben die Militärmusiker Nebenverdienst, während tüchtige Zivilmusiker nicht genug zum Leben verdienen können. Ganz besonders arme Missethände haben sich bei Einstellung der Militärmusiker herausgestellt. Fast stets wird verlangt, daß sie für die Ausführung ihres Berufes im Nebenamt brauchbar sein sollen. So wird in Königsberg ein erster Geiger und ein Klavierspieler gesucht, in einem anderen Falle wird ein tüchtiger Geiger verlangt, dem in Aussicht gestellt wird, daß er bei großer Tüchtigkeit die Direktion der Kapelle im Variététheater übernehmen könne! Das Breslauer Militärregiment sucht einen guten Violinspieler und will sich sogar mit einem Infanteristen begnügen. Das Konzertieren der Militärmusiker hat einen geradezu erschreckenden Umfang angenommen; bis zu 45 Proz. sämtlicher Konzerte werden von Militärlapellen gegeben. In Danzig werden während des ganzen Sommers sämtliche Lokale von Militärmusikern besetzt. Bei solcher Konkurrenz ist es kein Wunder, daß es den Zivilmusikern fast unmöglich ist, für ihre Familie regelmäßig Brot zu schaffen. Der Reichstag muß endlich kategorisch fordern, daß das Konzertieren der Militärlapellen ganz wesentlich eingeschränkt wird. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Die Abg. v. Deryn (Sp.), Wagner (L), Dobe (fr. Sp.) und Jungl (natl.) schließen sich diesen Ausführungen an.

Die Petition wird darauf dem Reichstagskanzler als Material überwiehen.

Eine Petition betreffend Beseitigung der konfessionellen Eidesformel beantragt die Kommission als Material zu überweisen.

Abg. Berner (Antif.) beantragt Uebergang zur Tagesordnung. Das Haus beschließt gegen die Stimmen der Rechten gemäß dem Antrage der Kommission.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr. (Rechnungssachen, kleinere Vorlagen. Interpellation Will (S.) und Albrecht (Soz.) betr. die Grubenkatastrophen.)

Schluß 6 1/4 Uhr.

Aus der Partei.

Parteiliteratur.

Goeben ist im Verlage von J. G. W. Dieckhoff in Stuttgart erschienen: Zur Kritik der politischen Oekonomie von Karl Marx, herausgegeben von Karl Kautsky. Zweite vermehrte Ausgabe. Preis gebunden 2,50 M.

Der Text der berühmten Schrift von Karl Marx ist unterändert abgedruckt worden, vermehrt ist sie durch die im Nachhinein von Marx vorgefundene Einleitung zu einer Kritik der politischen Oekonomie. Sie stellt, wie der Herausgeber bemerkt, eine erhebliche Vereinfachung der marxistischen Literatur und damit auch des vorliegenden Buches dar.

Genosse Bebel sendet uns folgende Zeilen zur Veröffentlichung:

Ich ersehe aus der Donnerstagnummer des „Vorwärts“, daß die Magdeburger „Volksstimme“ äußerte:

„Es ist zweifellos, daß sich der Standpunkt Liebknechts, den er in seiner Broschüre einnimmt, dem Hervés' bedeutsam nähert. In dem Bebel Hervés' Agitation verurteilt, spricht er zugleich das Urteil über die Liebknechts'sche Auffassung.“

Dazu habe ich zu bemerken: es ist mir nicht in den Sinn gekommen, in meinem Urteil über Hervés' Standpunkt auch denjenigen des Genossen Karl Liebknecht treffen zu wollen. Ich würde damit sogar ein schweres Unrecht an Liebknecht begehen, der sich in seiner Broschüre mit einer erfreulichen Offenheit, die jede Zweideutigkeit ausschließt, gegen den Hervés'schen Standpunkt erklärt hat.

Da auch in anderen Parteiorganen ähnliche Äußerungen über meine Stellung zur Liebknechts'schen Broschüre laut geworden sind, wie sie die Magdeburger „Volksstimme“ veröffentlichte, so richtet sich mein Dementi auch gegen jene.

In der sonstige Polemik, die anlässlich meiner Rede zum Militärretet und meiner Erklärung gegen Hervés, in der Parteipresse entstanden ist, mich einzumischen, empfinde ich kein Bedürfnis. Ich erkenne gern an, daß diese Polemik streng sachlich geführt worden ist, ich habe aber auch daraus wieder einmal ersehen, wie leicht es der bürgerlichen Presse wird, durch entsprechende Kritiken an Reden sozialdemokratischer Abgeordneter, einen Teil unserer Parteipresse aufs Eis zu führen und ihn zu verkehrten Kritiken zu provozieren.

Es ist auch eine willkürliche Annahme seitens einzelner unserer Parteiorganen, z. B. der „Dortmunder Arbeiterzeitung“ und der „Düsseldorfer Volkszeitung“, die Fraktion für die gefallenen Reden und abgegebenen Erklärungen verantwortlich zu machen. Die Fraktion hat keine Gelegenheit gehabt vorher darüber ihr Urteil abzugeben und sie hat keine Veranlassung genommen ein solches nachher zu fällen.

Zu der in der Parteipresse veröffentlichten Erklärung Hervés, wonach dieser wünscht, daß dem Stuttgarter internationalen Kongress die Frage vorgelegt werde: wie im Falle eines Krieges sich die Sozialisten zu verhalten hätten, bemerke ich, daß dieser Wunsch schon durch die Beschlüsse des Internationalen Sozialistischen Bureaus erfüllt ist. Die Frage kommt auf die

Tagesordnung des Stuttgarter Kongresses; ich hoffe dort Gelegenheit zu haben, mit Herz die Klinge zu kreuzen.

Wieder eine verendete Terrorismudlage. Die Magdeburger „Vollstimme“ berichtet: Am 14. März brachte der „Allgemeine Anzeiger für Volkswirtschaft“ eine Geschichte, wonach der Arbeiter Moriz Schulz von seinen Mitarbeitern überfallen und schwer mißhandelt worden sei, weil er aus dem „sozialdemokratischen Arbeiterverband“ ausgetreten sei. „Offenbar“, so sagte das edle Blatt hinzu, „erhalten die rohen Patrone eine exemplarische, gerichtliche Strafe“.

Wir konnten damals sofort nachweisen, daß die ganze Geschichte erfunden und erlogen war. Moriz Schulz war nicht überfallen worden, war nicht aus dem sozialdemokratischen Verband ausgetreten, weil er ihm nie angehört hatte; wohl aber war der Schilling des „Allgemeinen Anzeiger“ dabei ertappt worden, daß er der Abänderung annehmlicher Postkarten war, durch die der Hausfrieden eines Mitarbeiters erheblich gestört wurde. Dafür hatte der wadere Moriz dem von dem Arbeiter einige Ohrfeigen bekommen, die nicht von „schlechten Eltern“ waren.

Selbstverständlich hatten sich die Behörden, die für Ordnung und Ruhe verantwortlich sind, sofort auch der Angelegenheit bemächtigt, im Amtsgericht fanden Vernehmungen statt, viel Papier wurde verschrieben, es wurde inquiriert und recherchiert, und das Resultat aller Bemühungen ist nun glänzend heraus. Vor einigen Tagen hat der Presler wider die Befehle von der Staatsanwaltschaft ein Schreiben erhalten, worin ihm kund und zu wissen getan wird, daß die Anklagebehörde — das Verfahren eingestellt hat!!!

Von den Organisationen. Der sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Viesefeld-Wiedenbrück stieg im ersten Quartal 1907 von 3290 auf 3655 Mitglieder.

Sozialdemokratische Wahlerfolge in der Schweiz. In Ait-Retten bei Bärth, wo die Arbeiterschaft infolge innerer Ferndürfnisse zur Dummheit verurteilt war, haben unsere Genossen bei den jüngsten Gemeindevahlen schöne Erfolge errungen, indem ihre Liste mit drei Sozialdemokraten für den Gemeinderat, mit ebenfalls drei für die Gesundheitskommission, sechs für das Wahlbureau und einem für die Gemeinde-Rechnungsprüfungskommission siegte. Der schöne Erfolg wird hoffentlich die volle Einigkeit unter unseren Genossen herstellen und dauernd aufrechterhalten. — Im Kanton Neuchâtel wurden bei den nach dem Proportionalsystem vorgenommenen Großrats- (Landtags-) Wahlen 19 Sozialdemokraten gewählt, um 4 mehr, als dieser Behörde vorher angehörten. — In Genève (Appenzell) eroberten unsere Genossen einen Sitz, den ersten im Gemeinderat, zwei Sitze in der Rechnungsprüfungskommission; Genosse Röcher wurde als Gemeinderichter gewählt und Genosse Dr. med. Herz als Mitglied des Kantons- und Verfassungsrates bestätigt. — In Basel verlor leider unsere Partei bei der Erstwahl in den Großen Rat, wobei es sich um sozialdemokratische Mandate handelte, deren zwei.

Ein neues genossenschaftliches Unternehmen der belgischen Partei.

Brüssel, 30. April. (Eig. Ber.) Voll Mut und Reid blüht unser Bürgertum, besonders das daran interessierte, auf die zu immer blühenderer Entwicklung gelangenden sozialistischen Genossenschaftlichen Belgens. Die Veröffentlichung der Rechenschaftsberichte mit den großen Ansatzziffern wird von der bürgerlichen Presse stets mit Hohn glossiert, wobei listig auf die Anbahnung der „Kapitalien“ der antisozialistischen Sozialisten verwiesen wird! In der Tat haben unsere Gegner alle Ursache, auf die vorwärtszeitende sozialistische Genossenschaftsbewegung ärgerlich zu sein: Denn nicht nur, daß ihnen die Arbeiterkundschaft entgegen wird, wirken die Kooperativen auch sichtlich als wohlthätiger Preisregulator für die wichtigsten Bedarfsartikel. Interessant ist da z. B. der Einfluß der Wädelereien des Brüsseler „Raison du Peuple“, deren billiges und gutes Brot zur Folge hatte, daß sich auch die übrigen Wädelereien zu wohlfeileren Waren in Verbindung mit allerlei, allerdings meist schwindelhaften Benefizien verstehen mußten.

Daß dort der Schiffkudentag eingeführt ist, bei einem Minimallohn von 5 Franken täglich, dem Lohnhöhen nach 2 und 5 Jahren folgen, daß die Arbeiter einen sechsblättrigen bezahlten Urlaub erhalten, Gratis-Arbeitskleidung und schließlich alle Benefizien der Genossenschaftler, alles das sind ebensoviele Gründe die Gegner zu ärgern, die durch die anständigen Arbeitsverhältnisse des Arbeiterinstituts in ihrer Ausbeutungslust immerhin eingegängigt werden. Einen kleinen Begriff von dem Aufschwung des Brüsseler „Raison du Peuple“ mag die Biffer geben, daß sich von Anfang Januar bis Ende März 1888 neue Genossenschaftsmitglieder einschreiben ließen.

Nun tritt die organisierte Arbeiterschaft wieder mit einem neuen bedeutungsvollen genossenschaftlichen Unternehmen auf den Plan, das sich auf Grund einer Entscheidung des Parteitag von 1906 demnächst konstituieren soll. Der Ausbeutung des arbeitenden Volkes als Konsumenten, der schon auf so vielen Gebieten die sozialistischen Genossen siegreich begegneten, soll nun auch auf dem Gebiet der Lebensversicherung entgegengetreten und eine Volksversicherung auf genossenschaftlicher Basis gegründet werden.

Die genossenschaftliche Arbeiter-Lebensversicherung wird den Namen „La Prevoyance sociale“ (Die soziale Fürsorge) führen und das Kapital wird von allen Parteiorganisationen, Kooperativen, Arbeitervereinen und Gewerkschaften gesichert. Die probatorischen Statuten sind schon an alle Parteigruppen abgegeben und es laufen bereits zahlreiche Anmeldungen an das Komitee ein, an dessen Spitze der sozialistische Deputierte Bertrand steht. So wird denn wohl binnen kurzem auch gegen den Schwindel und die Gewissenlosigkeit der privaten Versicherungsgesellschaften, deren Opfer Tausende Proletarier sind, von seiten der organisierten Arbeiterschaft ein Freibug eröffnet werden, der ihr, wie auf den vielen anderen Gebieten genossenschaftlichen Wirkens zweifellos hohe materielle und moralische Erfolge eintragen wird.

Im kommenden August feiert übrigens die belgische Sozialdemokratie das 25-jährige Jubiläum des Brüsseler „Raison du Peuple“ und die Parteigenossen werden dieses Ereignis wieder mit einem jener Feste würdigen, denen sie so meisterhaft die reichspolte Mischung von Fröhlichkeit und ernst-erhebender Kampfstimmung zu geben verstehen.

Die russische Revolution.

Kongress der „Vaterlandslosen“.

Csberg, (Dänemark), 9. Mai. Gestern Abend sind weitere 180 russische Sozialisten von hier nach England abgereist. London, 7. Mai. Die erste Abteilung russischer Sozialdemokraten, bestehend aus 22 Mann, ist gestern in Harwich eingetroffen und wurde von zwei Russen empfangen, die sie zur Eisenbahn geleiteten. Die Leute bestiegen sofort einen Wagen des Zuges, verschlossen die Türen und ließen die Vorhänge herab, anderthalb Stunden bevor der Zug nach London abfuhr. Die Delegierten verweigerten jede Auskunft. Der übrige Teil der Delegierten dürfte voraussichtlich heute in Harwich eintreffen.

London, 9. Mai. Zweihundert russische Sozialdemokraten, darunter sechs Mitglieder der Reichsduma, sind heute Abend hier eingetroffen.

London, 10. Mai. Alle Teilnehmer des russischen Sozialistenkongresses sind jetzt hier eingetroffen, unter ihnen befinden sich auch drei Frauen.

Kongress der Hooligans — im Vaterlande.

Moskau, 10. Mai. Der vierte Kongress der monarchistischen Organisation hat gestern seine erste Sitzung abgehalten. Nach Beendigung derselben veranstalteten die Teilnehmer unter Voranführung

von zahlreichen Heiligenbildern einen Zug nach dem Kremel und begaben sich sodann vor das Palais des Generalgouverneurs. Diefem überreichten sie eine Denkschrift an den Zaren, worin sie diesem ihre patriotischen Gefühle ausdrückten.

Das „verfechtete“ Heer.

Petersburg, 10. Mai. (V. G.) Zwei junge der Kriegsschule zugehörige Offiziere sowie drei Matrosen wurden verhaftet, weil sie überführt sind, Proklamationen des Militärbandes verbreitet zu haben.

Soziales.

Ein Vertrag gegen die guten Sitten.

Das Kaufmannsgericht in Dresden beschäftigte sich dieser Tage mit einem Fall, der so recht bezeichnend dafür ist, was die Arbeitgeber in den Anstellungsverträgen ihrer Angestellten diesen zumuten. Die Vermutwein-Gesellschaft Schiebe u. Co. lagt gegen einen ihrer Reisenden auf Rückzahlung eines angeblichen Vor-schusses in Höhe von 500 M. Der Reisende hatte ausschließlich Gastwirte zu besuchen und mußte da anständigen Zeichen machen, um irgend etwas zu verkaufen. Dazu hat nun der Reisende diesen Vorwurf der Provisionen, wie ihn die Firma nennt, verwendet, da dieser die Gelder als Spesen aufgeführt hat. In dem Anstellungsvertrage befand sich nun ein Passus, demzufolge „Vorschusspfen“ a conto der Provisionen verrechnet werden, und diesen Inhalt des Passus macht die Firma vor dem Kaufmannsgericht geltend. Der Reisende erklärte jedoch, daß dieser Passus als Nachtrag ohne sein Wissen und Willen in den Vertrag aufgenommen worden sei, von welchem nur ein Exemplar vorhanden ist und sich in den Händen der Firma befindet. Von einem Zeißiger des Gerichts wurde der Inhaber der Firma darauf hingewiesen, und dies mit Recht, daß ein Reisender, der Gastwirte besuchen müsse und dabei nur auf Provisionen angewiesen sei, entweder verhungern oder unerträglich werden müsse. Die Firma wurde mit der Klage abgewiesen. Das Gericht begründete dies damit, daß ein Reisender wie im vorliegenden Falle viel verreisen müsse und diese Kosten selbstverständlich die Firma zu tragen habe. Das Gericht war auch der Ansicht, daß der Vertrag gegen die guten Sitten verstoße, und die Firma damit nur die Unersahrenheit des Beklagten ausnützen wolle.

Unter agrarischer Fuchtel.

Haut da im Calenbergischen, und zwar in Ederbe, Kreis Binden, ein „Erdbeer- und Beiter der Nation“, der in bezug auf sein Verhalten Arbeitern gegenüber in nichts seinen östlichen Vettern nachsteht. Am Eingange des geräumigen, mit Bogenlampen gezierter Gutshofes erblickt man einen bekannten Raubvogel, umrahmt von den Worten: Ortsvorsteher. Hinter den rechts und links gelegenen häßlichen Wirtschaftsgebäuden, in denen, obgleich es Sonntag Morgen, ein reges Treiben herrscht, erhebt sich inmitten eines gut gepflegten, mit Leichen durchsetzten Parkes ein hochragendes Gebäude: das Schloß.

Der Eigentümer dieses in fruchtbarer Gegend gelegenen Gutes ist ein Herr v. Heimburg, jener Eble, der bei der letzten Wahl sozialdemokratische Stimmzettel zerissen und in den Ofen gesteckt, ohne daß ihm ob dieser patriotischen Heldentat ein Haar gekrümmt worden trotz erfolgter Anzeige. Im Nachbereich dieses Gutes haben sich seitdem Gelegenheiten zugetragen, die auf die Lage der landwirtschaftlichen Arbeiter ein helles Licht werfen und deshalb der breiten Öffentlichkeit nicht vorenthalten werden dürfen.

Herr v. Heimburg ist selbstverständlich Patriot vom Scheitel bis zur Sohle und monarchisch bis auf die Knochen. Kann man es ihm unter diesen Umständen verargen, wenn in Verträgen, die mit den auf seinem Gute tätigen Arbeitern abgeschlossen werden, eine Bestimmung enthalten ist, daß eine etwaige Belästigung sozialdemokratischer Wohnung die sofortige Räumung der Gutswohnung nach sich zieht? Man kann sich den Nummer des Herrn v. H. ausmalen, als er wahrnehmen mußte, daß trotz der geübten Vorsicht bei der letzten Wahl in seinem Bezirk die sozialdemokratischen Stimmzettel abgegeben worden. Besonders aber schmerzte es sein patriotisches Gemüt, daß auch der wohlhabende Hüter seiner Schafherde, der noch dazu auf des „Herrn“ Wunsch an der Wahl teilgenommen, zu den „Umsürglern“ zählte. Jedemfalls um die agrarische Schafherde vor sozialdemokratischen Einflüssen zu sichern, erhielt der Schäfer die Anbindung zugestellt. Gleichzeitg wurde ihm bedeutet, daß es bei der Stichwahl auch ohne ihn gehen werde. Der Schäfer erschien dennoch an der Urne und — Entsetzen über Entsetzen! — die sozialdemokratischen Stimmen verdoppelten sich sogar. Wie das schmerzte! Der Verbruch war indes nicht von langer Dauer. Wenige Tage darauf spendierte Herr v. H. zwei Fäßchen Bier, für die Feuerwehr natürlich.

Recht dem Schäfer hatte auch noch ein anderer auf dem Gutshofe beschäftigter Arbeiter einen sozialdemokratischen Stimmzettel abgegeben. Am Sonntag, den 2. April, wurde nun aus unbekanntem Anlaß ein Sohn dieses Arbeiters von einem anderen Gutsarbeiter mißhandelt. Die Mutter des Jungen wies den Belästiger zurecht. Dieser flüchtete in seine Wohnung und machte einen Selbstmordversuch, der aber noch rechtzeitig vereitelt wurde. Dieser Vorgang hatte unlaublicherweise zur Folge, daß dem Vater des Knaben das Arbeitsverhältnis und die Gutswohnung gekündigt wurde. Der Betroffene hatte schon seit längerer Zeit das Gefühl, daß man mit ihm nicht mehr recht zufrieden sei. Am Sonntag, den 5. Mai, verließ er die Heimburgschen Gesele.

Nachdem er wurde ihm von dem Viehhändler, von dem er zwei Schweine bezogen, diese aus dem Stalle geholt nach Zahlung von 4 M. Futtergeld. Die Schweine bleiben nämlich, weil die Arbeiter sie in den seltensten Fällen bar bezahlen können, Eigentum des Viehhändlers, bis sie bezahlt sind. Der Viehhändler war über den Stand der Dinge vom Gutshofe aus benachrichtigt worden. Der schwer betroffene Arbeiter hat bis jetzt weder eine Entschädigung für das von ihm bereits bestellte Gartenland, auf das er verzichtet mußte, noch die für die Wohnung einbehaltene Kaution im Betrage von 20 M. zurückbezahlt erhalten.

Noch einiges über die Arbeitsverhältnisse auf dem Gute des Herrn v. H. Dorthselbst sind zurzeit 17 fremde (Russen), 6 einheimische Arbeiter, 8 Ochsenjungen und etwa 40, zumteil fremde Mädchen beschäftigt. Die tägliche Arbeitszeit ist im Winter ausschließlich der Frauen eine 10½, im Sommer eine 12stündige. Erwachsene männliche Arbeiter erhalten im Winter 1,50 M., im Sommer 1,75 M., die Frauen 0,80 M. Tagelohn. In der Erntezeit bringt es der Arbeiter, wenn er in Akkord arbeitet, auf 3 M. den Tag. Außerdem erhält er freie Wohnung, einen halben Morgen Kartoffel- und 20 Quadratruten Gartenland, beides gedüngt und zubereitet, und die Verpflanzung, sich aus den Gräben Gras zu holen für die Riege, alles in allem etwa 150 M. an Wert. Und davon muß nicht selten eine Familie von vier, fünf und noch mehr Köpfen leben! Die Ochsenjungen erhalten pro Tag 1,50 M., die Mädchen 1 M., freie Wohnung und je 35 Pfund Kartoffeln die Woche. Bemerkenswert ist noch, daß die Arbeiter für die beschriebene Gutswohnung 20 M. Kaution stellen müssen, von welcher Summe bei erfolgter Räumung die abzüglich herbeigeführten Beschädigungen in Abzug gebracht werden.

Die gezahlten Arbeitslöhne sind geradezu empörende, zumal wenn man bedenkt, daß Ederbe nur wenige Kilometer von den Industriestädten Hannover-Binden entfernt liegt. Und da beschweren sich die Agrarier noch über die hohen Löhne, die sie den Arbeitern zahlen müssen!

Aus Industrie und Handel.

Die Rentabilität im Großgewerbe.

Die bis jetzt vorliegenden Abschlässe der Aktiengesellschaften für das Jahr 1906 lassen schon eine weitgehende Einwärtsbewegung der Rentabilität in den beiden Jahren 1905 und 1906 zu. Im Nachstehenden ist versucht, auf Grund der im März veröffent-

lichten Geschäftsabschlüsse von 715 Aktiengesellschaften die Rentabilität für die verschiedenen Gewerbe und Gewerbegruppen während der beiden letzten Jahre auf Grund der verteilten Dividende zu berechnen.

Für die sieben folgenden Gruppen ergibt sich dieses Bild:

Gruppe	Gesell-schaften	Akti-en-Kapital in 1000 Mark	Dividenden-summe 1905	1906	1905	1906
Produktionsapparate	92	490 414	57 039	60 506	11,8	13,5
Nahrungs- und Genußmittel	50	53 144	4 287	4 330	8,1	8,2
Bekleidung	102	183 004	16 139	17 006	8,8	9,6
Wohnung	112	167 669	14 455	16 563	8,6	9,8
Uebrigere Produktion	33	46 833	4 773	5 315	10,2	11,3
Handel und Verkehr	297	2 086 058	209 070	219 103	7,8	8,2
Sonstige Gesellschaften	29	9 940	298	368	3,0	3,7

Für sämtliche berücksichtigten Gesellschaften betrug die Dividende auf 3,54 Milliarden Mark im Jahre 1906 10,4, im Jahre zuvor 9,3 Proz. Auf je 100 M. Nominalkapital wurde demnach im Jahre 1906 1,10 M. Dividende durchschnittlich mehr verteilt.

Bei den einzelnen Gewerben dieser Gruppe steigt die Durchschnittsdividende im Vergleich mit 1905 von 8,1 auf 8,8 (gegen 13,4 im Jahre 1905) und sinkt bis 8 (respektive 7,4) in der Industrie für elektrotechnische Erzeugnisse. Der zweithöchste Stand wird in der fünften Gruppe erreicht, in der die chemische Industrie durch ihre hohe Rentabilität stark ins Gewicht fällt. In dieser Gruppe wurden im letzten Jahre 11,3 Proz. erzielt gegen 10,2 im Jahre 1905. Schon unter 10 Proz. bleibt die Verzinsung des verbleibenden Kapitals in den Gruppen zwei und vier. Die Großbetriebe in der Textil- und Bekleidungsindustrie erzielten 9,8 Proz. im Jahre 1906 gegen 8,8 im Jahre vorher. Im Baugewerbe und in den dazu gehörigen Hilfsberufen stellte sich die Rentabilität auf 9,8 Proz. im letzten, auf 8,9 Proz. im vorletzten Jahre. Etwas niedriger stellt sich die Verzinsung in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, nämlich auf 8,2 gegen 8,1 Proz.

Die Dividendensumme stieg um rund 22 Millionen Mark auf rund 330 Millionen Mark. Die Zunahme beträgt 7,12 Proz.

Wert- und Leistungssteigerung im Bergbau.

Wie das Kapital die produktive Arbeit in wachsendem Maße belastet, illustriert ungewollt der Jahresbericht der Handelskammer in Dortmund. Nach seinen Angaben betrug in Preußen

	1905	1906	Steigerung in Prozent
die Steinkohlenproduktion Mill. To.	18,6	128,3	590
die Zahl der beschäftigten Arbeiter	89 152	467 625	423
der Wert der Produktion Mill. Mark	99,1	1115,6	1023

Zunächst ist die Produktion viel kräftiger gewachsen wie die Zahl der Arbeiter; der Wert der Förderung ist wiederum fast doppelt so stark gestiegen wie die fördernde Menge. Noch erheblicher wie im Reichsdurchschnitt stellt sich die Zunahme im Oberbergamtsbezirke Dortmund. Dort stieg die Förderung von 9,3 auf 76,8 Millionen Tonnen, der Wert der Förderung von 46,6 auf 672,6 Millionen Mark und die Anzahl der Arbeiter von 46 328 auf 278 719. Die Förderung hat sich hier um 145 Proz. erhöht, der Wert der Förderung um 1450 Proz. gesteigert und die Zahl der Belegschaft ist nur um 5000 Personen gestiegen. Im Jahre 1906 ist gegen das Vorjahr in Preußen die Steinkohlenförderung um 15,3 Millionen Tonnen, der Wert der Förderung um 154 Millionen Mark und die Belegschaft um 16 762 Personen gewachsen, während im Oberbergamtsbezirke Dortmund die Förderung um 11,4 Millionen Tonnen, der Wert der Förderung um 123,7 Millionen Mark und die Belegschaft um 10 921 Arbeiter zugenommen hat.

Die Minister wissen's besser.

Obwohl aus verschiedenen Industrien schon über schädigende Wirkungen der neuen Handelsverträge Klage geführt worden ist, fühlen sich preussische Minister dazu gedrängt, immer wieder das Gegenteil zu behaupten. Manchen anderen Stimmen, die den ungünstigen Einfluß der erhöhten Zölle betonen, schließt sich die Dortmunder Handelskammer an. Aus der Maschinenindustrie berichtet sie unter anderem:

„Die Preise blieben trotz gesteigerter Nachfrage wenig lohnend. Die schon im Vorjahre in gleicher Richtung geführten Klagen werden mit umso mehr Nachdruck wiederholt, als das Brennmaterial, die Rohmaterialien, Metall, Stabeisen, Bleche usw. inzwischen noch mehr gestiegen, die Exportprämien reduziert oder ganz aufgehoben, die Zahlungsbedingungen (Abhängigkeit des Kontos) erschwert sind und die Konkurrenz noch eine verschärfere geworden ist. Die erhöhten Zölle haben eine völlige Absohwächung nach Deutscher wie auch schon teilweise nach Rußland bewirkt.“

Da Loblieder auf die höheren Zölle von den Agrariern gern gehört — und verlangt werden, fehlt an gewissen Stellen die Fähigkeit, sich durch Tatsachen beeinflussen zu lassen. Das neue, nicht in den Kram passende Urteil wird einfach zu den anderen gelegt werden und kein Hahn wird danach krähen und keiner aus des Hahns Gefolgschaft sich darum kümmern.

Aßlinger Aktiengesellschaft. Nach dem Geschäftsbericht beträgt der Gewinn pro 1906 aus sämtlichen Betrieben 1 593 833 M. gegen 1 593 836 M. im Vorjahre. Als Reingewinn verbleiben 708 749 M. (i. B. 284 548 M.), die wie folgt zur Verteilung vorgeschlagen werden: 85 487 M. (i. B. 14 227 M.) Reservefonds, 400 000 M. (i. B. 0) für eine zu bildende Spezialreserve, 16 634 M. (i. B. 6700 M.) Zantime an Vorstand und Aufsichtsrat, 240 000 M. als 8 Prozent Dividende an die Aktionäre (wie im Vor.) und 16 677 M. Vortrag. Die so geschaffene Spezialreserve von 400 000 M. soll zu Abgrenzungen auf das Zentner der teilweise noch im Um- und Umbau befindlichen Unternehmungen im neuen Geschäftsjahre Verwendung finden. Die Hypotheken werden ausgewiesen mit 24 521 200 M.; gegen das Vorjahr 3 900 625 M. mehr, dazu ist das Konto Kreditoren um 211 968 M., auf 867 185 M. angewachsen. Dem stehen gegenüber zur Neubautenkonto: das Haus „Rheinhold“ mit 2 781 878 M., im Vorjahre 113 804 M., „Der Fürstentof“ 2 420 385 M., im Vorjahre 97 583 M., und das Umbaukonto Potsdamerstr. 101/3 mit 148 648 M., im Vorjahre 0 M. Die Warenbestände sind mit 255 624 M., gegen 224 550 M. im Vorjahre ausgewiesen. Um den gewachsenen Bedürfnissen zu befriedigen, ist eine neue Konditorei eingerichtet worden. Aßingers sind auch dem Zuge nach dem Westen gefolgt. Im Hause Potsdamerstraße 101/102 hat die Gesellschaft im Januar 1907 ein großes, circa 1400 Personen fassendes Restaurant und eine circa 500 Personen Raum gewährende Konditorei, alles in modernster Ausführung, dem Verkehr übergeben. Anfang Februar 1907 war man in der Lage, das „Reinhold“ der Öffentlichkeit zu übergeben. Die Umsätze, die in der kurzen Zeit des Bestehens erzielt wurden, sind außerordentlich befriedigend ausgefallen. Die Verwaltung glaubt daher auch diesem Unternehmen für die Zukunft ein günstiges Prognostikon stellen zu dürfen. Die auf dem Terrain Königgräberstr. 124/129, am Potsdamer Platz befindlichen Neubauten des Hotels „Der Fürstentof“ sollen in den nächsten Monaten in vollem Umfange in Betrieb genommen werden.

Bergwerksverstaatlichung.

Der schwedische Reichstag hat Ende voriger Woche den Erwerb der großen nordländischen Erzgruben durch den Staat beschlossen. Es waren bisher drei Aktiengesellschaften, die die Erzgruben ausbeuteten: die von Luossavaara-Kirunaavaara, die von Gellivare und die Kaituma-Gesellschaft, der Ekströmberg und mehrere andere Bergwerke gehörten. Sämtliche Aktien der beiden zuletzt genannten Gesellschaften und fast sämtliche der ersten gehörten der Trost-Aktiengesellschaft Grängesberg-Öregrund. Nach dem Uebereinkommen, das mit dieser Gesellschaft abgeschlossen wurde, sollen nun alle Gruben dem Staat überlassen werden, mit Ausnahme des Kiruna- und des Gellivare-Bergwerks, die der Luossavaara-Gesellschaft zu fallen, von der der Staat jedoch die Hälfte des Aktienkapitals in Preferenceaktien erhält. Diese beiden größten Bergwerke können nach Verlauf von 25 oder 35 Jahren vom Staate durch Einlösung der übrigen Aktien erworben werden. Eine bestimmte Einlösungssumme ist jedoch nicht festgesetzt. Der Wert, den die Aktien dem tatsächlich repräsentieren, soll nach dem Durchschnittsgewinn der Jahre 1920-1929 abgeschätzt werden. Hier liegt offenbar der schwächste Punkt des Uebereinkommens, und darum hatte auch unser Parteigenosse Branting den ausführlich begründeten Antrag gestellt, die Einlösungssumme auf 140 Millionen Kronen zu beschränken, ungefähr dieselbe Summe, die der Staatsminister Lindman als angemessen berechnet hatte. Dieser Antrag spielte in der neunundfünfzigsten Debatte der zweiten Kammer eine große Rolle. Er wurde bekämpft u. a. von dem zweiten Staatsminister Staaff, der sich berufen fühlte, das „Recht“ der Kapitalisten gegen die „Macht“ des Staates in Schutz zu nehmen. Aber andere bürgerliche Abgeordnete, unter ihnen der Stockholmer Bürgermeister Lindhagen, waren für Brantings Antrag. Das Uebereinkommen wurde schließlich in der von der Regierung und dem Staatsauditsrat vorgeschlagenen Form mit 194 gegen 89 Stimmen, die für die Begrenzung der Einlösungssumme waren, angenommen. In der ersten Kammer stimmten 112 Abgeordnete für, und 10 gegen das Uebereinkommen.

Selbstverständlich haben die Aktionäre bei diesem Uebereinkommen in jeder Hinsicht ihren Vorteil zu wahren gesucht. Ein wichtiges Zugeständnis, das auch der deutschen Eisenindustrie zugute kommt, ist die Erhöhung des bisher 1 200 000 Tonnen betragenden Maximalquantums an Eisenerzen, die jährlich auf der Staatsbahn Kiruna-Reichsgrenze verfrachtet werden, auf bis zu 3 300 000 Tonnen, so daß in den Jahren 1908 bis 1932 im ganzen auf dieser Strecke 75 000 000 Tonnen Erz zu einem festen Frachttarife von 2,64 Kronen verfrachtet werden können, während von Gellivare nach Swarön im selben Zeitraum, für 2,75 Kronen die Tonne, 18 750 000 Tonnen expediert werden. Den Gesellschaften ist außerdem Sicherheit gegen die Einführung von Ausfuhrzöllen auf Erz gegeben. Die Kapitalisten werden, wie Branting berechnet, 25 Jahre lang jährlich 10 bis 15 Millionen bei einem eingezahlten Aktienkapital von 41 Millionen gewinnen und dann durch die Einlösungssumme noch das Dreieinhalbfache des eingezahlten Kapitals, vorausgesetzt, daß sich die Einlösungssumme nicht noch weit höher stellt. Der Gewinn des schwedischen Staates soll sich nach Berechnung des Staatsministers Lindman beim ersten Einlösungstermin, 1932, auf 21 828 000 Kronen, beim zweiten, 1942, auf 165 734 000 Kronen belaufen, wobei freilich die Einlösungssumme so abgeschätzt ist, wie Branting sie als Maximum vorgeschlagen hatte.

Aus der Frauenbewegung.

Demonstration für das Frauenwahlrecht in Schweden.

Am Sonntagmorgen hatte die schwedische Landesvereinigung für politisches Frauenwahlrecht zu Stockholm im Rindgebäude eine Massenversammlung veranstaltet, die mehr denn je von der Energie zeugte, mit der die schwedischen Frauen nun von den Machthabenden die politische Gleichberechtigung fordern. Lange vor der festgesetzten Zeit war das große Gebäude überfüllt, meist von Frauen, und immer fröhlicher neue Scharen herbei, die keinen Einfluß mehr finden konnten. Außer den bürgerlichen Rednerinnen und Rednern, Fräulein Anna Whilsof, der Vorsitzenden der Vereinigung, dem Bürgermeister Lindhagen u. a., sprachen als Vertreterin der Arbeiterfrauen Frau Gustafsson und von der sozialdemokratischen Partei Hjalmar Branting.

In Schweden behaupten jetzt alle politischen Parteien, für das Frauenwahlrecht zu sein. Aber mit Recht konnte unser Genosse darauf hinweisen, daß nur die sozialdemokratische Partei diese Forderung auf ihrem Programm hat und von jeder für die Gleichberechtigung der Frau wirkte und strebte.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Adlershof. Montag, den 13. Mai, 8 1/2 Uhr: Vortrag, Regina Krauß: „Die Frau im öffentlichen Leben“.

Friedrichshagen. Montag, den 13. Mai, 8 1/2 Uhr, im Wilhelmshof: Vortrag, Genosse Jakobson: „Die Stellung der Frau im Klassenkampf“. Neuwahl des Vorstandes.

Gewerkchaftliches.

Die Portefeuller und Lebergatanarbeiter und Arbeiterinnen hatten sich am Mittwoch sehr zahlreich bei Graumann in der Rammstraße versammelt, um zu dem Streik bei der Firma A. Schwabe Stellung zu nehmen. Der Referent, Verbandsvorsitzender Weinschild aus Offenbach, konnte der Versammlung jedoch mitteilen, daß der Streik bereits beendet war und zu vollem Erfolg geführt hatte. Die Forderungen, die gestellt wurden und nun von der Firma anerkannt sind, betreffen: 1. Aushebung des Lohntarifs, so daß ihn die Arbeiter jederzeit einsehen können, ohne beauftragt zu werden und ohne erst darum bitten zu müssen; 2. Mitbestimmungsrecht der Arbeiter bei Festsetzung von Lohnsätzen; 3. Befestigung der Vergütungen, die einzelnen Arbeitern zu den für die anderen geltenden Lohnsätzen gewährt wurden, und 4. Proportionszuschläge bei Einzelarbeiten. Wie man sieht, sind das, worum sieben Tage getreift werden mußte, Dinge, die eigentlich selbstverständlich überholt durchzuführen sein sollten und die auch im Tarifvertrag der Portefeuller festgelegt sind. Aber das Arbeitspersonal der Firma A. Schwabe war früher nie für die Organisation zu haben. Darum ließ man sich Willkür gefallen, die kaum glaublich erschienen, war zufrieden damit, wenn man bei 10 W. Wochenverdienst die Ehre hatte, in der feinsten Ledermaschinenfabrik Berlins arbeiten zu können, und unternahm auch dagegen nichts, daß es für Artikel, die mit 18 W. bezahlt werden sollten, nur 11 W. gab, einzelne Arbeiter aber für ganz dieselbe Arbeit 16 W. erhielten. Seit ungefähr einem Jahre sind nun die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma organisiert, und daß sie trotz der allgemein ungünstigen Konjunktur einmütig in den Streik traten und keiner abtrünnig wurde, bis das Ziel erreicht war, beweist wohl hinreichend, daß sie auch wissen, warum sie organisiert sind.

Der Redner sagte in seinem Bericht, daß dieser Streik ein gutes Vorbild für die ganze Kollegenschaft, wie auch für die nächstjährige Tarifbewegung sein möge und nebenbei den anderen Arbeitgebern zur Warnung dienen könne, den Tarifvertrag genau innezuhalten. Die Arbeitgeber der Portefeulle- und Lederwarenindustrie wollen in Juni einen Kongreß abhalten, auf dem über die Gründung eines Arbeitgeberverbandes der Lederwarenfabrikanten Deutschlands und über die „Streikversicherung“ beraten werden soll. Die Arbeitgeber rüsten sich also offenbar auf einen Kampf, obwohl der geltende Tarifvertrag besagt, daß Streiks und Aussperrungen zu vermeiden sind. Der Redner erklärte hierzu, daß die Arbeiterkraft bei der Lohnbewegung den Kampf wohl nach Möglichkeit vermeiden werde, ihn aber keineswegs fürchte, noch zu fürchten habe. Er modte ferner auf die wichtigsten Beschlüsse des letzten Verbandstages aufmerksam, sowie darauf, daß die beschlossenen Umstrukturierungsverbesserungen den Mitgliedern weit mehr Vorteil bringen als sie an erhöhtem Beitrag zu zahlen haben.

Am den Vortrag schloß sich eine rege Diskussion, die mit einstimmiger Annahme folgender Resolution endete:

„Die öffentliche Versammlung der Portefeuller usw. ist mit dem Vorgehen der Kollegenschaft bei der Firma A. Schwabe einverstanden. Sie begrüßt es, daß der Streik einen vollen Erfolg für die Arbeiter zeigte und erweist von der Firma, daß sie diesmal die Abmachungen auch innehält. Die Versammlung gibt schon im voraus ihre Zustimmung zu einer nachmaligen Arbeitsniederlegung, sollte den berechtigten Forderungen der Arbeiter nicht Rechnung getragen werden. Inwieweit trifft für alle Fälle zu, wo die tariflichen Abmachungen nicht eingehalten werden.“

In Anbetracht der Maßnahmen der Arbeitgeber der deutschen Portefeulleindustrie verpflichten sich die Versammelten, stets für den Ausbau ihrer Organisation zu sorgen und sie durch Zuführung neuer Mitglieder immer mehr zu stärken, um so vermöge der Organisation die wirtschaftliche Lage der Berufsgruppen zu heben und die nächstjährige Tarifbewegung erfolgreich durchzuführen.“

Zur Aussperrung im Königsberger Hafen.

Die „Quahyba“, das Streikbrecherschiff, das im Hafen Königsberg am Silospeicher liegt, hat nach dort ein Menschenmaterial gebracht, wie man es in verkommenen gar nicht denken kann. Junge Leute, zumeist unter 20 Jahren, Männer im besten Lebensalter, halbe Greise, aber in einem Zustande, der jeder bescheidenen Ansicht über Menschlichkeit Hohn spricht. Die Meider, die diese vom Kapital eingefangenen Lohnslaven auf dem Leibe tragen, sind fast durchweg zerstückt und beschwunden, und die Gestalten sehen aus, als ob sie in dem Lumpen Tag und Nacht, bei der Arbeit sowohl, wie bei der Ruhe, ihre Zeit hindringen. Man sieht Knochengerüste, die nur noch mit Menschenhaut überzogen und größtenteils sind diese menschlichen Ruinen von östpreussischem Fußel schon in aller Frühe beraubt. Unausgesehen kommen deshalb Unfälle vor; am Montag mußte die holländische Krankenstation viermal in Aktion treten, um Hilfe zu bringen und am Abend desselben Tages wurde ein Streikbrecher als Leiche aus dem Wasser gezogen. Vom Schnaps berauscht, war er bei Verlassen des Kohlenhafens vom Laufbreit gesprungen und hatte in der kühlen Flut schnell den Tod gefunden. Wie bereits gemeldet, hat fast die Hälfte dieser Streikbrecher nunmehr ebenfalls die Arbeit verweigert; teilweise, weil sich doch noch eine Anzahl Personen unter ihnen vorfinden, die sich einen frischen Schnaps noch bemüht; teilweise, weil es von Natur arbeitsscheue Elemente sind, die nicht einmal auf die Dauer einer Aussperrung ihre Arme gebunden wollen. Am Montagabend war der Platz vor dem Holländerkai von Streikbrechern angefüllt; sie wollten die Arbeit nicht wieder aufnehmen und suchten das Bureau der Hafenarbeiter in der benachbarten Villawerft auf. Hier verlangten sie Geld zur Heimreise, das sie auch erhielten. Aus allen Fenstern schauten die Bewohner der Umgegend auf das belebte widerliche Schauspiel. Einige hatten keine Leibwäsche auf dem Körper; sie erzählte, sie wären zu verlastet und hatten für Hemde, Socken usw. keinen Ersatz. Hier hat also der Kapitalismus, oft unter dem Schutz der Behörden, sein Ausbeutungswort so gut wie vollendet. Diese Menschen sind für alle Zeit körperlich und geistig vernichtet und werden sich niemals mehr erheben, und mit diesen Leuten hat das Königsberger Unternehmertum folgenden Streikbrecher-Kontrakt abgeschlossen, um ehrliebe Arbeiter zu unterdrücken und um ihre Profiteure zu vermindern:

„Die nachstehenden Arbeiter verpflichten sich durch ihre eigenhändige Unterschrift zu folgenden Bedingungen, während des Streiks in Swinemünde nach Königsberg zu reisen und sämtliche Arbeiten, welche zum Laden, Löschen, Beladen und Reinigen der Schiffe erforderlich sind, sei es an Land, an Bord eines Schiffes oder in Reichler und dergleichen, zu verrichten, sowohl im Königsberger Hafen als auch im Villauer Hafen.“

Jeder Mann erhält eine Karte mit einer Nummer, welche er stets bei sich zu tragen und durch welche er sich bei den Auszahlungen, sowie bei sonstigen Anlässen zu legitimieren hat. Der Verlust der Karte ist sofort zu melden.

Vor der Abfahrt muß der Mann sich einer für ihn kostenfreien ärztlichen Untersuchung unterziehen.

Die Ueberfahrt, die Verpflegung und den ausbedungenen Tagelohn erhält der Mann auf der Heimreise frei und ferner auf der Rückreise, falls er bis Beendigung des Streiks in Arbeit bleibt.

Den Anordnungen der Vorleute haben die Arbeiter stets Folge zu leisten. Die Vorleute und Arbeiter unterziehen in jeder Hinsicht den Beamteten der Gesellschaft und haben sich deren Anordnungen zu fügen.

Die Arbeitszeit ist von 7 Uhr morgens bis 12 Uhr mittags und von 2 bis 1 Uhr nachmittags.

Mahlzeiten Frühstück 6 bis 7 1/2 Uhr morgens, Mittag 12 1/2 bis 1 1/2 Uhr nachmittags, Abendbrot 6 1/2 bis 7 1/2 Uhr nachmittags.

Nach 10 Uhr abends darf in den Schlafstätten außer der Notbeleuchtung ein Licht mehr brennen.

Die Leute abhalten während des Streiks Wohnung an Bord oder an Land und Verpflegung frei.

Dieselben verpflichten sich, auf Verlangen an Sonn- und Festtagen, sowie zur Nachtzeit zu arbeiten.

Der Tagelohn beträgt für neunstündige Arbeitszeit 5 M. per Tag, für jede Ueberstunde wird 1 M. per Arbeitsstunde, und an Sonn- und Festtagen 1 M. per Arbeitsstunde bezahlt, falls gearbeitet wird.

Für Kohlen der Schiffe erhalten die Arbeiter 0,50 M. per Tonne extra. Ditere Summe wird an die einzelnen bei der Arbeit beschäftigten Personen zu gleichen Teilen verteilt, soweit ihre Arbeitszeit die gleiche war. Bei verschiedener Arbeitszeit findet die Verteilung pro rata statt.

Die unterzeichneten Arbeiter verpflichten sich, solange der Streik anhält, die vorkommenden Arbeiten zu verrichten. Für mindestens 10 Tage Arbeitslohn wird den Arbeitern gutgehört.

Die gegenseitige Kündigung wird auf 8 Tage festgesetzt. Entläßt der Arbeitgeber den Mann früher, so hat er als Entschädigung für den Tag den festgesetzten Tagelohn zu zahlen. Kündigt der Arbeiter vor Beendigung des Streiks, oder hält er die tägliche Kündigung nicht inne, so verliert er seine Ansprüche auf freie Rückbeförderung.

Jeder Mann, welcher seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, sich betrinkt, schlechte Redensarten führt, sich ungeschicklich verhält usw., kann sofort entlassen werden. Es wird ihm sein bis dahin verdienter Lohn ausbezahlt, doch hat er keine freie Rückreise und aus keine Vergütung für dieselbe zu beanspruchen. Der verdient Lohn wird wöchentlich ausbezahlt, jedoch wird dem Manne jeder Tag eine Verrechnung in sein Lohnbuch eingetragen, wieviel er verdient hat. Das Lohnbuch, sowie die Legitimationskarte, durch welche der Mann sich auszuweisen hat, müssen am Zahlungstag vorgezeigt werden.

Arbeiter, welche ihren verdienten Lohn an ihre Angehörigen schicken oder aus bis zur Abfahrt aufbewahrt haben wollen, können das Geld in der Kasse einzahlen und erhalten dafür eine Quittung.“

Nach diesem Antratte die Leute völlig in der Hand des Unternehmertums. Alle Vorteile werden ihnen nur verschoben, solange sie „arbeitswillig“ sind. Sie müssen sich verpflichten, zu arbeiten, „solange der Streik anhält“, der in Wirklichkeit eine Aussperrung ist; irgendwelche Gegenverpflichtungen geht das Unternehmertum nicht ein.

Ausland.

Ausbeutung und Streik polnischer Arbeiter in Dänemark.

Es kommt in letzter Zeit immer häufiger vor, daß die polnischen Landwirte und Ziegeleiarbeiter importiert werden und polnischen Arbeiter sich die nur zu oft ganz unverschämte Ausbeutung ihrer Arbeitskraft nicht mehr ruhig gefallen lassen, gemeinsam die Arbeit niederlegen und ihren Ausbeutern entziehen. Die Begriffe Streik und Organisation sind ihnen in der Regel unbekannt; die gemeinsame Not zwingt sie unwillkürlich zu solidarischen Tugenden. Am Orte, wo sie in Arbeit standen, können sie natürlich nicht unartig werden. So brochen sie sich

mit Sad und Kad auf die Landstraße und wandern, bis sie wo anders Arbeit oder wenigstens Unterkunft finden.

Wie anderen Gemeinden Dänemarks, so haben solche wandernden und streikenden Polen auch der Stadt Kopenhagen schon ein gut Stück Geld gekostet. Mitte vorigen Monats beherbergte die Stadt wochenlang 28 polnische Männer und Frauen, die einem Ziegeleibesitzer an der jenseitigen Küste entflohen waren. Sie wurden dann von Landwirten engagiert und nach anderen Teilen des Landes verschickt. Die unter sozialdemokratischer und demokratischer Verwaltung stehende Stadt gab jedem noch einen Paden Butterbrot mit auf die Reise.

Seit acht Tagen beherbergt die dänische Hauptstadt wieder eine Kolonne Polen. Es sind 36 teils erwachsene Frauen und Männer, teils junge Burschen, die kaum über das Kindesalter hinaus sind. Nach 12stündiger Wanderung in regnerisch kaltem Wetter, ihre armselige Habe in Paden und Stiefen schlappend, waren sie durch nicht, ausgehungert und todmüde in Kopenhagen angekommen, hatten Aufsucht gesucht auf einer Polizeistation und sich dort auf dem Hofe gelagert, bis sie ins holländische Arbeitshaus gebracht wurden, wo sie sich nun dankbar der ungenügend guten Pflege, Ordnung und Reinlichkeit erfreuen. Sie sollen und wollen nun zurück nach ihrer Heimat Posen. Aber der Arbeitgeber, dem sie entflohen sind, ein jenseitlicher Ziegeleibesitzer und Adokat Jansen, will ihre Papiere nicht herausgeben. Er hat sie wegen Betruges angezeigt, jedoch offenbar gänzlich ohne Grund, wie auch der Amtsrichter, der sich mit der Sache befaßt hat, erklärte. Sie sollen nun einen Polizeiausweis erhalten, mit dem sie heimreisen können.

Uebriens befaßt sich auch die dänische Regierung bereits mit der Polenfrage. Der Minister des Innern hat einem Beamten Auftrag gegeben, in diesem Sommer im Lande herumzureisen, um die Verhältnisse zu untersuchen und den ausländischen Arbeitern eventuell Rat und Beistand zu gewähren. Der Justizminister Alberti aber hat sämtliche Polizeimeister aufgefordert, dafür zu sorgen, daß die ausländischen Arbeiter Dänemark nicht verlassen, ohne daß ihre Verhältnisse hinreichend untersucht wurden. Die Polizeimeister sollen danach trauchen, daß eine „Einigung“ zwischen dem Dienstherrn und den Arbeitern zustande kommt, damit sie in ihren Dienst zurückkehren und ihre „kontraktlichen Verpflichtungen“ erfüllen. — Der dänische Justizminister, der übrigens auch Ziegeleibesitzer ist, will offenbar nicht den Polen, sondern den Unternehmern und Dienstherrn zu Hilfe kommen.

Inzwischen hat der Verband der dänischen Gewerkschaften eine Untersuchung über die Arbeitsverhältnisse der polnischen Arbeiter ausgeführt. Sie erstreckt sich auf 64 Güter und Ziegeleien, die 834 Polen beschäftigen, nämlich 317 Männer, 510 Frauen und 7 Kinder. Die Arbeitsverträge waren größtenteils vom Verein zur Herbeiführung von Arbeitskräften für die Landwirtschaft“ aufgesetzt. Der Lohn für erwachsene kräftige Männer ist danach 1,50 Kronen, für Frauen und Burschen 1 Krone; die Arbeitszeit ohne Pausen 10—12 Stunden täglich. Die Wohnstätten sind elend, oft schlechter als die Schweineställe. Mißhandlungen kommen auch vor. Auf einem Gut wurden zwei Frauen verprügelt, weil sie unreife Früchte aufgelesen hatten, und dann in einen stinkigen Stall gesperrt. —

„Social-Demokraten“ schreibt, daß es vielleicht notwendig werde, die Bruderorganisationen im Ausland aufzufordern, daß sie die Arbeiter drängen warnen, nach Dänemark zu reisen und sich hier unter justizministerieller Polizeiaufsicht von den schlechtesten Arbeitgebern als Sklaven gebrauchen lassen.

In den „Rand-Minen“ Transvaal

ist ein Streik der weißen Minenarbeiter ausgebrochen. Alle weißen Arbeiter auf der Village Deep-Mine haben mit einer Ausnahme beschlossen, sich dem Ausstände auf den Minen Knigsdeep, Robinsonsdeep, Simmersdeep, Simmer and Jack, May Consolidated und Gwendep anzuschließen. Die Mißstimmung ist verursacht durch die Veränderung in den Arbeitsbedingungen, der zufolge die Arbeiter drei Maschinen statt wie bisher deren zwei bedienen sollen.

Der Doharbeiterausstand in New York nimmt immer größere Dimensionen an. Die großen Gesellschaften expedieren zwar ihre regelmäßigen Dampfer pünktlich, bringen dies aber nur fertig, indem sie dieselben mit unvollständiger Ladung abgehen lassen. Die gewöhnlichen Frachtdampfer erleiden empfindliche Verzögerungen.

Verfammlungen.

Die Generalversammlung des Fabrik-, Land- und Hülfsarbeiter-Verbandes, welche am Sonntag in den „Rustersälen“ stattfand, nahm in erster Linie den Verwaltungsbericht entgegen, den der 1. Bevollmächtigte Brunns erstattete. Aus demselben ist hervorzuheben, daß sich die Mitgliedschaft Charlottenburg nunmehr an die Berliner Verwaltungsstelle angeschlossen hat. Es ist auch im letzten Vierteljahre durch den Einfluß der Organisation gelungen, in verschiedenen Betrieben eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen. In größeren Werken, wo die sogenannten „Gelben“ zu Ruh und Frommen der Unternehmer haufen, haben die dem Verbands angehörigen Arbeiter unter dem Terrorismus und den freien Drohungen der Unternehmenschüßlinge, die schalten und walten können, wie sie wollen, schwer zu leiden. Die Kaiserier, die alles befürchten ließ, hat angenehm enttäuscht. Wenn von der diesmaligen Nichtbeteiligung der großen Werke der Elektrizitätsindustrie abgesehen werde, so sei die Beteiligung der übrigen Betriebe bedeutend größer als im Vorjahre. Ausgespart haben wegen der Hitze nur zwei Fabriken, und diese auch nur drei Tage lang. Es ist also der Beweis erbracht, daß auch unter den Fabrik- und Hülfsarbeitern der Gedanke der Kaiserier immer mehr an Boden gewinnt. Der Massenbericht liegt gedruckt vor. Er schließt in Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse mit 32 894,80 M. und für die Lokalkasse mit der Summe von 10 012,93 M. ab. In der Lokalkasse verbleiben 9045,42 M. Die Mitgliedschaft betrug am Schlusse des ersten Quartals 6039, ausschließlich Charlottenburg. — Es lagen diverse Anträge auf Beitragserhöhung vor, von denen einer den bisher 5 Pf. betragenden Lokalbeitrag auf 10 Pf. erhöht wissen will. Ein weiterer Antrag will der Verwaltung im Einvernehmen mit den Vertrauensleuten das Recht geben, je nach Lage der Situation die Ausschreibung eines Extrabeitrages in Höhe von 20 Pf. pro Woche vorzunehmen. Beide Anträge wurden nach heftiger Debatte abgelehnt. — Ebenfalls abgelehnt wurde ein Antrag, der die Einstellung von Hülfskräften durch die Verwaltung beschränken wollte. — An Stelle des ausgeschiedenen Revisors Schulz wird Franz Kowal gewählt. — In den Gaudorstand wählte die Generalversammlung als Revisoren Weinsheimer und Hüder.

Der Zentralverband der Töpfer beschäftigte sich in seiner letzten Versammlung im Gewerkschaftshaus mit der Angelegenheit Hermann Wozmann und Max Duhn. In der Sache Wozmann erstattete der Vorstand Bericht und empfahl der Versammlung, Wozmann eine scharfe Rüge zu erteilen, da er auf der Arbeitsstätte nicht ganz solidarisch gegen seine Kollegen gehandelt hat. Die Versammlung stimmte dem zu, und Wozmann legte sein Mandat als Delegierter zur Generalversammlung nieder. Zur Angelegenheit Duhn gab letzterer die Erklärung ab, daß er sämtliche ihm von der Organisation übertragenen Kenter niederlege und in Zukunft keine Kenter annehme. Diese Erklärung hat er auch schriftlich abgegeben. Somit war die Berichterstattung der dazu gemachten Kommission überflüssig. Hierauf wurden noch einige interne Sachen erledigt.

Der Zentralverband der Schmiede hielt am Freitag seine Mitgliederversammlung bei Boeler ab. Die Abrechnung des ersten Vierteljahres weist eine Einnahme der Hauptkasse von 26 622,67 M. und eine Ausgabe von 7070,44 M., die Lokalkasse einen Bestand von 24 638,56 M. auf. Der Vortrag Bouderts über Arbeitgeber- und Arbeiterorganisationen fand lebhaften Beifall. Der Antrag der Verwaltung, einen Berliner Kollegen zum Kurzus bei der Generalkommission zuzulassen, wurde abgelehnt.

Billigste Strohhüte



Kleidsame Formen
4.25 2.50 1.50 **85 Pf.**



Binsen-Hüte
mit doppeltem Rand **1 M.**



Dickstroh-Hüte
mit doppeltem Rand **95 Pf.**



Feines Schräggeflecht
mit bunten Bändern
2.75 2.50 **1 M. 25**



Weiss Strohgeflecht
75 Pf.

Kniff-Strohhüte
Gelbfarben 2.25 2.00
1.50 1.30 **75 Pf.**
Raffia Gelegenheits 1 M. 35
Palm-Stroh 3.50 **2 M. 25**



Feine Geflechte
5.25 3.75 3.— **2 M. 25**

Panama-Hüte naturfarben u. gebleicht 30.— 25.50
allerneueste Formen 16.50 9.75 **5 M. 75**

Zurückgesetzte Herren-Strohhüte von **25 Pf.** an.

Baer Sohn

Spezialhaus größten Massstabes

Chausseestrasse **29-30** • 11 Brückenstrasse 11
alte Nr. 24a, 25

Der Katalog Nr. 31 (Hüte und Wäsche) wird auf Wunsch kostenlos zugesandt.

Morgen Sonntag bis Nachmittag 6 Uhr geöffnet.

Unerreicht
an
Wohlgeschmack



Cigarettenfabrik TUMM Dresden, gegr. 1876.

Bilanz am 31. Dezember 1906.

Aktiva.		Passiva.	
	Mark		Mark
Materialien-Konto	55 403,30	Per Kontokorrent-Konto	
Kassa-Konto	14 617,56	Sreditoren	1 287,—
Berufung-Konto	2 000,—	Darlehen-Konto	122 100,—
Rahm-Konto	1 400,—	Geschäftskonten der	
Kontokorrent-Konto		Mitglieder	660,—
Debitoren	56 360,95	Referenz-Konto	5 074,62
Bankguthaben	11 143,75	Spezialfonds-Konto	1 600,—
		Deltredere-Konto	5 000,—
		Gewinn- und Verlust-	
		Konto	5 203,94
	140 925,56		140 925,56

Die Mitgliederzahl am 31. Dezember 1906 betrug 24, eingetretener keiner, ausgetretener 1, gestorben 1. Mitgliederzahl am 31. Dezember 1906: 22. Betrag der Einnahme 660 R. Die Einnahme hat sich um 60 R. vermindert, das Geschäftsguthaben hat sich ebenfalls um 60 R. vermindert.

Möbelfabrik Ostend

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
H. Hemp, Geschäftsführer.
H. Breitbarth, Kassierer.

Oscar Arnold, Dresdenerstr. 116.

Hut und Mützen Engros-Geschäft
Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen!



Weiche Herrenhüte v. 1,50—7,00 Steife Herrenhüte v. 1,90—7,00
Nur fehlerfreie moderne Ware. Nur fehlerfreie moderne Ware.
Grösste Auswahl in Filzhüten, Cylindern, Strohhüten und Mützen.

Wohin? machen wir unseren Frühjahrsausflug immer wieder? Zum alten Freund nach Pichelawerder! G. labet und ein Der Alte.



Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung
Lieferung eigene, fertige
Herren-Moden
Ersatz für Mass.
Mass-Anfertigung.
feinste Verarbeitung.
Garantie tadelloser Sitz.
J. Kurzberg
An der Janowitzbrücke 1, 1.
Direkt am Bahnhof.

Diese Woche

verkaufen wir soweit Vorrat, daher seltenste Gelegenheit für Herren jeden Standes, zu Preisen wie solche enorm

billig

aus feinsten Massstoffen gefertigte letzter Saison, zurückgesetzte, moderne hochvernehme Herren-

Anzüge Paletots

gegen sonstigen Masspreis 45—70 M. ist, jetzt 18—30 M. Gehrockenartige, Hosen, Regenmäntel sportbillig. Täglich, Sonntag geöffnet. Deutsches Versandhaus, Jägerstr. 63, 1. Troppa.



Heute wie seit Jahren erfreuen sie sich der Gunst der Raucher, welche Qualität suchen und dieselbe zu würdigen verstehen.

JOSETTI VERA

CIGARETTEN

stehen nach wie vor auf dem höchsten Gipfel der Vollkommenheit.

10 St. 30 Pfennig.

Buchhandlung Vorwärts

Berlin SW. 68, Linden-Strasse 69.

In unserem Verlage erscheint:

Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung.

Ein Kapitel zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie.

Herausgegeben von

Eduard Bernstein.

Reich illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit

I. Teil:

Vom Jahre 1848 bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes 1878.

II. Teil:

Unter dem Sozialistengesetz 1878—1890.

III. Teil:

Von 1890 bis zur Gründung des Zentralverbandes von Groß-Berlin 1905.

Der erste Teil des Werkes liegt komplett vor und kostet in Leinenband **Mk. 6,50**, in Halbfranzband **Mk. 7,50**.

Auch kann derselbe in 17 Hefen à 30 Pf. bezogen werden.

Kapitel-Übersicht des ersten Teiles:

Berlins Arbeiter am Vorabend der Märzrevolution. — Berlins Arbeiter in den Märztagen. — Die Sammlung der Arbeiter im Revolutionschaos. — Der erste Berliner Arbeiterkongress und sein Werk. — Die Arbeiter und die letzten Revolutionskämpfe. — Unter der Reaktion. — Die neue Aera und das Erwachen der Arbeiterbewegung. — Die Berliner Arbeiter zwischen Fortschrittspartei und Sozialisten. — Von Lassalles Tod bis zur Gründung des Norddeutschen Bundes. — Unter dem Norddeutschen Bund bis zum Allgemeinen deutschen Arbeiterkongress. — Vom ersten Allgemeinen deutschen Arbeiterkongress bis zum Vorabend des deutsch-französischen Krieges. — Am Kriegsbrenner. — Die ersten Jahre im Deutschen Reich. — Die Reichstagswahl von 1874. — Die Vera Thendoff. — Von den ersten großen Wahlsiegen bis zu den ersten großen Leidenbegängen. — Die zwei Attentate auf Wilhelm I. und die tausend Attentate auf das Recht. — Am Vorabend der Herrschaft des Ausnahmegesetzes.

Zu beziehen durch sämtliche Parteipeditionen und Buchhandlungen sowie direkt vom Verlag, Buchhandlung Vorwärts, Berlin.

Gisbeine

In Waare Brand 0,30 R. Bruchwurst, liebend aus feiner, Landfleisch- und Rotwurst, Pfund 0,70 und 0,80 Mark.

Berliner 48672
Wurst- u. Flaschwaren-Fabrik,
Petersburger Platz 8.



Dampfer-Extrajahrten am Sonntag, d. 12. Mai, nach Teupitz & Saumbüte, Abfahrt in Berlin an der Daisenbrücke 7 Uhr. Fahrpreis hin und zurück 2 Mark. — Nach **Krampenburg (Berliner Alpen)** (letzte Sonntagsfahrt). Abfahrt 9^{1/2} Uhr vormittags und 9^{1/2} Uhr nachmittags. Fahrpreis hin und zurück 75. einfach 50 Pf. Von Café Allen je 1/2 Stunde später. **Reeder L. Kahnt.**

Die beleidigte Weuthener Justiz.

Die Leser werden sich eines Weuthener Strafsammerurteils erinnern, welches kürzlich im Reichstage zur Sprache kam und nicht nur von unserer, sondern auch von bürgerlicher Seite scharf kritisiert wurde.

Der Artikel hat in Weuthen gewirkt, aber in anderer Richtung, als es der Verfasser beabsichtigte. Der Landgerichtspräsident und der Erste Staatsanwalt in Weuthen stellten Strafantrag gegen Braun, weil er die Richter und Staatsanwälte, welche an dem Urteil mitwirkten, beleidigt haben soll.

Gestern wurde nun die Anklage gegen Braun vor der ersten Strafkammer des Landgerichts Berlin III verhandelt. Das gesamte Aktenmaterial aus dem Weuthener Prozeß wurde vertlesen. Darum geht hervor, daß während der Hauptverhandlung gegen die beiden Kinder die Frage nicht erörtert worden ist, ob sie überhaupt die Einsicht hatten, daß sie mit ihrem dummen Streich eine strafbare Handlung begingen.

Der Angeklagte Heinrich Braun, vom Vorsitzenden zur Aufklärung über die Anklage aufgefordert, führte aus, vom Standpunkt der soziologischen Auffassung des Verbrechens, wonach das Willen einen wesentlichen Einfluß auf den Verbrecher ausübt, habe er das Urteil kritisiert, welches der Auffassung entsprungen sei, daß die Strafe als Vergeltung der Tat ausgesprochen werde.

Staatsanwalt Dr. Baumgarten ging in längerer Rede auf das Weuthener Urteil ein, welches er als über jeder Zweifel erhoben hinstellte. Er beantragte gegen den Angeklagten eine Geldstrafe von 600 M.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Heinemann vertrat in längerer, juristisch interessanten Ausführungen den Standpunkt, daß der Artikel eine durchaus berechtigte Kritik des Strafrechts und der Judikatur in Bezug auf jugendliche Personen darstelle, er diene den Bestrebungen, die Strafrechtspflege in dieser Hinsicht zu verbessern. Das Weuthener Urteil habe ja auch allen Anlaß zur Kritik gegeben.

Nach langer Beratung des Gerichts verkündete der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor W. Arnatzky das

Urteil.

Aus der sehr eingehenden Begründung geht hervor, daß das Gericht die Kritik gegenüber gerichtlichen Urteilen nicht nur für berechtigt, sondern auch für wünschenswert hält. Aus der Schuld des § 193 ist dem Angeklagten zugewilligt. Aber das Gericht meint, die Kritik richte sich nicht gegen allgemeine Zustände in der Strafrechtspflege, sondern gegen Richter und Staatsanwälte in Weuthen.

Das Weuthener Urteil soll, wie jedes Urteil, eine „wissenschaftliche Leistung“ sein. Tadelnde Urteile über wissenschaftliche Leistungen werden in der Regel keine Schmeichelei für den Vater der Leistung enthalten, die abfällig kritisiert wird.

Leistung ausgesprochenen Tadel, so empfindet er den über seine Leistung ausgesprochenen Tadel als persönlich: Herabsetzung, w e n n die Kritik nicht so scharf war, daß sie dem Kritisierten einleuchtete. Räumt dann der abfällig Beurteilte zum Richter, weil er durch die Kritik beleidigt sei, so weist der Richter mit Zug und Recht die Klage ab, wenn er wie der Frankfurter den Inhalt über die Form stellt oder es für die schwerste Beleidigung eines Menschen hält, daß er durch die „Form“, den Ton einer Kritik „beleidigt“ werden kann.

Generalversammlung des Bergarbeiter-Verbandes.

Dortmund, 10. Mai.

In der Schlußsitzung des Bergarbeiterkongresses am gestrigen Himmelfahrtstage wurde zunächst die Debatte über die Bergarbeiter-Schutzgesetzgebung und die Grubenkontrolle fortgesetzt. Eine große Rolle spielen darin die Wohnungsverhältnisse in der Kolonie der Zeche „Deutscher Kaiser“, die der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Hengsbach jüngst im Reichstage als gesundheitsgefährlich und gesundheitsgefährdend geschildert hatte.

Die bereits mitgeteilte Resolution wurde hierauf einstimmig angenommen. Es folgt der Bericht der Statutenberatungskommission. Es wurden einige Änderungen am Statut vorgenommen, hauptsächlich ein geringerer Beitrag, 20 Pf. pro Woche, für jugendliche Arbeiter eingeführt, um sie in möglichst großer Zahl der Organisation zuzuführen; weiter wurde die Einführung einer Umzugsunterstützung zur Ergänzung der Bemitteltenunterstützung beschlossen.

Hierauf referierte Ludwig Schröder über die internationale Arbeiterbewegung. Zu diesem Referat wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Generalversammlung erkennt an, daß unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen die Interessen der Bergarbeiter nur dann wirksam vertreten werden können, wenn sie sich international verständigen. Sie erkennt aber weiter die Notwendigkeit an, daß die internationalen Beziehungen zu den Berufsge nossen der anderen Bergbau treibenden Länder auch fernerhin gepflegt werden, und empfiehlt, den in diesem Jahre in Salzburg stattfindenden internationalen Bergarbeiterkongress zu besuchen.

Der alte Vorstand — Sachse-Vochum, 1. Vorsitzender; Schröder-Vochum, 2. Vorsitzender; Horn-Vochum, 1. Kassierer; Schreier-Vochum, 2. Kassierer; Dujemann-Vochum, 1. Schriftführer und Waldhede-Vochum, 2. Schriftführer — wurde mit an Einstimmigkeit grenzender Stimmenzahl wiedergewählt, ebenso die bisherigen Revisor und Mitglieder des Kontrollausschusses.

Bei einem amuntendenden Schlußwort erklärte hierauf Reichstagsabgeordneter Sachse die Beratungen der Generalversammlung für beendet.

Gerichts-Zeitung.

Polizeistunde.

Von großer Bedeutung für Gast- und Schankwirte ist ein Erkenntnis des Oberverwaltungsgerichts, das die Rechte der Polizei auf Verfürgung der Polizeistunde abgrenzt. Bis her konnten die Gastwirte gegen die polizeiliche Festsetzung einer Polizeistunde so gut wie nichts machen. Eine Ausnahme machte der f. J. von Rechtsanwält Dr. Herzfeld durchgeführte Prozeß, in dem das Oberverwaltungsgericht an, daß die Polizei nach pflichtmäßigem Ermessen die Polizeistunde festsetzen darf und daß hiergegen die Klage im Verwaltungsstreitverfahren nur dann zulässig ist, wenn der Polizei „Willkür“ oder „Schikane“ nachzuweisen ist.

Graf Rüdler vor dem Reichsgericht.

Das Reichsgericht verwarf gestern die Revision des Rittergutsbesizers Grafen Rüdler-Klein-Eshime, der am 15. März d. J. vom Landgericht I Berlin wegen Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewalttätigkeiten gegeneinander zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden war.

Auslösung des Eigentumsrecht durch Straßenbahnen.

Der Schreinermeister und Möbelfabrikant O. zu Hörde klagte gegen die Allgemeine Lokal- und Straßenbahngesellschaft zu Berlin und gegen die Stadtgemeinde Hörde. Klager betreibt auf einem ihm gehörigen Grundstüd an der Viktorialstraße in Hörde eine Möbelfabrik. Die Beklagte hat bereits seit längerer Zeit in der Viktorialstraße in Hörde einen einseitigen Straßenbahnbetrieb eröffnet.

Das Landgericht Dortmund hat die beklagte Straßenbahngesellschaft zur Entfernung des westlichen Gleises verurteilt. Der seitens der Beklagten und der Nebenintervenienten eingeleiteten Berufung hatte sich der Klager angeschlossen mit dem Antrage, ihm als Entschädigung für die Beeinträchtigung seines Geschäfts durch das westliche Gleis mindestens 5000 Mark, eventuell eine Jahresrente von 500 Mark zu zahlen.

Gegen das oberlandesgerichtliche Urteil hatte die Beklagte mit Erfolg Revision eingelegt. Der 7. Zivilsenat des Reichsgerichts erkannte unter Aufhebung des oberlandesgerichtlichen Urteils auf völlige Abweisung des Klagers. Aus den Entscheidungsgründen des Reichsgerichts ist hierzu folgendes mitzuteilen: „Das Reichsgericht hat als leitenden Grundfah für das Anlegerecht an einer städtischen öffentlichen StraÙe im Geltungsgebiete des Preussischen Allgemeinen Landrechts aufgestellt, daß das servitutarische Recht des Hausbesizers an der an seinem Grundstücke vorüberführenden StraÙe begrenzt und bedingt ist durch die Zweckbestimmung der StraÙe selbst, dergestalt, daß der Hausbesitzer sich alle Veränderungen gefallen lassen muß, welche dazu dienen, die StraÙe in dem Zustande zu erhalten oder auch in den Zustand zu setzen, in dem sie ihrer Bestimmung an vollkommenenden genügen kann, sofern nur die StraÙe auch ferner für ihn als Kommunikationsmittel erhalten bleibt.“

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 16, Aufgang 4, eine Treppe (Handelskammer-Vollversammlung, Zugang nach Vindob. 101), wochentags von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. Gedruckt 7 Uhr. Sonntags beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Bescheid und eine Zahl als Bescheid beizufügen. Schriftliche Antworten werden nicht erteilt. Gütige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

R. 2. Ob noch Teilnehmer zu den Kurzen angenommen werden, können wir Ihnen nicht sagen. Fragen Sie doch Küderstr. 9, linker Seitenaufgang parterre (Kantine) selbst nach.

7. S. 21. 1. Sie sind zur Zahlung verpflichtet. 2. Ja. — G. 23. 121. Die Genehmigung des Vormundes und des Vormundschaftsgerichts ist erforderlich. — R. 24. 25. Uns nicht bekannt. Wenden Sie sich an den Magistrat in Potsdam. — A. 2. 12. Wenn in Ihrem Vertrag steht, daß Einbehaltung der Miete unzulässig ist, so würde eine Klage des Mieters nicht ohne Aussicht auf Erfolg sein. Klagen Sie beim Amtsgericht auf Befreiung der Mithände. — B. 3. Groß-Väterliche Kommandantenfrage. — Wichtig G. G. 1907. 1. Sie haben kein Recht zum Abheben. Die Genehmigung Ihrer Frau ist erforderlich. 2. Nein. — R. 2. 1880. Wenn Ihre Frau weiter beschäftigt ist, so gehört sie trotz der zu Unrecht erfolgten Abmeldung der Rasse weiter an. Nachdem sie aus

der Beschäftigung entlassen ist, kann sie durch Belterzahlung freiwilliges Mitglied werden. — M. 88. Bis zum vollendeten 21. Lebensjahre wäre die Zurückberufung möglich. — G. 3. 100. Nach dem Gesetz hatte der Vater das Recht, die Mieten bis zur erreichten Volljährigkeit des Kindes für sich zu verwenden. — 100 G. 7. Ja. — B. 78. Der Briefbote hat seiner Instruktion entsprechend gehandelt. — 2. 56. Sie können noch Beschwerde beim Justizminister einlegen, insofern besteht wenig Aussicht auf Erfolg. — 9. Markt. Eine Verlobung wegen Betruges hätte keine Aussicht auf Erfolg. Soweit erichtlich, können Sie Ihre Forderung gegen den Mann (beim Gemeindericht) geltend machen. — A. Kein

Über den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 11. Mai.
Anfang 7^{1/2} Uhr.
Kgl. Opernhaus. Wagnon.
Kgl. Schauspielhaus. Klein Dorst.
Neues Kgl. Opernhaus. Prinz
Reichsheim.
Deutsches. Robert und Bertram.
Kammertheater. Kgl. Opernhaus
und Schillertheater. (Anfang 8 Uhr.)
Anfang 8 Uhr.
Neues Schauspielhaus. Coppen-
rath's Erben.
Schiller Th. (Wallner-Theater.)
Ein Fallissement.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Moloch. Der zerbrochene Krug.
Schiller N. (Hilberichs Bühnen-
städtisches Theater.) Am grünen
Berg.
Berliner. Staatsanwalt Alexander.
Leipzig. Der Bettelrat.
Leipzig. Hamburger Weiden.
Alteins. Ein idealer Gatte.
Neues. Der Dieb.
Leipzig. Stradella.
Weiden. Die lustige Witwe.
Weiden. Haben Sie nichts zu
verzollen?
Lustspielhaus. Fufarenfieber.
Thalia. Wo die Liebe hinwinkt.
Luisen. Das Mädchen ohne Ehr.
Trionon. Pl. Jolette — meine
Frau.
Bernhard Hofe. Geier-Walky.
Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Gebr. Herrnsfeld. Es lebe das
Nachtleben.
Wintergarten. La Tortajada.
Spezialitäten.
Apollo. Der lustige Witwer. Spe-
zialitäten.
Kaffee. Heirat auf Probe. Spezia-
litäten.
Wahalla. Spezialitäten.
Goldes Caprice. Eine Nacht in
der Apotheke.
Festtage. Spezialitäten.
Reichshallen. Elektrischer Sönger.
Urania. Landensproche 18/19.
Sonntags 4 Uhr: Am Golf von
Neapel.
Abends 8 Uhr: Feuergefallen der
Erde.
Ferdinand Houns
Berliner Theater.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabend, Sonntag und Montag:
Staatsanwalt Alexander.
Neues Schauspielhaus
Sonnabend, den 11. Mai 1907
Zum 1. Male:
Hopfenraths Erben.
Morgen:
Hopfenraths Erben.
Anfang 8 Uhr.
Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Der Dieb.
Morgen und folgende Tage:
Der Dieb.
Kleines Theater.
Zum 200. Male:
Ein idealer Gatte.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nacht-
schl. Abends 8 Uhr zum 201. Male:
Ein idealer Gatte.
Lorzing-Theater
Sallaianenstr. 7/8.
Sonnabend, den 11. Mai, 8 Uhr:
Stradella.
Abonnement gültig!
Sonntag nachm. 3 Uhr: Vereinsvort.
8 Uhr: Jar und Zimmermann.
Sallaianenstr. 7/8. Gröpfung:
Sonnabend, den 10. Mai ex.
Lustspielhaus.
Sommerstraße. Abends 8 Uhr:
Fufarenfieber.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Nachmittags 4 Uhr:
Am Golf von Neapel.
Abends 8 Uhr:
Die Feuergefallen der Erde.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich nachm. 4 Uhr:
Gr. Militär-Konzert.
Eintritt 1 Mk. von abends
6 Uhr ab 50 Pf. Kinder unt.
10 Jahren die Hälfte.

Schiller-Theater N.

Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater.
Abends 8 Uhr:
Am grünen Weg.

Zentral-Theater.

Täglich 8 Uhr: Gesamtspiel des
Hamburger Ernst Reuter-Theaters:
Hamburger Weiden.

Residenz-Theater.

Direktion Richard Alexander.
Anfang 8 Uhr.
Haben Sie nichts zu verzollen?
Schwan in 3 Akten v. R. Hennequin
und P. Weber.
Robert de Trivelin: Rich. Alexander.

Luisen-Theater

Reichenbergerstr. 24.
Abends 8 Uhr:
Das Mädchen ohne Ehr.
Morgen: Das Mädchen ohne Ehr.

DERNHARD ROSE THEATER

Gr. Frankfurterstr. 132.
Die Geier-Walky.
Morgen nachm. bei kleinen Breiten:
Bunz-Kreuzl. Abends 8 Uhr bei
niedrigen Sommerpreisen: Sherlock
Holmes.

APOLLO Theater

9^{1/2}: Denkbar größter Lacherfolg!
Hartstein
mit seinem glänzenden Schlager:
Der lustige Witwer.
1. Bild: Das letzte Mal.
2. Bild: Die Folgen davon.
Vorher 8 Uhr: Die Spezialitäten-
Attraktionen mit Merions Hunde-
Bauern-Theater.

Metropol-Theater

Anfang 8 Uhr.
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern
von Julius Freund. Musik von
Viktor Hollsander. Dirigent Max
Roth. In Szene gesetzt von
Direktor Richard Schultz.
Massary. Ernani. Bender.
Glamplero. Josephl.
Rauchen überall gestattet.
Morgen Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Auf in's Metropol.

Brunnen-Theater

Sabitzstr. 58. Direkt.: Bernh. Rosa.
Sonntag, den 12. Mai 1907:
Großes Garten-Konzert,
Theater und Spezialitäten.
Erstklassige Spieldarst.
Im Saale: **Großer Ball.**
Gröpfung 2 Uhr. Anfang 4 Uhr.
Billetvorverkauf von 10—2 Uhr an
der Theaterkasse.
Bei ungünstiger Witterung im
Theaterhof.
Voranzeige. Am 1. Pfingstfest-
tag (19. Mai): Weltwältige Gröpfung
der Sommer-Spielzeit.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Zum ersten Male:
Ein Fallissement.
Schw. in 4 Akten, von Büchners
Sohnen. Deutsch von Wilh. Lange.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Vogel im Käfig.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Ein Fallissement.
Montag, abends 8 Uhr:
Moloch. — Der zerbrochene Krug.

Castans Panopticum, 165, Friedrichstr. 165.

Keine Illusion:
Das lebende Wunder Miß Gabrielle:
Ohne Unterkörper geboren!
Kein Extra-Entree!

WINTER GARTEN

La Tortajada.

Neues
Programm.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Oll. Brunnstr. 16.
Lebte Hochtagstagsvort. vor Wagners!
Sherlock Holmes
Detektivkomödie von Scott.
Vorher:
Des Goldschmieds Tochterlein.
Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf. Pall.

Gebr. Herrnsfeld-Theater

Anfang 8 Uhr. Vorvert. 11-2 Uhr
57 Kommandantenstraße 57.
Täglich:
Es lebe das Nachtleben!
Folgen einer Scharde-Affäre
in 2 Akten
von Anton und Donat Herrnsfeld
mit den Autoren
in den Hauptrollen
Vorher: Neu bearbeitet:
Die Welt geht unter!
Schwan in einem Aufzug von
Anton u. Donat Herrnsfeld.

Walhalla-Variete-Theater

Weinbergsweg 19/20, Holentz, 1. Etz.
Heute abends 8 Uhr:
Der grüne Ceufel.
Sensations-Pantomime.
5 Jungmanns, Drahtst.-
tänstler.
12 neue Spezialitäten 12
Im Tunnel: Frei-Konzert.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sönger.
Anf. nachm. 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.
Reichs-
hallen-
Restaurant.
Großes
Militär-
Konzert.

Trianon-Theater.

Heute und folgende Tage:
Fräulein Jolette — meine Frau.
Anfang 8 Uhr.

Gustav Behrens-Theater.

Berlin W., Goitz-
straße 9.
Das herrliche
Mai-Programm
Neu! Thomas
Besdy Com-
pagnie.
Gr. amerikan.
Gymnast.-Tanz.
Neu! Handwerkerstreit
Hauer (Basse), Zimmermann (Dr.
Gust. Behrens), Mäler (W. Sandel),
Glaser (Hugo Weiss), sowie die andern
erfahrenden Spezialitäten.
3. Schluß die tolle Lustspiel-Operette:
Menschekmann im Sündenpflanz Berlin.
Anfang 8 Uhr, Sonntag 8^{1/2} Uhr.

Sanssouci, Kottbuser

Direktion Wilhelm Kottbuser.
Sonn- u. Mont, Donnerst.
Hofmanns
Norddeutsch. Sönger
Steis neues attraktives
Programm.
Sonn- u. So, wochent. 8 U.
Für die nächste Saison
sind sämtliche Sonn-
abende bereits belegt. Einige
Mittwochabende sind noch frei.

Passage-Theater.

Jeden Abend 8 Uhr:
Das Mai-Programm.
Der größte Erfolg
der Saison!
Grete Gallus
Mascha Dignam
3 Clarus Brothers
14 Attraktionen 14.

Kasino-Theater

Kottbuserstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Nur 18. Mai! Neu einstudiert:
Heirat auf Probe.
Singschöpfe in 3 Akten von Sud-
binder und Aren.
Sonntag nachmittags 4 Uhr:
Hotel Klingebusch.

Folies Caprice

Lindenstr. 192, an der Friedrichstr.
Täglich abends 8 Uhr:
Eine Nacht in der Apotheke
und
Im Inspektionszimmer.
Vorverkauf an der Theaterkasse
und bei Wertheim.

Olto Pritzkow, Münzstr. 16.

Welt-Ausstellungs-
Biograph (St. Louis)
Theater lebender
Photographien.
Der Untergang des
Dampfers „Berlin“.
168 Tote, 12 Gerettete.
Den ganzen Tag Vorstellung.

Ausnahmepreise

Mai, Juni, Juli.
A. B. Koch
Kohlen-Groß-Handlung

Berlin O. 34, Brombergerstr. 15.
Preise für nur 10 Marken ab Pfad
von 10 Jtr. an:
Prima la Halbsteine (bekannte
Marken) pr. Jtr. 85 Pf.
la Diamant pr. Jtr. (110
bis 120 Stk.) 85 Pf.
la 3te u. 4te. 90 Pf.
la Anthrazit Cabot's Jtr. 2,30 M.
Kofe, Steinkohlen usw. zu den
billigsten Tagespreisen. Anlieferung
frei Keller je nach Quantum pr. Jtr.
10—15 Pf. mehr. — Bei Original-
Waggons und größeren Abgängen
verlangen Sie meine Spezial-Offerte.

Arbeiter-Berufs-Kleidung

Aeltestes Spezial-Geschäft
3 Mühlenstr. 3
und **Kottbuserdamm 95.**
Adolf Wecker.

Bilz

Sanatorium
„Schloss Lössnitz“
Hadeboul-
Greden.
Prezp. 10.
Frühjahrs-
Kur.
Die Alfr. Bilz
Charitat. Dr. Aeneke
Internationaler Vorkehr.

KUREN!

Milde Lago
Süda. Nizza
Bilz Naturheilbuch ex. 1/2, Mit. verk.

Steidl-Theater.

Brückenstr. 2 (a. d. Jannow-Br.)
9^{1/2} Uhr: Bureau Vesperbrunf.
Anfang 8 Uhr. Vorher Konzert.
Tageskaffe 11—2 Uhr.
Sonntag 11 bis 2 Uhr:
Frühschoppen-Konzert
Steidl-Restaurant (Garten).
Entree (incl. Dyrerki-Konzert.
Borgüchtige Küche!

Achtung!

Maurer-Anzüge
Arbeiter-Kleidg.
umgezogen u. d.
Brunnenstraße 158.
Gelber Laden.

Halt! Bitte lesen!

Überzeugung macht wahr! Die
schönsten Monatsanzüge und
Paletots zu auffallend billigem
billigen Preisen!
Monatsanzüge von 9 M. an
Abonnementanzüge 12 „
Kaschmiranzüge 13,50 „
Partieanzüge 11,50 „
Handelanzüge 12 „
Sommerpaletots 7 „
Gehrodanzüge 15 „
Anzüge Erbst. f. Maß 19 „
Bitte genau auf Nr. 127 Skalitzer-
str. 127 Garderobehaus
„Brillant“ zu achten. Rohr-
geld wird vergütet. 4465

Wer will Geld

Sparen, kauft 46332*
Monatsanzüge 9,00 M.
Abonnementanzüge 12,00 „
Handelanzüge 10,50 „
Partieanzüge 12,00 „
Gehrodanzüge 14,00 „
Anzüge Erbst. f. Maß. 19,00 „
Paletots 9,00 „
Sofa 2,00 „
Zentral-Keller, Berlin 50.
Neanderstraße 35.
3 Min. von Stadth. Jannowbrücke,
an der Köpckebrücke.
— Strohhalm - Vergütung —

Ueber Verfassungswesen.

Drei Abhandlungen von Ferdinand Lassalle.
Ueber Verfassungswesen. Vortrag.
Was nun? Zweiter Vortrag.
Macht und Recht. Offenes Sendschreiben.
Neue Ausgabe, mit Einleitungen versehen von
Eduard Bernstein.
Preis 50 Pf.
Expedition des Vorwärts, Berlin SW.
Lindenstr. 69, Laden. 234/4*

Vermögen werden gewonnen!

Getreide-, Mehl-, Kaffee- und Zuckerpreise steigen rapid. — Wer sich für die
mechanischen Preisbewegungen an den Produktionsstätten interessiert, verlange
die von Kaufmann Michael Prosser in Würzburg verfasste Broschüre:
„Das Wirtschaftsleben der Gegenwart und der Zukunft“.
— Dieselbe ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen (Kommissionär: Otto
Weber, Leipzig). Broschüre A, vollständige Ausgabe, M. 2. — B, Teil- und
Vorkaufsausgabe, 60 Pf. Gegen Einsendung von M. 2,10, bezw. 65 Pf. für das
Inland, M. 2,20, bezw. 70 Pf. für das Ausland, werden die Broschüren portofrei
vom Verfasser versandt, wenn in Buchhandlungen nicht erhältlich.
Man verlange ebendasselbe Flugschriften und Prospekte.

Blitz=Schnell

kommt man mit der Hochbahn zu Weingarten, Gitschinerstr. 72,
Station im Hause. Halbfeste Bringenstr. Aufstiehl:
1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots,
1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,
auch für torpente Herren passend.
Dieselben sind von feinen Kaschieren und Kessenden, die nur einen
Kontat ihre Garderobe tragen.
Fahrgeid wird vergütet. Bitte auf Hausnummer zu achten. 47822* et
et

Teures Fleisch — billige Seefische!!
Bester Fleischersatz, schmackhaft u. durch hohen Nährgehalt sich auszeichnend!
= Große Fänge =
In lebend frischer Ware in Kühlwaggons täglich eintreffend.

Deutsche Dampffischer-Gesellschaft „Nordsee“
(Größte Hochseefischer-Gesellschaft Deutschlands.)
Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8—19.
Zentral-Fernsprecher: Amt III No. 8804.
Seefisch-Kochbücher gratis.
Verkaufs-Niederlagen:
Prinzenstr. 80 am Moritz-Platz.
Potsdamerstr. 112a bei der Lützowstraße.
Tel.-Amt VI 7190.
Malaistr. 22 im Schlesischen Bahnhof.
Wilmsdorferstr. 111, am Stützgarter Platz.
Tel. Charlottenbg. 6718.

Wir empfehlen besonders:
Groß. Schellfisch 35 im Anschlitt
mit Kopf 28 Pf.
Cabliau 25
ohne Kopf 23 Pf.
Seelachs 20 Pi. pro Pfd.
mit Kopf 17 Pf.
Allo übrigen Sorten Seefische zu billigsten Tagespreisen.

WARENHAUS

Witthelm Stein

BERLIN
N.39

Chausseestr. 70-71

Als besondere Vergünstigung anlässlich des Pfingstfestes verabfolgen wir
von Sonnabend, den 11. Mai bis Mittwoch, den 15. Mai cr. incl.
doppelte Anzahl Sparmarken Wir geben sonst bei einem Einkauf von 1 Mark 4 Sparmarken, an diesen Tagen jedoch **8 Sparmarken**

für Hausfrauen

Sonder-Angebot

u. Restaurateure

von Sonnabend, den 11. Mai bis Dienstag, den 14. Mai cr. incl. solange Vorrat

Back-Artikel zum Festkuchen

Weizenmehl 00	5 Pfd.	70 Pf.
Kaiser-Auszug	5 Pfd.	75 Pf.
Budapester Auszug	5 Pfd.	90 Pf.
Diamant-Mehl	5 Pfd.	1.00
Selbst-tätiges Backmehl	1 Pack	31 u. 40 Pf.
Backpulver	3 Pack	20 Pf.
Backpulver von Oetker	3 Pack	25 Pf.

Rosinen, Sultaninen, Corinthen,
Citronat, Mandeln (süss u. bitter).



Gebrannte Kaffees Mischung IV III II I
90 1.10 1.30 1.50
Unsere Marken sind des vorzüglichen
Geschmacks wegen allseitig bekannt.

Feinste Tafelbutter Pfd. 1.15 M.

Back-Essenzen	3 Fl.	25 Pf.
Gelee-Speise	3 Pack	70 Pf.
Crème-Speise	3 Pack	40 Pf.
Rote Grütze	3 Pack 27	38 Pf.
Pudding-Pulver	3 Pack	25 Pf.
Vanillen-Saucen	3 Pack	22 Pf.
Vanillen-Zucker	3 Pack	22 Pf.

Bowlenweine

Königsmosel	1/2 Fl.	0.55	10 Fl.	5.30
Laubenheimer	1/2 Fl.	0.70	10 Fl.	6.80
Deidenheimer	1/2 Fl.	0.85	10 Fl.	8.00

Fruchtsäfte

Pa. Himbeersaft, garantiert rein	1/2 Fl.	0.85
Pa. Kirschsafft, garantiert rein	1/2 Fl.	0.85
Frischer Maitrank	1/2 Fl.	0.65 0.80

Konfitüren

Haushalt-Schokolade	garant. rein Pfd.	0.78
Raspel-Schokolade	garant. rein Pfd.	0.95
Deutscher Kakao	garant. rein Pfd.	0.95 1.10

Pa. Apfelsinen Dtz. 30 40 50 Pf. Blut-Apfelsinen Dtz. 35 45 Pf. Citronen Dtz. 25 30 40 Pf.

Zweite grosse Strumpf-Woche

Wir haben Bestände erstklassiger Chemnitzer Fabriken aufgekauft und bringen diese, soweit Vorrat, zu solchen Preisen zum Verkauf, welche den Herstellungswert grösstenteils nicht übersteigen.

Qualitäten: Macco, gestrickt, Fil d'Ecosse, fein reinwoll., Petinet- und Seiden-Imitation

Serie 0	Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV	Serie V
Damen-Strümpfe Herren-Socken Kinder-Strümpfe	Damen-Strümpfe Herren-Socken Kinder-Strümpfe	Damen-Strümpfe Herren-Socken Kinder-Strümpfe	Damen-Strümpfe Herren-Socken Kinder-Strümpfe	Damen-Strümpfe Herren-Socken Kinder-Strümpfe	Damen-Strümpfe Herren-Socken Kinder-Strümpfe
Paar 9 Pf.	Paar 18 Pf.	Paar 28 Pf.	Paar 38 Pf.	Paar 48 Pf.	Paar 68 Pf.
Wert bis 30 Pf.	Wert bis 45 Pf.	Wert bis 60 Pf.	Wert bis 75 Pf.	Wert bis 95 Pf.	Wert bis 1.75 M.

Sonntag, den 12. Mai, sind unsere Verkaufsräume von 8-10 und von 12-6 Uhr geöffnet.
* Ausgenommen sind einige Artikel und Sonder-Angebote.

Partei-Angelegenheiten.

Marienfelde. Am Sonntag, den 12. Mai, nachmittags 4 Uhr, findet eine Volksversammlung für Frauen und Männer im Lokale von Berger statt.

Weissenfee. Morgen Sonntag, den 12. Mai ca. findet eine Agitationstour in den ländlichen Bezirken statt. Sammelplatz früh 7 1/2 Uhr beim Genossen Rogkopf (früher Schmutz), König-Chaussee 38.

Schilow-Blankenfelde (Bezirk Niederschönhausen). Am Sonntag, den 12. Mai, nachmittags 3 Uhr, findet in Königsmühle bei Knappe, die fällige Wahlvereinsversammlung statt.

Berliner Nachrichten.

Wenn Betrunkene zur Polizeiwache gebracht werden, wird ihnen in zahlreichen Fällen eine Behandlung zu teil, die in keiner Weise gerechtfertigt werden kann und aufs schärfste getadelt werden muß.

Mitteilungen ähnlicher Art gehen fast jede Woche durch die Presse und uns will scheinen, als ob die Handhabung des Polizeisäbels — wenn überhaupt — Betrunkene gegenüber am allerwenigsten angebracht ist.

Aus dem Polizeigewahrsam

Am 2. Februar ein Arbeiter Weinheubel als krank an das Virchow-Krankenhaus überwiesen worden. Der Polizeiarzt hatte bei W. ein inneres Leiden festgestellt, als aber W. am 3. Februar im Krankenhause gestorben war, wurde in der Obduktion ein Schädelbruch an ihm entdeckt.

Im „Vorwärts“ wurde damals (Nr. 35) über dieses Vorkommnis berichtet. Um die wünschenswerte Aufklärung herbeizuführen, übergaben wir die Angelegenheit so der Öffentlichkeit, wie sie uns dargestellt worden war.

Wegen der Veröffentlichung dieser Angaben wurden wir von bürgerlichen Wägern in üblicher Weise mit einem Schmutzlabel voll Schmähungen überschüttet. Zwar mußten diese Wägler den von uns vorgebrachten Sachverhalt bestätigen!

Natürlich mußte ja gegen den Rutscher vorgegangen werden, der den Unglücksfall geführt hatte. In seinem Weisem wurde die Leiche ausgegraben und noch einmal obduziert, und es wurde dann eine Untersuchung wegen fahrlässiger Tötung gegen ihn eingeleitet.

Urteils über die rätselhafte Angelegenheit enthalten und zunächst mal den zweiten Schmutzlabel abwarten, den die bürgerliche Presse über uns ausleeren wird.

Vom prächtigsten Wetter begleitet war der Himmelfahrtstag. Die düsteren Wolken, die sich mittags drohend am Himmel zeigten, zogen vorüber, ohne die herrliche Bitterung zu beeinträchtigen.

Der Maxim-Schwindel hat jetzt seinen Mittelpunkt in Berlin, nachdem die Polizeibehörde dem berüchtigten „Professor Maxim“ in London das Handwerk gelegt hat und ihm dort der Boden zu heiß geworden ist.

Die Kommerzienrat Wölle für seine jugendlichen Angestellten sorgt. Man schreibt uns: In dem hochherzoglichen Vorderhaus, Haldenburgerstraße 11, in nächster Nähe des Winterfeldplatzes, befindet sich ein aus vier Räumen bestehender Keller, der auf polizeiliche Anordnung nicht für andere Zwecke als für Lagerzwecke benutzt werden darf.

Auf dem Müggelsee gefestert sind am Himmelfahrtstage zwei Ruderboote. Durch zwei Rettungsboote wurden von den 16 Insassen, die ins Wasser fielen, 15 gerettet, während einer sein Leben einbüßte.

Ernähigte Eintrittskarten zur Sezeffion (25 Pf. statt 1 Mk.) an allen Tagen ohne Beschränkung gültig, stehen den Gewerkschaften im Bureau des „Gewerkschaftshauses“ zur Verfügung.

Die Betriebsführung bei den Berliner Elektrizitätswerken am Mittwochabend hat besonders auf die Geschäftswelt erhebliche Einwirkung. In dem Teil der Leipzigerstraße zwischen Charlottenstraße und Spittelmarkt, in dem ganzen Teil der östlichen Friedrichstadt und in Koabit erloschen die Bogenlampen der Straßenbeleuchtung.

Nicht minder kritisch war die Situation in den Waren- und Geschäftshäusern, wo die versagende elektrische Beleuchtung durch kein anderes Licht ersetzt werden konnte.

keinen Einfluß erhielten. Der Schaden, den viele Geschäftsleute durch das plötzliche Versagen des elektrischen Lichts erleiden, ist ganz beträchtlich, da gerade am Vorabend von Himmelfahrt ein besonders launhaftes Publikum die Straßen füllte.

Ueber die Ursache der Störung teilt die Direktion der B. E. W. folgendes mit: In der Zentrale Koabit entstand am Mittwochabend 8 Uhr an den Hauptammalshäusern, wo hochgespannter Strom an die Unterstation Markgrafenstraße geleitet wird, ein Defekt, indem ein Kabelschuß durchbrannte.

Die ganze Störung konnte sich nur deswegen auf ein verhältnismäßig so ausgebreitetes Gebiet erstrecken, weil gerade jetzt die Station Markgrafenstraße, die früher Dampfzentrale und n. d. Unterstation war, im Umbau begriffen ist.

Ein Großfeuer

von großer Ausdehnung beschäftigte am Himmelfahrtstage die Berliner Feuerwehre von früh bis spät in der Mühlenstraße gegenüber dem Schleifischen Güterbahnhof. Dort stand der große Speicher von R. Kiesel, Mühlenstr. 73/77, unmittelbar an der Spree in Flammen.

Ein schwerer Automobilunfall hat sich Donnerstag nachmittags in der Müllerstraße zugetragen. Ein Privatautomobil, in dem sich Professor Straßmann befand, fuhr den Arbeiter Friedrich Teßloff, Verckstr. 72 wohnhaft, um und schleifte ihn ein Stück mit.

Erstochen hat sich am Donnerstag in dem Restaurant von Läder in der Wilhelmstr. 148 ein Unbekannter. In seinen Taschen fand die Polizei einen Brief mit der Aufschrift: „Ferdinand Berold, Aschaffenburg“, sechs Kugeln und sechs Pfennige. Die Leiche wurde zur Melognotisierung nach dem Schauhaus gebracht.

Der Todeszug eines Geisteskranken rief Donnerstag nachmittags in der Weinstraße großes Aufsehen hervor. In der vierten Etage des Hauses Weinstr. 17/18 wohnte der 27jährige Buchbinder Fritz Terrin, der seit einiger Zeit bettlägerig war. Donnerstag nachmittags sprang er plötzlich in einem Anfall von geistiger Umnachtung aus dem Bett heraus, eilte ans Fenster und stürzte sich, nur mit dem Hemd bekleidet, auf den Hof hinab. Dort blieb er mit zerhackten Gliedern liegen. Ein herbeigerufener Arzt konnte nur den Tod feststellen.

In den Urbanhafen gesprungen ist am Donnerstag vormittags ein etwa 18jähriges Dienstmädchen. Passanten machten sich sofort an die Rettung der Lebensmüden und zogen sie aus dem Wasser. Angestellte Wiederbelebungsvorläufe hatten Erfolg. Ueber die Ursachen des Schrittes ist bestimmt nicht festzustellen. Sehr abfällig wurde es bemerkt, daß auf die an das Urbankrankenhaus gerichtete Bitte um Hilfe solche in Gestalt eines Angefallenen Anstatt eines Arztes erschien, der das Mädchen auf einem Wagen nach dem Krankenhaus brachte.

Kadetten in Zehlendorf, 9. Mai. Diese vom Glück wenig begünstigte Bahn hatte auch mit ihrem heutigen Programm, das mit seiner Hauptnummer „Die goldene Armbrust“, einem Stundenrennen mit Motorschrittmachern (3000, 1500, 1000 M.), und in dem Engagement von Kobl, Demke und dem Amerikaner Mettling zu den besten Hoffnungen berechtigte, keinen Erfolg. Kobl, der am Sonntag im Goldenen Rade zu Steglitz einen bösen Sturz getan, litt noch unter den Folgen desselben, so daß er, mehrmals überbunden, schon nach dem 17. Kilometer aus dem Rennen schied, das dann nur noch von Mettling und Demke bestritten wurde; durch das vorzügliche Fahren des Amerikaners gestaltete sich der weitere Verlauf des Rennens noch sehr interessant, zweifellos hätte er dasselbe gewonnen; aber durch zweimaligen Reifenschaden war er zum Wechsel des Rades gezwungen, so daß er dem gleichfalls gut fahrenden Demke den Sieg überlassen mußte, trotzdem befohle er denselben wiederholt und vermachte von seinem Verlust (700 Meter) noch 30 Meter aufzuholen. Demke legte in der Stunde 66 Kilometer 335 Meter zurück.

Sportpark Treptow. Das „Drei Stunden-Rennen“ am Himmelfahrtstage hatte eine zahlreiche Zuschauerzahl herbeigelockt, die dem langen Rennen mit seinen wechselnden Bildern mit Interesse folgten. Aufregende Szenen gab es bei der Teilnahme von vier Fahrern auf der kleinen Bahn des öfteren und dank der Geistesgegenwart und Einsicht der Fahrer und Schrittmacher verlief das Rennen ohne ernstlichen Unfall. Gegen den Schluss des Rennens kam der Franzose Contenet durch eigene Unachtsamkeit zu Fall und zog sich eine Kopfverletzung zu, die zum Glück nicht ernstlich zu sein scheint, denn der Verletzte konnte wieder am Rennen teilnehmen. Sieger blieb Kurt Rosenlöcher. Dresden, der in den drei Stunden 194,700 Kilometer (Welterfolg 197,000 Kilometer) zurücklegte — eine ganz außerordentliche Leistung. Das einzige Fliegerennen wurde nach vier Vorläufen von Rüdert vor Gatz, Werd und Paule gewonnen.

Wer ist der Tote? Am 7. d. M. ist in Spandau am linken Spreewer die Leiche eines unbekanntes Mannes angeschwommen. Der Tote kann circa 3 Monate im Wasser gelegen haben, ist fast unkenntlich, 1,62 Meter groß, von schwächlicher Gestalt und war bekleidet mit dunklen, einreihigen Jackett, Unterjackett, schwarzem Halstuch, schwarzen Gummigüßeln, welchem Leinwandhemd, gestreift D. M. und führte ein weißes Taschentuch, gest. E. B. und ein Schlüsselbund mit 8 Schlüsseln bei sich.

Etwasige Mitteilungen über die Persönlichkeit des Toten werden in jedem Polizeirevier oder im Polizeipräsidium, Zimmer 382 II entgegengenommen, eventuell wird um Nachricht zur Tagebuchnummer 2834 IV 41. 07 ersucht.

Von einer Droßel überfahren wurde gestern Abend am Kottbuser Tor eine 60—65jährige Frau. Der Wagen schleifte die Verunglückte eine Strecke mit fort. Auf der Sanitätswache in der Adalberstraße wurde ein Oberschenkelbruch und eine Kopfverletzung festgestellt. Die Schwerverletzte wurde nach Anlegung eines Rotverbandes dem Urbankrankenhaus zugeführt.

Feuerwehrbericht. Außer dem Sprücherbrande in der Mühlenstraße 78/77 hatte die Feuerwehr noch mehrere größere Brände zu löschen. Unter anderen einen Brand in der Reuen Grünstraße 18. Dort mußte die 5. Kompanie längere Zeit kräftig Wasser geben, um die Flammen zu löschen. Ein großer Lagerraum der Firma Schöfer u. Wiesele ist ausgebrannt. Am Sonntagmorgen 14/15 mußte nachts ein großer Tischlerbrand gelöscht werden. Der 8. Zug hatte längere Zeit mit mehreren Schlauchleitungen Wasser zu geben, um eine weitere Ausdehnung des Brandes zu verhindern. Der 16. Zug hatte einen Fahrtrahnenbrand in der Uferstraße 5 zu löschen, der abends um 10 Uhr ausgebrochen war und bei Anbruch der Feuerwehre schon eine große Ausdehnung erlangt hatte. Um an den Brandherd zu gelangen, mußten die Feuerwehrer mit Rauchschutzhelmen ausgerüstet werden. An der sogenannten schwarzen Brücke an der Tharstraße (Central-Viehhof) stand abends eine Laube in Flammen. Drei Rüge rühten dahin aus. Der siebente Zug gab Wasser, konnte aber nicht verhindern, daß die Laube mit Inhalt niederbrannte. Nachmittags um 6 Uhr kam im Restaurant Fürstensäle in der Rosenthalerstraße 38 Feuer aus. Es brannten dort Schränke und Ventilationschächel, der Fußboden, Schaldecken u. a. Durch sofortiges Vorgehen gelang es, den Brand zu lokalisieren. — Grober Unmut lag einer Feuermeldung aus der Löwenstraße zugrunde. Der Täter ist unerkannt entkommen. Zweimal wurde die Feuerwehr nach der Nappinerstraße 46 gerufen. Um 8 Uhr brannten dort Betten und um 9 Uhr bei Linn im dritten Stock abermals Kleider, Möbel, Tapeten und Immobilien. Der Einsturz eines gemauerten Schalbkons rief die Feuerwehr nach dem Wendarmenmarkt. Dort war an der Ecke der Mohren- und Margrafenstraße ein Balkon von einem Abbruch eingestürzt, wobei eine Frau mit ihrem Kinde leichte Verletzungen erlitten hatten. Ferner hatte die Wehr in der Bogenstraße 37 zu tun, wo in einer Wäuderei Feuer ausgebrochen war. Am Landbergerplatz 1 brannte abends Petroleum und am Hausvogteiplatz 19 war nachts in einem Keller Leuchtgas ausgeströmt. In der Prenzlauer Allee 52 wurden Betten und in der Thomastraße 19 Vorküchen ein Haub der Flammen. Schwefel brannte in der Bernauerstr. 47, Kohlen auf dem Schließigen Bahnhofe, ein Schornstein u. a. in der Beusselstr. 33. Außer diesen Bränden kamen noch mehrere andere zur Meldung, so daß es an Arbeit nicht gefehlt hat.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Zum Verbot des Freien Rindergartens in Charlottenburg nimmt das sogenannte liberale Organ, die Charlottenburger „Neue Zeit“ nochmals das Wort, aber nicht etwa, um in „einfach liberaler Manier“ seiner Empörung über das Verbot des Rindergartens durch die Behörde Ausdruck zu geben, sondern um über den „Vorwärts“ und Dergleichen zu rasonieren. Das Blatt weiß es jetzt, wer die Behörde in ihrem Glauben, der Freie Rindergarten diene sozialdemokratischen Bestrebungen, gestützt hat: es war der „Vorwärts“, um im stereotypen Jargon der „R. Z.“ zu sprechen, das Organ des sozialdemokratischen Parteivorstandes. Nachdem sich das Blatt abermals von dem Verdacht, als habe es die Maßnahmen der Regierung gegen den Freien Rindergarten gebilligt, zu reinigen versucht, schreibt es u. a.:

„Wenn in dem Freien Rindergarten Sozialdemokraten die ausschlaggebende Rolle gespielt haben, so weiß man jedenfalls recht gut, weshalb dies geschehen ist. Wir haben auch darauf auf-

merksam gemacht, daß gerade das Organ des sozialdemokratischen Parteivorstandes den Freien Rindergarten in seinen Notizen ganz wie ein sozialdemokratisches Unternehmen behandelt hat, wodurch, wie wir inzwischen erfahren haben, der Verdacht der Aufsichtsbehörde, der Rindergarten solle wenigstens mittelbar sozialdemokratischen Bestrebungen dienen, verstärkt wurde. Der Jörn der Freunde des Freien Rindergartens sollte sich mithin gegen das sozialdemokratische Blatt richten, das in seiner läppischen Manier jener Einrichtung den schwersten Schaden zugefügt hat.“

Deutlicher wie dies in den wenigen Zeilen geschrieben, konnte sich das Blatt nicht desavouieren. Schon in den Anfangszeilen bestätigt es den Verdacht, den es wiederholt ausgesprochen. Aus dieser Stellung erklärt sich auch, weshalb sich der „Vorwärts“ mehr wie das „liberale“ Organ für den Rindergarten und gegen dessen Unterdrückung verwandt. Eine solche Stellung ist ein Gebot der Pflicht jeden Organs, das noch nicht auf dem reaktionären Niveau der Charlottenburger „Neuen Zeit“ steht. Der „Vorwärts“ hat auch in seinen Notizen diese Einrichtung nicht als sozialdemokratisches Unternehmen behandelt, sondern dem Freien Rindergarten dieselbe Behandlung zuteil werden lassen, wie jedem anderen freien Bildungs- und Erziehungsanstalt auch. Alle Meinungsversuche und Verdächtigungen des Blattes sind nur geeignet, es zum Unterjücker der reaktionären behördlichen Bestrebungen zu stampeln.

Von Artilleristen überfallen und schwer verletzt wurde in der gestrigen Nacht der Referendar Böhm aus der Ansbacherstr. 27. Auf dem Heimwege hatte B. beobachtet, wie zwei bayrische Artilleristen ein Brautpaar anrennen und auf es einschlugen. Als er sich dem Latort näherte, fielen die Soldaten ohne irgend welchen Anlaß auch über ihn her und hieben mit den Säbeln auf ihn ein. Es gelang dem Ueberfallenen nur schwer, die noch ihm geführten Hiebe und Stöße abzuwehren. Erst nachdem er eine ganze Reihe von Verletzungen am rechten Arm, am Kopf und an der Brust davongetragen, ließen die beiden Artilleristen von ihm ab und ergriffen die Flucht. B. schleppte sich nach der Unfallstation am Zoologischen Garten, wo er die ersten Notverbände erhielt.

Von einem schweren Automobilunfall wurde gestern nachmittags der Universitätsprofessor Dr. Döring, Wismarstraße 1, in Groß-Lichterfelde wohnhaft, betroffen. Der alte Herr war im Begriff gewesen, an der Ecke der Tauenzien- und Kaiserstraße den Fußweg zu überschreiten, als er von einem Droschkenautomobil, dessen Warnungssignale er überhört hatte, umgerissen wurde. Die Räder des Kraftwagens gingen ihm über den rechten Fuß hinweg und richteten diesen böse zu. Die erste ärztliche Hilfe erhielt Prof. D. auf der Unfallstation 20.

Rigdorf.

Der Wadensfaltbesitzer Prose schickt und bezüglich unserer in der Nummer vom 26. April unter der Ueberschrift: „Wenn ein Staatsbürger in die Hände der Polizei gerät“ eine längere Aufschrift, in der er darlegt, daß er zu der Entlassung des bei ihm beschäftigten M. genötigt war. Wir müssen demgegenüber nur bemerken, daß wir in unserer Notiz mit keinem Worte darauf eingegangen sind, ob die Entlassung berechtigt war oder nicht, wie reameten nur mit der Tatsache als Ausgangspunkt für die weitere Kritik interessanter Behandlung des W.

Steglitz.

Aus Furcht vor dem Gericht versuchte sich vorgestern die 68 Jahre alte Ehefrau des Maurers Berthold aus der Reumannstraße 4 das Leben zu nehmen. Frau B., die bisher noch niemals mit dem Gericht etwas zu tun gehabt hatte, erhielt vor einigen Tagen eine Zeugenvorsagung in einem Verleumdungsprozeß. Die Frau geriet hierdurch in eine derartige Aufregung und Angst, daß sie von ihren Angehörigen ständig bewacht werden mußte. Vorgestern ließ sich die Frau in Gegenwart ihres Mannes eine Schere tief in den Hals, so daß sie blutüberströmt zusammenbrach. Bewußtlos und in sehr bedenklichem Zustande wurde Frau Berthold in das Krankenhaus eingeliefert.

Grünau.

Ein Gemeindefürsorge braucht nicht an dem Orte zu wohnen, dessen Gemeindevorwaltung er angehört, hat der Letzter Kreis-ausschuss entschieden. Der Schöffe Ventzer in Grünau wohnte seit Jahresfrist in benachbarten Friedrichshagen, zahlte aber auch in Grünau seine Steuern weiter. Die Grünauer Gemeindevorwaltung beschloß, Ventzer seines Amtes zu entsetzen, da er nicht mehr am Orte wohnte. Der Kreis-ausschuss, bei dem der Schöffe Klage erhob, entschied, daß er trotzdem berechtigt sei, sein Amt weiter zu verwalteten. Der Antrag, gegen diese Entscheidung Verurteilung beim Bezirksauschuss einzulegen, wurde von der Gemeindevorwaltung abgelehnt, doch will diese versuchen, durch eine erneute Klage die Amtsentsetzung des bisherigen Schöffen Ventzer herbeizuführen.

Friedrichshagen.

Kaufmann aus Gram über den Verlust seiner Tochter hat sich am Donnerstag der 45 Jahre alte Bauarbeiter J. Göth in seiner in der Kirchstr. 9 belegenen Wohnung erhängt. Im letzten Dienstag war seine 18jährige Tochter gestorben; dies scheint sich der Vater so zu Herzen genommen zu haben, daß er Selbstmord verübte. Die Leiche wurde in das hiesige Schauhaus gebracht.

Reinickendorf.

Polizeiliche Auflösung des Vereins für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse.

Der Reinickendorfer Frauenverein hat 42 Mitglieder. Sein Zweck ist, seine Mitglieder durch Vorträge in alle Gebiete des Wissens einzuführen und ihr Wissen zu bereichern, ihnen Gelegenheit zu geben, sich durch Lektüre fortzubilden und anregende Geselligkeit unter sich zu pflegen. Trotz dieses absolut unpolitischen Charakters des Vereins hat der Amtsvorsteher von Reinickendorf durch folgenden der Genossin Grothe am 4. Mai zugegangenen Kuss den Verein aufgelöst:

Sie werden hierdurch benachrichtigt, daß mir die Statuten und das Mitgliederverzeichnis des Vereins für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse Reinickendorf-Best zugegangen sind.

Selbstverständlich wird gegen diesen durchaus unberechtigten Eingriff in das schmale Vereinsrecht der Frauen angekämpft werden.

Vermischtes.

Wieder ein Eisenbahnunfall. Donnerstag Abend entgleiste nach Königsberger Meldung auf dem Bahnhof Reizethen, anscheinend infolge vorzeitiger Umstellung der Weiche, der um 7 Uhr 58 Minuten nach Königsberg ausfahrende Vorortzug mit zwei Wagen, von denen einer umstürzte. Von den in diesem Wagen sitzenden 8 Personen wurde die Tochter des Feuerzweigsdirektors Hof getötet, Frau Hof und ihr Sohn, ferner Frau Steuerheber Voltzner, Frau Jolland und Tochter sind verletzt worden. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Der gestrandete Dampfer „Polta“. Nach amtlicher Meldung sind bei der Strandung des Dampfers „Polta“ 22 Personen umgekommen; man fürchtet aber, daß die Zahl größer ist. Der Mannschaft des Schiffes wird für ihr Benehmen bei den Rettungsarbeiten das höchste Lob gespendet.

Eine andere Meldung besagt: Die Behörden teilen mit, daß die Bergung der Passagiere des Dampfers „Polta“ beendet ist. Im

ganzen handelt es sich, entgegen den früheren Meldungen, nur um 7 Tote und 6 Vermisste.

Die erste deutsche Städtebauausstellung wurde am Donnerstag in Frankfurt a. M. eröffnet. Sie will über alle Zweige der Städtebaukunst eine Ueberschau geben.

Ein großes Schandfeuer brach Donnerstag nachmittags gegen 2 Uhr auf dem Fabrikgrundstück der „Continental Kautschuk- und Gutta-percha-Compagnie, Filiale Seelze“ aus. Es brannte in einem Holzschuppen lagerndes Gummi, also Automobilreifen usw. Das Feuer hat großen Schaden angerichtet. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Kahrschiffe Ueberschwemmungen werden aus Nordostitalien gemeldet. Die Trikschiffe Hüfte, Niederraden, Höfen, Staufen und Waldach sind überflutet und in großer Gefahr. Von Innsbruck ist Militär nach Adien abgegangen. — In Cavareno zerstörte gestern ein großer Brand fünf Häuser und beschädigte vier stark.

In Rußland bricht das Eis. Die Schiffsahrt ist nach einer Meldung aus Kronstadt eröffnet, ein schwedischer und ein norwegischer Dampfer sind hier eingetroffen. Bei Hogland liegen drei ausländische Handelsdampfer, die des Eises wegen nicht nach Kronstadt gelangen können; sie erwarten den Eisbrecher „Zemal“.

Ein Erdbeben. In Jekusl wurde gestern früh 5 1/2 Uhr ein starkes, wellenförmiges Erdbeben verspürt.

Neuer Vulkanausbruch. Seit Mittwoch früh wird nach einer Meldung aus Catania ein neuer, außerordentlich heftiger Ausbruch des Vulkans Stromboli bemerkt. Der Keina fährt fort, starke Rauchsäulen auszusuchen.

Das Keinaobservatorium teilt vom gestrigen Tage mit: Auf dem Stromboli fand heute morgen zwischen drei und vier Uhr eine starke Eruption statt, der ein langandauerndes unterirdisches Getöse vorausging, das die Fenster in den Häusern erzittern ließ, aber sonst keinen Schaden anrichtete. Die Bevölkerung ist ruhig. Der Keina steht abendwärts viel Rauch aus. Um vier Uhr wurde von Nicolosi ein wellenförmiges Erdbeben gemeldet.

Die Polizei in London, etwa 17 000 Mann stark, ist in ihrem Dienst weit mehr Gefahren ausgesetzt, als die Berliner Schynmannschaft. Nach der Londoner „Tribune“ wurden in den letzten drei Jahren je 2800 bis 3000 Fälle gemeldet, in welchen Beamte im Kampfe mit Kriminellen oder verfolgten Verbrechern so schwer verletzt wurden, daß sie auf die Krankenliste gesetzt werden mußten. Diese 3000 Fälle pro Jahr gelten aber nicht etwa als Veranlassung, die Polizeigewalt dem Bürger gegenüber zu stärken, sondern werden ohne weiteres als das Risiko im Polizeidienst angesehen, umso mehr als der weitaus größte Teil der Widerstände gegen die Staatsgewalt, wie es bei und heißen würde, auf Leuntendheit zurückzuführen ist.

Ein Jyllen. Ein Telegramm aus Texas berichtet, daß bei dem jüngsten Jyllen die Ortlichkeit Birtricht, welche 500 Einwohner zählt, zerstört worden ist. Auch in anderen Teilen des Staates sind zahlreiche Personen dem Jyllen zum Opfer gefallen. Der angerichtete Schaden ist sehr bedeutend.

140 Häuser niedergebrannt. Der Ort Kagy Dytro ist, wie aus Budapest berichtet wird, größtenteils niedergebrannt. 140 Wohnhäuser sowie Nebengebäude sind ein Haub der Flammen geworden. Sämtliche Futter- und Getreidevorräte verbrannten. Viel Vieh und ein Bauer sind in den Flammen umgekommen.

Die Herstellung von Kupfer auf chemischem Wege? Der Balkan-Korrespondent des „Evening Journal“ meldet, daß der bekannte englische Chemiker Sir William Ramsay die Entdeckung gemacht hat, auf chemischem Wege Kupfer herzustellen. Die Information sei im Geheimen der Johns Hopkins Universität zu Baltimore mitgeteilt. Es verlautet, daß der neue Prozeß zu einer gewaltigen Revolution in der Kupferindustrie führen wird.

Essentielle Bibliothek und Lesesäle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, SW., Alexandrinenstr. 23. Gedruckt täglich von 7 1/2—10 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen von 9—11 und 3—6 Uhr. In den Redaktionen liegen zurzeit 515 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

Freiwillige Gemeinde. Sonntag, den 12. Mai, vormittags 8 1/2 Uhr, im Rathaus, Sitzungsdirektion, Saal 109: Versammlung. Freiwillige Beteiligung. — Vermittlung 10 1/2 Uhr in der Schule kleine Jankelstraße 6: Vortrag von Frau Ida Kilmann über: Kulturfortschritt und Vorkriegszeit. Herren und Damen als Gäste sehr willkommen.

Montag, den 13. Mai, abends 8 Uhr, Schallkabinett 39: Beschließende Versammlung für Mitglieder mit weicher Ausstattung.

Verein der Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Berlin und Umgegend. (Abteilung Charlottenburg.) Heute abend 8 1/2 Uhr im Volkshaus, Rosenstr. 3: Versammlung. Vortrag.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markt- und Viehverwaltung (Großhandel). Rindfleisch Ia 65—70 Pf. 100 Pfd., IIa 60—65, IIIa 55—59, Bullenfleisch Ia 64—68, IIa 54—62, Rinde, fett 52—58, do. mager 42—50, Pfeffer 50—52, Backen, Hän 53—60, do. 50/2, 0,00, Reibfleisch, Doppelfeiner 105—120, Waffelbrot Ia 85—94, IIa 78—84, IIIa 6,00, Rüböl ger. 54—58, do. hell 55—62, 94, 0,00, Dammfleisch Kammfleisch 67—73, Ia 65—68, IIa 58—65, Schale 65—60, Schweinefleisch 45—57, Reibfleisch, mit Würstchen per Pfd. 0,70—1,25, Rindfleisch, Rindfleisch 0,55, Dammfleisch 0,60, Rindfleisch 0,45—0,50, Rindfleisch 0,49—0,53, Rindfleisch per Stück 0,50—0,55, Damm, alte, per Stück 1,50—2,00, do. IIa 1,00—1,30, do. junge 1,00—1,40, Wollschafwolle 1,50—1,90, Tausend 0,50—0,71, Italienische 0,00, Anten per Stück 2,00, dito Eis, per Stück 0,00, dito Hamburger per Stück 3,25 bis 4,50, Gänse, Hamburger per Pfd. 1,22—1,25, dito Gänse, St. 0,00, Dachs per 100 Pfd. 105—125, do. groß 89—91, Janes mittel 0,00 bis, groß 117, Schale hell, 96—116, do. klein 0,00, do. 132—148, Rind, groß 122—127, do. klein 0,00, do. mittel 122—127, do. unsort. 90 bis 112, Vögel 25—31, do. Junge 0,00, do. mall. 0,00, Karpen unsortiert 0,00, do. 40er 0,00, do. 25er 0,00, Mele 52—54, Mand 0,00, Dumte Risse 10—40, Risse 89, do. mall. 0,00, Karbonaten 97, Vögel 0,00, Wels 0,00, Quappen 0,00, Amerikanischer Rind Ia neuer per 100 Pfd. 110—130, do. IIa neuer 90—100, do. IIIa neuer 75, Seefisch 20, Sprotten, Kieler, Wall 1,00—1,50, Danziger, Risse 0,00, Hühner, Kieler, Einge Ia 3—5, do. mittel per Riste 2—3, Hamb. Einge 4—6, halbe Riste 2,00, Hühlinge, Kieler per Wall 2,00—2,50, Strauß, 2,00—2,50, Rind, groß per Pfd. 1,10—1,50, mittelgroß 0,80—1,10, klein 0,60—0,90, Heringe v. Schod 5—9, Schellfische Riste 3,00—4,00, 1/4, Riste 2—2,50, Kabbeln, geduch. p. 100 Pfd. 20—25, Dorsch, Riste 2,00—2,50, Sardellen, 1909er per 100 Pfd. 9, 1908er 8, 1907er 8—5, 1906er 7, Schattliche Vollheringe 1905 0,00, largo 40—44, full 38—40, med. 35—42, deutsche 37—44, Heringe, neue Riste, per 1/2, Ia. 60—120, Erbsenen, russ. Rost 1,50—1,80, Straßheringe, Riste (4 Liter) 1,50—1,75, Krennagen, Schodan 11, kleine 5—6, Kieler 14, Eier, Rind, per Schod 2,75—2,90, Butter per 100 Pfd. Ia 108—112, IIa 105—108, IIIa 100—104, abfallende 90—95, Saure Gurken Schod 4,50, Westergurken 4,50, Kartoffeln per 100 Pfd. magnum bonum 3,25—4,00, Dabersche 3,25—3,75, Rosen 0,00, weiße 2,75—3,00, Salzkartoffeln 0,00, Erbsen per 100 Pfd. 8—10, Karotten per 100 Pfd. 0,00, Sellerie, bißige, per Schod 10,00—25,00, do. pomerische 0,00, Zwiebeln große, per 100 Pfd. 0,00, do. kleine 3,50—4,00, do. bißige (Beck-) 0,00, Charlotten 0,00, Petersilie, grün, Schodan 0,80—1,00, Rüberrabi per Schod 0,00, Rittig, bayr. per Schod 2,40—4,50, Rüberrabi per 100 Pfd. 4,00—5,00, Reizethen Rübren per 100 Pfd. 0,00, Weiße Rübren, große 0,00, kleine 0,00, Rote Rübren 0,00, Blumenkohl, italienischer per Rost 2,50—3,50, Rüberrabi per Schod 2,00—3,00, Wirsingkohl holländ., per Schod 30—35, Rüberrabi holländ., per Schod 30—30, Rüberrabi, dän. per 100 Pfd. 3,00—4,00, Rosenkohl per 100 Pfd. 0,00, Sprinkohl per 100 Pfd. 8—10, Rüberrabi 100 Pfd. 0,00, do. Bergedorfer per 100 Pfd. 4,00—4,50, Rüberrabi per Pfd. 0,30—0,45, Sandmorcheln per 100 Pfd. 10,00, Waldmeister per Rande 0,20—0,50, Rüberrabi per Schod 1,00—1,25, Seigt per Schod 3,00—8,00, Birnen, per 100 Pfd. bißige 12—15, süße 0,00, Hal. 0,00, Apfel, per 100 Pfd., bißige 8—20, Kraler, Riste 0,00, Calville, Riste 60—70, Amerikanische in Pfd. 15,00—35,00, Nal, Riste Ia 5,00—30,00, circa 15,00 bis 20,00, Zitronen, Reifma, 300 Stück 3,00—11,00, 350 Stück 5,00—10,00, 200 Stück 6,00—12,00, Wäpfeln, Joffa, per Riste 0,00, Murcia 200er Riste 6—9, do. 300er 7—10, Valencia 420er Riste 14—24,00, do. 714er 18—24,00, Reifma, 100er 4—6,00, 150er 4,75—6, 16er 8—13,00, 200er 7,50—12, 300er 8—13, Blut- 100er 7—8,00, do. 150er 7—9,00, 80er 7,00—8,00, 300er 13—14.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1230. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1267.

Sonnabend, den 11. Mai, abends 8 Uhr: Bezirks-Versammlung für Köpenick

im Lokale von Fritz Schüler, Hohenzollernplatz 6.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag: „Die Bedeutung der Gewerbevereine und die Rechte der Arbeiter im Arbeitsvertrage“.
Referent: A. Körsten.
2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten.

Sonntag, den 12. Mai, vormittags 10 Uhr: Branchen-Versammlung der Wickler und Wicklerinnen

im Bernhard Rose-Theater, Badstr. 58.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Sonntag, den 12. Mai, vormittags 10 Uhr: Branchen-Versammlung

aller in der

Metall- und Eisenindustrie beschäftigten Hobler, Bohrer, Stoßer und Fräser

im „Königstadt-Kasino“, Holzmarktstr. 72,
Ecke Alexanderstraße.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Adolf Wuschick über:
„Die Konjunkturschwankungen und die Gewerkschaftsbewegung“.
2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.
Um zahlreichen Besuch wird ersucht.

Sonntag, den 12. Mai, vormittags 10 Uhr: Versammlung

aller im

Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Rohrleger u. Helfer Berlins u. Umgegend

in Frankes Festsälen, Sebastianstr. 39.

Tages-Ordnung:
1. Die jetzige wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse.
Referent: Adolf Witter.
2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
118/8
Es liegt im Interesse der Kollegen, diese Versammlung so zahlreich wie möglich zu besuchen.

Montag, den 13. Mai, abends 8 1/2 Uhr: Branchen-Versammlung

aller in den

Eisengiebereien beschäftigten Kollegen u. Kolleginnen

im gr. Saal d. Germania-Frachtsäle, Chausseest. 110.

Tages-Ordnung:
1. Lichtbilder-Vortrag des Genossen Ingenieur P. M. Groppe:
„Die Freiheitstämpfe in Russland“.
2. Mitteilung der Branchenausschüsse.
Die Kollegen werden ersucht, ihre Damen mitzubringen.
Der Vortrag ist frei. Programm 10 Pf.

Montag, den 13. Mai, abends 8 1/2 Uhr: General-Versammlung

im Saale der „Brauerei Friedrichshain“,
Am Friedrichshain Nr. 16-23.

Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht vom 1. Quartal 1907 und Bericht der Revision.
2. Diskussion über die zur Generalversammlung in München gestellten Anträge.
Ohne Mitgliedsbuch hat niemand zur Versammlung Zutritt.
Die Ortsverwaltung.
118/8

Billigste Dampfer-Sonderfahrten.

Abfahrt:

Schillingsbrücke.

Morgen, Sonntag, den 12. Mai d. J.:

nach Woltersdorfer Schleuse circa 8 Uhr früh und
Müggelheim (Große Krampe) circa 9 Uhr früh und
Einfahrt 50 Pf. Rückfahrt 30 Pf.

Achtung! 4. Wahlkreis. Achtung!

Sonntag, den 12. Mai, abends 6 Uhr, in Voelkers Lokal, Weberstraße 17:
Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
Vortrag der Genossin A. Fahrenwald über: „Die Frau als Hausfrau und Staatsbürgerin.“
Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein mit Tanz.
Guten Besuch erwartet
Der Einberuer.

Verband der haugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin und Umgegend.

Sektion der Putzerträger.
Sonntag, den 12. Mai 1907, vormittags 11 1/2 Uhr:
Mitglieder - Versammlung
in Wernand Gefäßfabr., Schmiedestraße Nr. 23.
Tages-Ordnung:
Stellungnahme zur Lohnfrage.

Sektion der Fahrstuhlarbeiter.
Sonntag, den 12. Mai 1907, vormittags 10 Uhr:
Mitglieder - Versammlung
bei Jannasch, Inselstraße Nr. 10.

Gruppe der Brunnenbauer u. Hilfsarbeiter.
Sonntag, den 12. Mai 1907, vormittags 10 Uhr:
Mitglieder - Versammlung
bei Julius Meyer, Oranienstraße Nr. 103.

Sektion der Töpferträger.
Montag, den 13. Mai 1907, abends 8 Uhr:
Mitglieder - Versammlung
im Rosenthaler Vereinshaus, Rosenthalerstraße 37.

Sektion der Rohrer.
Sonntag, den 12. Mai 1907, vormittags 10 Uhr:
Mitglieder - Versammlung
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer Nr. 15, Saal 5.
Um recht rege Beteiligung an allen Versammlungen ersucht.
Wir machen unseren Mitgliedern bekannt, daß in allen denjenigen Bezirken, welche am Sonntag nach dem 15. ihre Versammlungen abhalten, dieselben diesmal wegen des Pfingstfestes erst am Sonntag, den 26. Mai, stattfinden.

Der Zweigvereinsvorstand.
Baut Beschluß der Vertreterversammlung vom 7. Mai d. J. sollen auch diejenigen Mitglieder, die in der Zeit vom 2. bis 4. Mai arbeitslos waren, gleich den Ausgesperrten Unterstützung erhalten. Wir ersuchen alle Mitglieder, bei denen obiges zutrifft, ihre Unterstützung bis zum 11. d. Mts. im Bureau abzuheben. Spätere Meldungen können keine Berücksichtigung finden.

Achtung! Brunnenbauer und Hilfsarbeiter!

Wegen Lohnunterschieden sind die Firmen L. Lohde und F. Tischler gesperrt. Wir ersuchen die Bauarbeiter, hiervon Kenntnis zu nehmen.
Der Zweigvereinsvorstand. J. A.: W. Reibow.

Tischler-Verein zu Berlin.

(R. D. Nr. 80.)
Sonnabend, den 11. Mai, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstraße 15:
Versammlung.
Verbandsangelegenheiten. 108/12 Der Vorstand.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Moritzplatz,
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Reiseglas welltragend, lichtstark 9 00
mit Etui u. Riemen 9 Mk.

Weltbekannt sind
Rathenower Augengläser.
Echt Rathenower Brillen 1.00
Pincenes (echt Nickel) 1.50
" Double 5.00
" Gold 12.00
" Schildpatt 4.00
Opern- u. Reisegläser von 6.00 an.
Barometer, garantiert gute Werke,
von 6.00 an.

A. Grün, Optiker,
Brunnenstraße 4,
am Rosenthaler Tor. 4797L

Offertiere 5863
eigene Schlachtung.

Fr. Schinken im ganzen
und geteilt . . . a Pfd. 65 Pf.
Ramm 70
Bauch a Pfd. 50-55 Pf.
Schulterblätter . . . a Pfd. 55 Pf.
Hüfenschett 50
Rieser 25
Rübe u. Eisbein . . . a Pfd. 60-65 Pf.
Hindf. Leber 50-55 Pf.

Ausnahme-Tage Freitag und
Sonnabend. Stand 124-125,
Zentral-Markthalle, 11. Reihe.
Gustav Reimann & Co.

WIE GERNE DIR ZU FÜßEN.



ist ein schönes Lied, bedingt aber schöne, elegante Stiefel! So mancher
erschaut sich ein Paar hübsche, moderne Stiefel, hält sie des teuren Preises
halber für unerschwinglich und weiß nicht, dass Salamander-Stiefel
für Damen und Herren nur 12.50 M. kosten, Luxusausführung 16.50 M.

SALAMANDER

Stiefel werden v. d. Angehörigen der ersten Gesellschaftskreise getragen
und sind als das hervorragendste Erzeugnis d. deutsch. Schuhindustrie anerkannt.

Salamander Schuh-Ges. BERLIN
W. Friedrichstr. 122
C. Köpenickerstr. 47
E. Köpenickerstr. 23

Der einzige Zeit (siehe unten)
Leber Arbeiter, der Maschinen-
meister

Max Golinsky

durch Unfall oder freiwillige
Verletzung aus dem Leben.
Ein ehrendes Andenken be-
wehrt ihn

Das Personal
der kgl. Hofbuchdruckerei
E. S. Mittler & Sohn.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 12. Mai, nach-
mittags 4 Uhr, von der Halle des
Preussener Friedhofes, Neue Krug-
allee, statt. 69085

Hierdurch allen Verwandten
und Bekannten die traurige Nach-
richt, daß mein Sohn, unser lieber
Vater und Cousin, der Küchener

Alfons Drosdek

am 9. Mai verstorben ist.

Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 12. Mai, nachmittags
4 Uhr, vom Siedwigs-Krankenhaus
aus nach dem Siedwigs-Kirchhof
in Beignitz statt. 52928

Im Namen der Hinterbliebenen:
Herrn Drosdek, Bankom.
Felix Drosdek, Küchener.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und die reichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
lieben Sohnes **Georg Ludwig**
lagen wir allen Verwandten und
Freunden, sowie speziell dem Zentral-
verband deutscher Brauereiarbeiter,
Sekt. I, den Kollegen der Reichslosh-
brauerei Grop-Wischerfeld, sowie den
Kollegen der Reichslosh-Brauerei für
die Überlegung der Kränze unseren
herzlichsten Dank. 5858

Frau Marie Ludwig
nebst Sohn Conrad Ludwig.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und zahlreichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
lieben herzensguten Vaters **Gustav
Wertz** sage ich allen Verwandten
und Bekannten, insbesondere den
Kollegen der Reichslosh-Brauerei
sowie dem Wahlkreis-Komitee
unseren herzlichsten Dank.
Wwe. Martha Wertz
und Sohn.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben Vaters, unseres guten Vaters
Richard Thato sagen wir allen
Verwandten und Bekannten sowie
dem Gesamtverein Rote Röhle I
unseren herzlichsten Dank. 5858

Frau Theres Thato
und Sohn.

Buchhandlung Vorwärts,
Berlin SW. 68, Büdowstr. 69.
Unter dem Titel:

Sozialistenführer Bülow
im Deutschen Reichstag
Preis 25 Pf. Wort 10 Pf.
erhalten eine 196 Stellen starke Bro-
schüre, enthaltend die Reden der sozial-
demokratischen Reichstagsabgeordneten
Bülow, David und Singer,
sowie die Rede des Zentrumabgeord-
neten Brüder und des Reichstags-
präsidenten von Bülow im vollen Wortlaut nach
den stenographischen Berichten der
Sitzungen vom 28. und 29. Februar
und vom 1. und 2. März 1907, in
denen der Reichstagspräsident ver-
handelt wurde. Aus dem in den Reden
gebotenen Material erweist sich die
Verlogenheit des Reichstags-Präsidenten
Bülow und die Unaufrichtigkeit der
sozialdemokratischen und zentralen
„nationalen“ Presse und die „Reichs-
land“ mit Bülow getrieben.

Ferner ist erschienen:
Eine Abrechnung
mit d. Reichstagsführer
Preis 20 Pf. Wort 5 Pf.
enthaltend die Verhandlungen des
Reichstags über die Interpellation betr.
die Wahlverträge des Reichstags
zur Befreiung der Sozialdemokratie.
Die Broschüre enthält die Reden
der Genossen Fischer und David
im vollen Wortlaut nach den steno-
graphischen Berichten und die Reden
der anderen Abgeordneten, soweit sie
sich auf die Interpellation und die
Ausführungen unserer Genossen be-
ziehen. Die Verhandlungen bieten
so reiches Material, daß die Broschüre
überall verbreitet zu werden verdient,
wo der Reichstagsführer seine Ver-
leumdungen gegen unsere Partei aus-
gestreut hat. 284/5*

Nathan Wand

129 Gellikerstr. 129.
Die schönsten 48772
Herrn-Sommer-Palots
und Anzüge in neu
sonstige spezielle
Monats-Garderobe
von skandinavischen getragene Sachen,
sagt neu, für jede Figur passend,
speziell Bauanträge sind in
großer Auswahl stets zu staunend
billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand

129 Gellikerstr. 129.
Hochhausstation Köpenicker Tor.
Bitte auf Hausnummer zu achten

